

Saar-Freund

H.W.L.
APR 8 1934
Schwört und sprecht:
Recht bleibt Recht.

Wahr bleibt wahr:
Deutsch die Saar!



Deutsch die Saar immerdar!

Organ für den deutschen Saarfreiheitskampf

Mitteilungsblatt des Bundes der Saarvereine

Nummer 5 * 15. Jahrgang



Berlin, den 1. März 1934

Eine Frage des Deutschtums



Führertagung des Bundes der Saarvereine in Koblenz am 17. Februar 1934

Staatsrat Simon, Vizekanzler von Papen, Verwaltungsdirektor Vogel

„Wenn wir hier für die Zugehörigkeit Deutschlands und deutscher Menschen zu ihrem Vaterland kämpfen, dann kämpfen wir zugleich gegen den Geist der imperialistischen Politik, die Europa seit 15 Jahren verpestet hat. Wir kämpfen gegen den Geist imperialistischer Verträge und Diplomaten, die Völker und Volksteile verschachern und das Selbstbestimmungsrecht der Völker wie einen Tezen Papier behandelt haben.“

Vizekanzler v. Papen

am 15. Februar 1934 im Berliner Sportpalast gelegentlich der Saarkundgebung der deutschen Jugend.

Aufnahmen
von der Führertagung des Bundes der Saarvereine
in Koblenz am 17. Februar 1934.



Geschäftliche Sitzung in dem Südsaal der Stadthalle



Vizekanzler von Papen und Staatsrat Simon
begrüßen Kommerzienrat Dr. H. Nöckling

Saar-Freund

Schwört und sprecht:
Recht bleibt Recht.

Wahr bleibt wahr:
Deutsch die Saar!



Deutsch die Saar immerdar!

Organ für den deutschen Saarfreiheitskampf

Mitteilungsblatt des Bundes der Saarvereine

Nummer 5 * 15. Jahrgang



Berlin, den 1. März 1934

Eine Frage des Deutschtums

Von Richard Posselt

„Das Saargebiet ist für uns nur eine Frage des Deutschtums. Schon aus diesem Grunde kann die Reichsregierung niemals von sich einer Verschiebung der Abstimmung im Saargebiet zustimmen, sondern muß den größten Wert darauf legen zu beweisen, daß diese Westmark des Reiches in ihrem Volkstum 100 Prozent deutsch ist und daß sie heim will zum Mutterlande.“

Vizekanzler v. Papen auf der Koblenzer Saarkundgebung am 17. Februar 1934.

Der Stellungskrieg im Ringen um das Saargebiet ist einem Großkampf gewichen, der auf das nahende Ende dieses fünfzehnjährigen Ringens hinweist. Von französischer Seite ist unter Neuformierung und Neuausrüstung aller ihrer Haupt- und Hilfsstruppen ein konzentrischer Angriff eingeleitet worden, der von Saarbrücken aus und von Genf aus gegen die Vertragsbestimmungen des Versailler Dokumentes geführt wird. Denn man weiß es seit langem in Paris, daß ein Frontalangriff, d. h. ein Kampf von Mann zu Mann auf der Grundlage der Wahrheit und des Bevölkerungswillens zu einer vernichtenden Niederlage des französischen Generalstabes führen müßte. Deshalb versucht man den Minen- und den Flankenkrieg. Man will plötzlich von den einst klaren Bestimmungen des Versailler Diktates nichts mehr wissen, verleugnet selbst die Begründungen, die Clémenceau in Versailles gegeben hat. Man versucht das durch eine willkürliche Auslegung dieser Bestimmungen, indem man das Selbstbestimmungsrecht der Saarbevölkerung ableugnet und Gesichtspunkte in den Vordergrund stellt, die eben nicht mehr und nicht weniger erkennen lassen, als daß man die Annexion dieses Gebietes auch fernerhin betreibt.

In der Verhandlung gegen Röchling und Genossen vor dem Obersten Gericht in Saarlouis hat der Angeklagte Dr. Röchling einige Ausschnitte aus den damaligen Versailler Verhandlungen gegeben, denen er als Saarsachverständiger angewohnt hatte. Er wies darauf hin, daß die ursprünglichen Forderungen der Franzosen ziemlich deutlich den Annexionswillen erkennen ließen, daß man diese Absicht aber bestrikt in dem Augenblick, als man sie ihnen nachwies. Sie gaben dann eine Erklärung über den Sinn der in dem

Saarstatut vorgesehenen Regelung. Sie wiesen ausdrücklich die deutsche Auffassung zurück, „daß in dem Friedensvertrag die deutschen Gebiete der Gegenstand von Schachere geschäften von einer Staatsgewalt zur anderen seien, ganz, als seien sie Steine in einem Spiele.“ Und weiter heißt es in der betreffenden Note der alliierten und assoziierten Mächte vom 24. Mai 1919: „Tatsächlich werden die Wünsche der Bevölkerung berücksichtigt werden und die näheren Ausführungsbestimmungen dieser Volksbefragung sind im Hinblick auf die örtlichen Verhältnisse sorgfältig festgelegt worden.“

Wenn man diese Versicherungen, protokollarisch und aktenmäßig festgelegt, vergleicht mit dem, was wir jetzt und in den vergangenen Monaten im Saargebiet und in den französischen Vorbereitungen zur Abstimmung pressepolitischer und diplomatischer Art erleben, dann muß man die Auffassung unterstreichen, die in der deutschen Note vom 13. Mai 1919 an die sogenannte Friedenskonferenz über den Sinn der vorgeschlagenen Regelung niedergelegt worden ist, nämlich daß es unzulässig sei, „daß durch den Friedensvertrag zu dem Zwecke, finanzielle oder wirtschaftliche Forderungen der Gegner Deutschlands zu sichern, deutsche Bevölkerungen und Gebiete von der bisherigen Souveränität zu einer anderen verschachert werden, als ob sie bloße Gegenstände oder Steine in einem Spiel wären“. Was die Saarbrücker Strafammer im Röchling-Prozeß festgestellt hat, konnte auch vom Obersten Gericht in Saarlouis nicht erschüttert werden, daß nämlich die französische Schulpropaganda und damit die französische Abstimmungspropaganda unter Ausübung terroristischen Druckes auf die von der französischen Saargrubenverwaltung abhängige Bevölkerung durchgeführt wird, ein Gewissenszwang also in Anwendung kommt, gegen den man angeblich die Saarbevölkerung hat schützen wollen.

Man braucht auch nur einen Blick in die französische Presse zu tun, um den Beweis dafür zu erhalten, daß man sich französischerseits keine Gewissensbisse machen würde, wenn die Rechtsgrundlagen bei der Saarentscheidung beiseite geschoben würden. Von einer Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Saarbevölkerung, von einer Achtung ihres politischen Willens ist auf französischer Seite keine

Aufnahmen
von der Führertagung des Bundes der Saarvereine
in Koblenz am 17. Februar 1934.



Geschäftliche Sitzung in dem Südsaal der Stadthalle



Vizekanzler von Papen und Staatsrat Simon
begrüßen Kommerzienrat Dr. H. Röbling

Saar-Freund

Schwört und sprecht:
Recht bleibt Recht.

Wahr bleibt wahr:
Deutsch die Saar!



Organ für den deutschen Saarfreiheitskampf

Mitteilungsblatt des Bundes der Saarvereine

Nummer 5 * 15. Jahrgang

Berlin, den 1. März 1934

Eine Frage des Deutschstums

Von Richard Posselt

Das Saargebiet ist für uns nur eine Frage des Deutschstums. Schon aus diesem Grunde kann die Reichsregierung niemals von sich einer Verschiebung der Abstimmung im Saargebiet zustimmen, sondern muß den größten Wert darauf legen zu beweisen, daß diese Westmark des Reiches in ihrem Volkstum 100 Prozent deutsch ist und daß sie heim will zum Mutterlande."

Vizekanzler v. Papen auf der Koblenzer Saarkundgebung am 17. Februar 1934.

Der Stellungskrieg im Ringen um das Saargebiet ist einem Großkampf gewichen, der auf das nahende Ende dieses fünfzehnjährigen Ringens hinweist. Von französischer Seite ist unter Neuformierung und Neuaufrüstung aller ihrer Haupt- und Hilfsgruppen ein konzentrischer Angriff eingeleitet worden, der von Saarbrücken aus und von Genf aus gegen die Vertragsbestimmungen des Versailler Dokumentes geführt wird. Denn man weiß es seit langem in Paris, daß ein Frontalangriff, d. h. ein Kampf von Mann zu Mann auf der Grundlage der Wahrheit und des Bevölkerungswillens zu einer vernichtenden Niederlage des französischen Generalstabes führen müßte. Deshalb versucht man den Minen- und den Flankenriegel. Man will plötzlich von den einst klaren Bestimmungen des Versailler Diktates nichts mehr wissen, verleugnet selbst die Begründungen, die Clemenceau in Versailles gegeben hat. Man versucht das durch eine willkürliche Auslegung dieser Bestimmungen, indem man das Selbstbestimmungsrecht der Saarbevölkerung ableugnet und Gesichtspunkte in den Vordergrund stellt, die eben nicht mehr und nicht weniger erkennen lassen, als daß man die Annexion dieses Gebietes auch fernerhin betreibt.

In der Verhandlung gegen Röhling und Genossen vor dem Obersten Gericht in Saarlouis hat der Angeklagte Dr. Röhling einige Ausschnitte aus den damaligen Versailler Verhandlungen gegeben, denen er als Saarsachverständiger angewohnt hatte. Er wies darauf hin, daß die ursprünglichen Forderungen der Franzosen ziemlich deutlich den Annexionswillen erkennen ließen, daß man diese Absicht aber bestrikt in dem Augenblick, als man sie ihnen nachwies. Sie gaben dann eine Erklärung über den Sinn der in dem

Saarstatut vorgesehenen Regelung. Sie wiesen ausdrücklich die deutsche Auffassung zurück, „daß in dem Friedensvertrag die deutschen Gebiete der Gegenstand von Schachereien geschäften von einer Staatsgewalt zur anderen seien, ganz, als seien sie Steine in einem Spiele.“ Und weiter heißt es in der betreffenden Note der alliierten und assoziierten Mächte vom 24. Mai 1919: „Tatsächlich werden die Wünsche der Bevölkerung berücksichtigt werden und die näheren Ausführungsbestimmungen dieser Volksbefragung sind im Hinblick auf die örtlichen Verhältnisse sorgfältig festgelegt worden.“

Wenn man diese Versicherungen, protokollarisch und aktenmäßig festgelegt, vergleicht mit dem, was wir jetzt und in den vergangenen Monaten im Saargebiet und in den französischen Vorbereitungen zur Abstimmung pressepolitischer und diplomatischer Art erlebten, dann muß man die Auffassung unterstreichen, die in der deutschen Note vom 13. Mai 1919 an die sogenannte Friedenskonferenz über den Sinn der vorgeschlagenen Regelung niedergelegt worden ist, nämlich daß es unzulässig sei, „daß durch den Friedensvertrag zu dem Zwecke, finanzielle oder wirtschaftliche Forderungen der Gegner Deutschlands zu sichern, deutsche Bevölkerungen und Gebiete von der bisherigen Souveränität zu einer anderen verschachert werden, als ob sie bloße Gegenstände oder Steine in einem Spiel wären“. Was die Saarbrücker Strafkammer im Röhling-Prozeß festgestellt hat, konnte auch vom Obersten Gericht in Saarlouis nicht erschüttert werden, daß nämlich die französische Schulpropaganda und damit die französische Abstimmungspropaganda unter Ausübung terroristischen Druckes auf die von der französischen Saargrubenverwaltung abhängige Bevölkerung durchgeführt wird, ein Gewissenszwang also in Anwendung kommt, gegen den man angeblich die Saarbevölkerung schützen wollen.

Man braucht auch nur einen Blick in die französische Presse zu tun, um den Beweis dafür zu erhalten, daß man sich französischerseits keine Gewissensbisse machen würde, wenn die Rechtsgrundlagen bei der Saarentscheidung beiseite geschoben würden. Von einer Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Saarbevölkerung, von einer Achtung ihres politischen Willens ist auf französischer Seite keine

Rede, so weit es sich um die abstimmungsberechtigte eingessene deutsche Bevölkerung handelt. Nur den Fremdlingen, den Zugewanderten, den Abstimmungsunfähigen, den vaterlandslosen Gesellen möchte man nicht nur Stimmrecht geben, sondern man stellt ihre bezahlte Meinung als ausschlaggebend für die Saarentscheidung hin.

Es ist selbstverständlich, daß sich die Bevölkerung an der Saar, daß sich das deutsche Volk diesen beabsichtigten Saarbetrug nicht stillschweigend gefallen läßt. Eine Welle des Unwillens braust durch das deutsche Land gegen die Versuche, das saardeutsche Volk um sein Heimat- und Volksrecht zu bringen. Und mit diesem Zorn wächst der entschiedene Wille, den Kampf der 800 000 an der Saar zum Kampf des 66-Millionen-Volkes zu machen. Denn dieser Kampf um das Saargebiet ist eine Frage des Deutschums. Vizekanzler v. Papen hat sowohl in der Berliner Sportpalast-Kundgebung der deutschen Jugend wie bei der Koblenzer Saarkundgebung in ruhiger Sachlichkeit die Merkmale aufgezeigt, die die Gesamtheit des Saarproblems ausmachen. Auch Staatsrat Simon als Führer des Bundes der Saarvereine hat klar umrissen, um was es in diesem Kampf um die Saarentscheidung geht. Es handelt sich um das Naturrecht eines Volkes, um seine Verbundenheit mit dem Heimatboden und dem Volkstum, es handelt sich um die endgültige Beseitigung einer Lüge, wie sie in Versailles aufgestellt worden ist, und es dreht sich um die Beseitigung eines Gefahrenpunktes des europäischen Friedens. Denn würde man jenen dunklen und unsauberer Elementen einen Einfluß auf die Saarlösung zubilligen, wie sie sich an der Saar in den letzten Monaten breit gemacht haben, würde man den französischen Annexions- und Rüstungspolitikern diese Entscheidung überlassen, dann käme nur eine Lösung gegen den klaren Willen der Bevölkerung und gegen das eindeutige Recht in Betracht. Kein Staatsmann und Politiker, in welchem Lande er auch sei, wird aber der Ansicht sein können, daß mit einer solchen Gewaltlösung die

Ruhe in Europa einkehren würde. Denn es wäre ein Schachgeschäft, das man betriebe, und das die verantwortlichen Staatsmänner in Versailles ausdrücklich abgelehnt haben. Es wäre ein unerträglicher Gedanke, daß die Welt fünfzehn Jahre nach dieser Zeit des Hasses und des Vernichtungswillens heute ein neues Gewaltdiktat hinnnehmen könnte, das über die Saarlösung von Versailles noch hinausginge.

Gewiß herrscht in der Welt noch nicht der Friede, den die Völker ersehnen. Aber soweit haben sich die Auffassungen über Volksrechte und Vertragstreue doch schon bestätigt, daß keine verantwortliche Regierung eine Entscheidung zu verantworten wagt, die die Grundrechte eines Volkes übergeht und 800 000 Menschen mit ihrem Heimatboden einer fremden Regierung und einem fremden Volk einverleibt.

Deutschlands Kampf um die Saar ist, wie Vizekanzler v. Papen ausgeführt hat, ein Kampf gegen den Geist imperialistischer Verträge und Diplomaten, die Völker und Volksteile verschachern und das Selbstbestimmungsrecht der Völker wie einen Fezzen Papier behandelt haben. Dieses Unrecht vor fünfzehn Jahren soll mit der Saarabstimmung endgültig aus der Welt geschafft werden. Gerade, um für künftige Zeiten ähnliche Entscheidungen unmöglich zu machen, um die Völker und Volksteile der betroffenen Gebiete wieder zur Ruhe und zur Sicherheit kommen zu lassen, deshalb besteht Deutschland auf Durchführung der Abstimmung, nicht um neue Wunden aufzureißen, sondern alte zu heilen, nicht, um Völker zu verfeinden, sondern um sie zu versöhnen, nicht, um ein Eldorado des Unrechts, der Unmoral und des Verrats zu schaffen, sondern deutsches Volkstum wieder zu deutschem Volkstum zu führen und deutsches Volk wieder der deutschen Nation einzugliedern, aus der man es willkürlich herausgerissen hatte. Die Saarfrage ist keine Frage der Wirtschaft, es ist eine Frage der Politik, eine Frage des Deutschums.

Die Schicksalsstunde des deutschen Saargebiets!

Von Verwaltungsdirektor Th. Vogel, Berlin, Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“.

Von der Schicksalsstunde des deutschen Saargebiets will ich heute sprechen und zugleich in kurzen Zügen den Leidensweg aufzeichnen, den die deutsche Saarbevölkerung nun im fünfzehnten Jahre schon unter einer Fremdherrschaft zu gehen gezwungen ist. Nach seiner Selbstbesinnung erhebt das durch den Führer Adolf Hitler geeinigte deutsche Volk heute mit ernstem Nachdruck und mit festem Willen seinen Anspruch auf Gleichberechtigung unter den Völkern Europas, einer Gleichberechtigung, die der Sicherung des wahren Friedens dienen soll. In diesem Friedenswillen hat unser Reichskanzler Adolf Hitler dem französischen Volke offen und ehrlich die Hand zur friedlichen Verständigung geboten. Zur Zeit sind die Verhandlungen zu dieser Verständigung in Gang gebracht worden, aber der böse Geist von Versailles wirft seine dunklen Schatten darauf und bietet der Hoffnung auf einen Erfolg bisher nur recht kümmerlichen Raum.

Nein zwangsmäßig muß sich aber in das Gespräch über eine deutsch-französische Verständigung auch die Saarfrage hineinschieben, denn ohne eine Lösung der Saarfrage im deutschen Sinne kann es eine Verständigung mit Frankreich wohl kaum geben. Diese Lösung ist gewissermaßen die Vorausbedingung zu der Verständigung überhaupt. Freimütig und offen hat daher der Reichskanzler Adolf Hitler an die Adresse Frankreichs die Worte gerichtet, daß es nach der Rückkehr des Saargebiets zum Reiche für Deutschland keine territorialen Konflikte zwischen den beiden Ländern Frankreich und Deutschland mehr gebe. Nur ein Wahnsinniger könnte danach noch an die Möglichkeit eines Krieges zwischen diesen beiden Staaten denken, eines Krieges, für den von deutscher Seite aus gesehen kein moralisch oder vernünftig zu rechtfertigender Grund vorhanden sei. Niemand könne wohl auch wollen, daß um eine Korrektur der heutigen

Grenzen von problematischem Umfang und ebensolchem Wert zu erlangen, eine Million blühender Menschenleben vernichtet werden solle. Die Saarfrage stellt sich danach als eine bedeutsame Aufgabe der deutschen Außenpolitik dar, die in den nächsten Monaten schon mehr und mehr die Öffentlichkeit beschäftigen wird.

Bei einem kurzen Rückblick auf die Entstehung der Saarfrage als politisches Problem sehen wir, daß erst nach dem für Deutschland unglücklichen Ausgang des Weltkrieges Frankreich seine eigentlichen Kriegsziele, die auf Machtweiterung gerichtet waren, enthüllte. Wieder einmal schien die Zeit gekommen, den alten Traum und die Begehrlichkeit Frankreichs nach dem Rhein als Grenze zu erfüllen und zu stillen. Indes die eigenen Verbündeten Frankreichs waren es, die den französischen Kriegsgenossen diese Machtweiterung vereitelten. So mußte sich denn Frankreich zunächst mit der 15jährigen Besetzung des Rheinlandes und der Pfalz begnügen, in der Hoffnung freilich, daß die Zerstörung des Deutschen Reiches in dem Kriege nach dem Kriege doch zu diesem Zielen führen würde. Wir wissen alle, welch schmähliche Hilfestellung die „Grande Nation“ dem landesverräterischen Gesindel der Separatisten lieh, um den Zerfall Deutschlands herbeizuführen. Nach dem Fehlschlagen seiner Rheinlandpläne erhob Frankreich in den Verhandlungen von Versailles seine zweite Grenzforderung: nämlich die Forderung nach der noch erweiterten Saargrenze von 1814, die Forderung nach dem „petit Rhin“, nach der Saar und dem Saarland! Alte historische Bindungen, wirtschaftliche Verflechtungen und schließlich auch starke französische Sympathien im Saarlande selbst sollten diese Forderung stützen und berechtigt erscheinen lassen.

Wie liegen aber hier die Dinge in Wirklichkeit? Das Land an der Saar, um das der Streit in Versailles ging, ist seit mehr denn 1000 Jahren deutsches Land, und seine Bevölkerung ist nach Abstammung, Sprache, Kultur und Gesinnung rein deutsch. Als Grenzland richtete sich leider wiederholt die französische Begehrlichkeit nach dem Besitz dieses Gebietes. Zweimal im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts hat Frankreich auch durch militärische Gewaltshamkeit die Herrschaft über die Saar an sich gerissen, musste aber diesen Raub nach verhältnismäßig kurzer Frist wieder herausgeben. Insgesamt dauerte diese Fremdherrschaft 39 Jahre, ohne daß es Frankreich indessen vermochte, die deutsche Gesinnung der Bevölkerung zu wandeln. Nach dem Weltkriege griff Frankreich wieder nach der Saar. Der französische Ministerpräsident Clémenceau setzte alle Mittel in Bewegung, wenigstens an der Saar die französische Vorpostenstellung nach dem Rheine zu er trocken. Wilsons Widerstand, kein neues Elsass-Lothringen an der Saar zu schaffen, suchte er durch den Hinweis auf die nur vorgetäuschten starken französischen Sympathien im Saargebiet zu überwinden, ja, er schreckte nicht von der offenkundigen Lüge zurück, daß im Saargebiet mindestens 150 000 Saar-Franzosen lebten, die eine Wiedervereinigung des Saarlandes mit Frankreich sehnlichst verlangten. Auch auf die Zerstörung der französischen Kohlegruben im Kriege wies Clémenceau hin, für die man Frankreich durch Übereignung der Saargruben Ersatz gewähren müsse. England sekundierte fleißig diese französischen Forderungen, bis der amerikanische Präsident Wilson, müde des langen Streites, schwach wurde und die Loslösung des Saargebietes vom Reiche auf die Dauer von 15 Jahren zu billigte, um Frankreich eine unbeeinflußte Ausbeutung der Saargruben zu sichern. Auch diese Lösung erfüllte Frankreichs Traum nach dauerndem Machtzuwachs wenigstens an der Saar nicht. Es blieb auch hier aber noch die Hoffnung auf ein zerfallendes Deutsches Reich, um die Beute nachträglich doch noch unter Dach zu bringen.

Auf der Grundlage der vorübergehenden Lostrennung des Saargebietes vom Reiche wurde dann das sogenannte Saar-Statut als ein Teil des Versailler Schand-Diktates formuliert. Die Hauptbestimmungen dieses Statutes sind die folgenden:

Das Saargebiet wird auf die Dauer von 15 Jahren aus dem Verbande des Deutschen Reiches ausgeschieden; während dieser Zeit tritt die deutsche Staatssoveränität über das Gebiet außer Kraft. Sie ist also nicht etwa aufgehoben worden, sondern bleibt für den genannten Zeitraum in der Schwebe. Die Saargruben gehen ohne Entschädigung in den Besitz des französischen Staates über, der sich den Wert derselben auf Reparationskonto anrechnen lassen muß. Das Gebiet wird zwangsläufig dem französischen Zollbereich zugeschlagen. Es wird der „Treuhanderschaft“ des Völkerbundsrats unterstellt, der zu seiner Vertretung eine Regierungskommission einsetzt, die die Verwaltung des Landes auszuüben hat. Dieser Kommission müssen angehören ein Franzose, drei andere Ausländer und nur ein Vertreter des Saargebietes selbst, der im Saargebiet gebürtig sein muß. Nach dem Ablauf der 15jährigen Lostrennungsfrist soll die Saarbevölkerung darüber befragt werden, ob sie

1. die Beibehaltung der durch den Versailler Vertrag geschaffenen Rechtsordnung, oder ob sie
2. die Vereinigung mit Frankreich, oder ob sie
3. die Vereinigung mit Deutschland

wünscht. Für den Geist, der in Versailles bei der Formulierung dieses Diktates herrschte, ist es überaus bezeichnend, daß man gnädiglich die natürliche Frage bezüglich der Vereinigung mit Deutschland an die letzte Stelle gesetzt hat. Nun, „die Letzten werden die Ersten sein“, sagt ein altes deutsches Sprichwort, das auch hier wieder Recht behalten wird.

Wird das Saargebiet wieder mit Deutschland vereinigt, so erlangt das Reich den Anspruch auf den Rücklauf der Saargruben zu einem von einer Sachverständigen-Kommission zu ermittelnden Preise. Von den Rechten der Saarbevölkerung ist in diesem

Saar-Statut herzlich wenig die Rede. Gnädiglich hat man ihr — allerdings unter der Überwachung der Regierungs-Kommission — ihre Sprache, ihre religiösen Freiheiten, ihre Schulen und ihre örtlichen Vertretungen belassen. Die Überwachung durch die Regierungskommission hat aber diese Rechte noch kümmerlicher gestaltet, als sie an sich waren. Im Laufe der Jahre sah man sich auch genötigt, dem unter der Treuhänderschaft des Völkerbundes stehenden Saargebiete doch so etwas wie eine Art Scheinparlament zu geben durch die Bildung des saarländischen Landesrates, der sich aber nur zu Gesetzesänderungen und Steuererhöhungen gutachtlich äußern darf, ohne daß die Regierungskommission gebunden wäre, den Gutachten irgendwelche Bedeutung beizumessen. In der Regel sind denn auch die Gutachten der gewählten Vertreter der Saarbevölkerung von der Regierung nicht beachtet worden. So sieht die Verfassung aus, die der Völkerbund, der als Grundsatz das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit großem Tam-Tam proklamiert hat, dem ihm anvertrauten Saarkinde aufgenötigt hat. Der ehemalige italienische Ministerpräsident Ritti hat denn auch mit Recht das Saar-Statut als ein himmelschreiendes Unrecht am Saarvolk bezeichnet!

Dieses himmelschreiende Unrecht am deutschen Saargebiet besteht noch heute in aller Schärfe, 16 Jahre nach Beendigung des Krieges, also über ein halbes Menschenalter! Französischer Hunger nach Machtweiterung hat dieses Unrecht in die Welt gesetzt und ist nicht von dem Verbrechen zurückgeschreckt, einem rein deutschen Bevölkerungsteil von rund 800 000 Seelen die nationale Zugehörigkeit zu seinem angestammten Vaterlande abzusprechen. Man hat es gewagt, in Versailles zu erklären, dieser Volksteil sei erst durch preußische Bedrückung und Unterjochung zu seiner Bekennung zum Deutschtum geprahmt worden, man müsse ihn daher von diesem Drucke befreien und Zeit lassen, sich auf seine alte und stärkere Hingabe zu Frankreich wieder zu besinnen. Dazu war die Frist von 15 Jahren unter einer Fremdherrschaft von übermächtigen französischem Einfluß bestimmt. Wahrlieb, die Kennzeichnung dieses diplomatischen Fälschertuchs von Versailles als ein himmelschreiendes Unrecht ist noch viel zu schwach und milde. Man hat das traurige Schicksal des heimat- und vaterlandslos gemachten deutschen Saarlandes nach außen zu bemängeln versucht, indem man der Saarbevölkerung eine Regierung vertrieb, die besser als die von Berlin als einzige Aufgabe nur über die Wohlfahrt des Landes zu sinnen und trachten habe, man hat versprochen, an der Saar eine Art vorbildlichen sozialen Arbeiterrates zu schaffen, um die Arbeiter zu fördern. Nichts von diesen hochtönenden Versprechungen ist gehalten worden. Die Not an der Saar ist heute eher höher als im Reiche, eine tiefe Depression hat sich des Saarvolkes bemächtigt über seine Hilflosigkeit gegenüber den Unterdrückungen landfremder Machthaber, während im Reiche ein Zuvertrauen die Seelen der Menschen erfüllt. Die soziale Fürsorge, die nur mit Unterstützung des Reiches aufrechterhalten werden kann, ist kümmerlicher Art, die Zahl der Arbeitslosen steigt, ohne daß die Saar-Regierung Kraft und Zeit finde, durch ein großzügiges Arbeitsprogramm Hilfe zu leisten. Kurz, wohin man sieht, der Versuch, einen Volksteil durch einen internationalen Verwaltungskörper führen zu lassen, ist mißlungen und das Völkerbundsexperiment an der Saar kläglich gescheitert.

Man hat vor der Welt das Schicksal der Saar auch damit beschönigen wollen, daß ja der Saarbevölkerung durch die Volksabstimmung nach 15 Jahren das Recht der Zukunftsbestimmung gesichert sei. Auch dies ist eine bewußte Täuschung der Öffentlichkeit, um das himmelschreiende Unrecht am Saargebiet zu verschleiern. Im Ernst hat Frankreich gar nicht in Versailles damit gerechnet, daß es jemals zu dieser Volksabstimmung an der Saar kommen würde. Noch während des Krieges hat Frankreich mit Russland einen Geheimvertrag abgeschlossen, der ihm freie Hand am Rhein und an der Saar zusicherte. Während es also durch seine Ulligenpropaganda

die Welt glauben lassen wollte, als kämpften die alliierten und assoziierten Mächte nur für die Rettung der demokratischen Volksrechte vor dem deutschen Barbarentum, dachte es schon an Länderraub und seine Sicherung. Erst nach dem Kriege ist dieser Geheimvertrag an das Tageslicht gekommen. Während der Verhandlungen in Versailles über das Schanddiktat war es wieder die französische Diplomatie, die den hinterhältigen Schachzug versuchte, in das Saarstatut die Bestimmung einzuschmuggeln, daß das Saargebiet ohne jede Abstimmung an Frankreich fallen solle, falls Deutschland nicht in der Lage sei, den Rückkaufpreis für die Saargruben bar in Gold zu erlegen. Die deutschen Unterhändler wurden erst aus dem Kreise der Verbündeten auf diesen Schachzug aufmerksam gemacht, so daß es noch gelang, diese Klausel wieder auszumerzen. Auch die Behauptung Frankreichs, es brauche zur Aufrechterhaltung seiner Volkswirtschaft die Ueberzeugung der Saargruben, um den Förderausfall der im Kriege zerstörten französischen Gruben zu ersetzen, war eine Täuschung, denn Deutschland war bereit, diesen Ausfall jederzeit durch Ueberlassung eines Förderanteils an den Saargruben oder aus anderen deutschen Gruben zu ersetzen. Es ging eben Frankreich nur um Machtweiterleitung, um Siegesbeute an Land. Es braucht wohl keines weiteren Beweises für das hinterhältige unehrliche Spiel, das in Versailles um das deutsche Saargebiet gespielt wurde!

Im Februar 1920 hat dann die vom Völkerbundsrat ernannte Regierungskommission ihr Amt angetreten. Die Besetzung der fünf Ministerposten war eine Fortsetzung des französischen Intrigenspiels. An die Spitze der Saarregierung trat der französische Staatsrat Victor Rault, ihm an die Seite gestellt wurden ein Belgier und ein Däne, die beide ganz unter französischem Einfluß standen. Damit war die französische Vormachtstellung in der Saarregierung von vornherein gesichert, und Frankreich hat es bis auf den heutigen Tag verstanden, diese Vormachtstellung aufrechtzuerhalten. Dem Präsidenten Rault war von seiner Regierung der Auftrag gegeben worden, auf die deutsche Saarbevölkerung einen Druck auszuüben, um sie für den Anschluß an Frankreich mürrisch zu machen. Dieselbe Aufgabe wurde auch der französischen Bergwerksdirektion gestellt, die nach der Ueberzeugung der Saargruben an den französischen Staat in Saarbrücken ihren Sitz nahm und die als der größte Arbeitgeber im Saargebiet über genügend Druckmittel politischer und wirtschaftlicher Art verfügte, die von ihr abhängigen Angestellten und Arbeiter gefügig zu machen. Die Karten waren gut gemischt und das Spiel um die deutschen Menschen an der Saar konnte beginnen. Bald aber mußten die französischen Drahtzieher erkennen, daß ihre Trümpfe doch nicht so gut stachen, als man angenommen hatte. Den deutschen Willen der Leute an der Saar hatte man vergessen, in Rechnung zu stellen. Die Saarbevölkerung war zwar zu einer loyalen Mitarbeit unter der ihr nun einmal aufgezwungenen Fremdherrschaft bereit, erklärte aber bestimmt und eindeutig, daß sie sich von ihrem Bekenntnis zum treuen Festhalten am Reiche durch nichts beirren lassen werde. Ein Schaukelspiel von Zunderbrot und Peitsche folgte. Der Franzose Rault griff zu immer schärferen Druckmitteln, um das Bekenntnis zum Deutschtum an der Saar mit Stumpf und Stiel auszurotten. Der militärische Druck der aufrechterhaltenen Besatzung wurde verschärft, zahllos folgten die Ausweisungen von Einwohnern, die aus ihrem Deutschtum kein Hehl machten, besonders auf die Führer hatte man es abgesehen. Zu Hunderten wurden die Familienväter von Familie und Haus gerissen und aus dem Lande verwiesen unter oft schamlosen Begleitumständen. Schließlich erließ der Präsident seine berüchtigte Zuchthausverordnung, die über das Saargebiet die Stille eines Friedhofes breiten sollte. Ein Sturm der Entrüstung setzte auch im Auslande dagegen ein, hier hatte Frankreich den Bogen überspannt, und schließlich mußte auch der Völkerbundsrat, der die Unterdrückung und Entrichtung der Saarländer stillschweigend ge-

duldet hatte, auf eine Mäßigung drängen. Viel besser ist es danach auch nicht geworden. Über die kümmerlichen Rechte der Saarbevölkerung, die ihr das Saarstatut noch belassen hatte, ging die Saarregierung mißachtend hinweg. Dem Lande wurden vielerorts französisch-schule aufgezwungen, um die Schuljugend schon rechtzeitig vom deutschen Volkstum zu entfremden. Schamlos ist bis heute der Druck der französischen Bergwerksdirektion auf die Bergarbeiterfamilien geblieben, um die Kinder für den Besuch dieser Schulen zu expressen. In einem jüngst vor dem Gericht in Saarbrücken geführten Prozesse ist dieses Treiben durch eine Reihe eindrücklicher Zeugenaussagen als gerichtsnotorisch erwiesen worden, ohne daß sich die Regierungskommission oder die Bergwerksdirektion zu einem Einschreiten gegen dieses unsittliche Vorgehen entschlossen hätten. Die fremde französische Wahrung wurde dem Lande aufgezwungen, der Warenbezug aus dem Reiche durch die zwangsweise Eingliederung in das französische Zollsystem gehemmt, um der französischen Produktion den Vorrang einzuräumen. An der künstlichen Saargrenze nach dem Reiche üben französische Zöllner ihre Schikanen aus, um den Handel und Verkehr mit dem Reiche möglichst zu unterbinden.

Über dieses traurige Kapitel gehe ich hinweg mit der Feststellung, daß die treue deutsche Saarbevölkerung alle diese Angriffe und Schikanen gegen ihr Deutschtum erfolgreich zurückgewiesen hat, daß sie heute fester denn je in der Deutschen Front mit der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, die auch im Saargebiet die übergroße Mehrheit der Saarbevölkerung umfaßt, geschlossen da steht, den Weg zur Rückkehr zum Reiche durch ihre Abstimmung für Deutschland zu erzwingen. Diese Deutsche Front an der Saar hat sich an die Seite unseres Führers Adolf Hitler gestellt mit der Versicherung:

Wir erklären ausdrücklich, die deutsche Saarbevölkerung steht mit dem Führer aller Deutschen, dem Vorsitzenden Adolf Hitler, auf dem Standpunkt der Ehre und Gleichberechtigung.

Rein zeitlich neigt das Saarkapitel seinem Ende zu, denn am 10. Januar nächsten Jahres läuft die 15-jährige Frist der Los trennung vom Reiche ab. Wir stehen also unmittelbar im Endkampf um die deutsche Saar. Aber die Zeichen mehren sich, daß dieser Endkampf ein schwerer sein wird. An der Spitze der Saarregierung steht heute ein Vertreter Englands, desselben Englands, das einst die Unterdrückung der Volksrechte an der Saar als selbst beispiellos in der Geschichte Rußlands brandmarkte. Und wir müssen das Schauspiel erleben, daß dieser Vertreter desselben Englands jetzt kurz vor der Abstimmung zu den gezeckgeberischen Zwangsmassnahmen eines Rault zurückgreift, die noch vor wenigen Jahren die Entrüstung auch im Auslande auslösten. Dieser englische Präsident Knox hat sich einen Neutralitätsbegriff konstruiert, den er der Saarbevölkerung in Rücksicht darauf, daß das Land an der Saar ein Abstimmungsgebiet sei, gern aufzwingen möchte. Im Sinne dieses Neutralitätsbegriffes ist ihm ein öffentliches Bekenntnis zum Deutschtum ein Dorn im Auge. Aus dem Lande wurde ihm von prominenter Seite die deutliche Antwort, daß das Saarvolk in der Frage seiner nationalen Zukunft gar nicht neutral sein könne, sondern das Recht habe, hier ein offenes Wort und freie Sprache zu verlangen. Ein Übermaß von Zwangsvorordnungen voller Schikanen, Androhungen, hoher Geldstrafen, Gefängnisstrafen, ja sogar Zuchthausstrafen bis zu zwei Jahren ist wie ein Stacheldrahtverhau um die Saarbevölkerung gezogen worden. Vornehmlich richtet sich dieser Kampf gegen die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei, die ja in der deutschen Front den Widerstand gegen die französischen Ansprüche auf die Saar verkörpert. Seit Monaten schon ist

dieser Partei jede öffentliche Betätigung unmöglich gemacht worden. Dabei macht sich an der Saar ein im Solde Frankreichs stehendes Häuschen Landesverräterischer Separatisten breit, um für die Saarautonomie, auf die Frankreich seine Wünsche heute schon herabgeschrauben mußte, zu werben. Liebevolle Aufnahme bei der Regierungskommission haben auch zahlreiche fragwürdige Emigranten-Existenzen gefunden, die nur zu gern mithelfen in dem Treiben gegen die Rückkehr des Saargebietes zum Reiche. Eine frankophile Presse, ausgehalten von französischen Propagandageldern, erlebt im Saargebiet eine kümmerliche Blüte, um so mehr aber schreit sie, allerlei Organisationen tauchen im Grubengebiet auf, um die Bergleute für die französischen Interessen einzufangen und die französische Bergwerksdirektion hilft fleißig mit. Ueber dem Bergmann, der es wagt, an einer deutschen Turnersfahrt teilzunehmen oder sonstwie zur deutschen Sache sich bekundet, schwebt das Damoklesschwert der Entlassung. Das ist die gegenwärtige Lage im Saargebiet.

Blicken wir nach Frankreich. Auch dort ist eine rege Saarpropaganda im Gange, betrieben in der Presse und durch eine ganze Reihe von Verbänden und Organisationen, die sich zum Ziel gestellt haben, die Saar für Frankreich zu gewinnen, und die einen Druck auf die französische Regierung ausüben, das letzte Pfand des Sieges, das man an der Saar in der Hand zu haben glaubt, nicht preiszugeben! Immer wieder er tönt der Ruf, angesichts des angeblich im Saargebiet herrschenden deutschen Terrors der Saar wieder eine militärische Besatzung aufzuzwingen, um die Saarabstimmung unter dem Drucke der Bayonette stattfinden zu lassen.

Ueberblicken wir die Situation an der Saar, so können wir der Tatsache sicher sein, daß die deutsche Saarbevölkerung bis zur letzten Stunde in ihrer Treue zum Reiche ausharren und durch eine überwältigende Abstimmung für das Reich der Welt erweisen wird, daß das Saargebiet von jeher gut deutsch war, heute noch gut deutsch ist und für alle Zeit gut deutsch bleiben will! So wäre denn die deutsche Zukunft des Saargebietes an sich gesichert, wenn nicht eben auch in bezug auf die Abstimmung das Saarstatut wieder Auslegungsmöglichkeiten böte. Die letzte Entscheidung ist dem Völkerbundsrat zugewiesen worden, der dabei, wie es im Saarstatut heißt, den von der Saarbevölkerung durch

die Abstimmung zum Ausdruck gebrachten Wunsch zu „berücksichtigen“ hat. Das Beispiel von Oberschlesien könnte abschreckend wirken! Inzwischen aber hat sich die Zeit doch etwas gewandelt. Im Völkerbundspalast in Genf knirscht und brödelt es bedenklich, die Rolle des Völkerbundes als Versicherungsgesellschaft für die Nutznießer des Krieges ist in Wanken geraten und es erscheint fraglich, ob er es noch einmal wagen darf, das Ergebnis einer deutschen Volksabstimmung zu verschärfen. Wie ich schon ausführen konnte, ist Deutschland zu einer Verständigung mit Frankreich bereit, es wird auch eine Verständigung über die Saarfrage nicht von der Hand weisen, wenn man in Frankreich endlich einsehen sollte, daß die Abstimmung an der Saar nur mit einer französischen Niederlage endigen kann. Freilich, diese Verständigung darf nicht auf Kosten der nationalen Ehre des Deutschen Reiches geschehen. Ueber wirtschaftliche Fragen wird man sich auf dem Boden der Gleichberechtigung schon verständigen können. Eines steht fest, Deutschland hat nicht den geringsten Anlaß, die Abstimmung an der Saar zu umgehen, es kann ihr mit der größten Zuversicht entgegensehen. Es ist nur hohle Schaumslägerei, wenn sich Frankreich in dem Gespräch über die Verständigung den Anschein zu geben versucht, es habe als Mitglied des Völkerbundsrats über das Recht der Saarländer auf die Abstimmung zu wachen! Vergessen wir auch nicht, daß ein uneiniges Deutschland stets der Spielball feindlicher Kräfte war. Dank unserem Führer Adolf Hitler ist die alte Zerrissenheit und Uneinigkeit des deutschen Volkes überwunden, geschlossen und einig steht unser Volk hinter seinem Führer. Wenn auch ohne starke Wehr und Waffen, seine stärkste Waffe ist die Hochhaltung der nationalen Ehre und die moralische Kraft seines Rechtsanspruches auf Geltung und Achtung. Unser Vorsitzender Hitler hat erklärt, daß es für ihn nicht drei, sondern nur die eine Lösung der Saarfrage gebe: die Rückkehr des Saargebietes zum Deutschen Reiche! Das ist der sehnlichste Wunsch und der feste Wille der gesamten deutschen Saarbevölkerung. An der Saar vertraut man darauf, daß es dem geeinten deutschen Volke gerade durch seine Geschlossenheit unter einer tatkräftigen Regierung gelingen wird, dem Spruch der Saarbevölkerung im Januar 1935 Geltung zu verschaffen. Dann ist uns der Sieg „Deutsch die Saar immer dar“ sicher.

Tagung des Genfer Saarausschusses

Der vom Völkerbundsrat in seiner Januartagung eingesetzte dreigliedrige Saarausschuß hat Mitte Februar seine ersten Beratungen unter Vorsitz des italienischen Völkerbundsdelegierten Barons Aloisi getätigt. Die Verhandlungen waren vertraulich. Es wurde aber bekannt, daß der Präsident der Saarregierung, Knoz, nach Genf geladen war, um sich zu seinem Bericht mit der Forderung „neutraler Polizeitruppen“ für das Saargebiet zu äußern. Dieser Bericht spielte in der ersten Arbeitstagung des Ausschusses am 15. Februar eine große Rolle. Es soll auch Anlaß zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Saarausschusses gegeben haben. Denn die Ausschußmitglieder haben sich davon überzeugen müssen, daß die vom Völkerbundsekretariat zur Verfügung gestellte Dokumentensammlung zwar eine ganze Reihe von Ratsentschließungen über die Saar wiedergibt, im übrigen aber unvollständig und lückenhaft ist. Der Bericht von Knoz, der ebenfalls dem Ausschuß als Arbeitsgrundlage dienen soll, enthält wohl eine Reihe politischer Hinweise und zum Schluß die bekannte Forderung auf Entsendung ausländischer Polizei ins Saargebiet, wobei Knoz sogar 3000 bis 4000 Mann fordern soll, aber verhältnismäßig wenig Handhaben für die eigentlichen technischen Ausgaben des Ausschusses. Auf Grund dieser Tatsachen stehen sich nach dem Genfer Berichterstatter der „Saarbrücker Zeitung“ nunmehr im Saarausschuß zwei Tendenzen gegenüber.

Die eine, namentlich von Herrn Madariaga — in dem man von Anfang an einen vom Quai d'Orsay außerordentlich abhängigen Mann sehen mußte — vertretene, will die Lösung der technischen und konkreten Ausschußaufgaben verschieben und vorher eine Unzahl theoretischer Fragen klären. Zugleich wird von dieser Richtung versucht, die politische Frage eindeutig in den Vordergrund zu schieben, den Ausschuß zu einem Werkzeug im Sinne Frankreichs zu machen und Fragen, wie die der „Sicherheit und Ordnung im Saargebiet“ und der internationalen Polizei zu behandeln.

Gegen diese unsachliche Tendenz wenden sich, wie hier hervorgehoben werden muß, namentlich die Italiener. Wenn Madariaga sich dahinter verschanzt, daß vor der Behandlung der obengenannten technischen und konkreten Fragen zahlreiche juristische und politische Probleme geklärt werden müßten, so versucht Baron Aloisi alle Fragen, deren Klärung Madariaga zur Voraussetzung der sachlichen Weiterarbeit des Ausschusses machen will, einem besonderen Juristenkomitee zuzuweisen, das unmittelbar nach der Beendigung der gegenwärtigen Ausschußtagung zu arbeiten beginnen soll. Vorher aber soll nach italienischer Auffassung der Saarausschuß gewisse praktische Fragen wie die der Abstimmungskommission und möglicherweise auch des Abstimmungsdatums entscheiden.

Bis zur Maitagung des Rates, auf der ein Bericht des Saarausschusses erteilt werden soll, dürften, abgesehen von den gesondert vor sich gehenden Arbeiten des Juristenkomitees, noch zwei bis drei Tagungen des Saarausschusses stattfinden.

Dem Juristenkomitee sollen u. a. folgende Fragen vorgelegt werden:

1. Wer ist abstimmungsberechtigt (d. h. welche Auslegung erhält der Begriff der Ortsansässigkeit im Sinne der Vertragsbestimmung, daß abstimmungsberechtigt alle diejenigen sind, die am 18. Juni 1919 im Saargebiet ansässig waren)?

2. Soll nach Gemeinden, Distrikten oder für das ganze Saargebiet insgesamt abgestimmt werden?

3. Welche Kompetenzen soll eine etwa zu bildende Abstimmungskommission haben und wie sollen ihre Kompetenzen gegenüber denen der Regierungskommission abgegrenzt werden?

Wie aus dieser letzten Frage hervorgeht, dürfte es grundsätzlich feststehen, daß in Saarbrücken eine Abstimmungskommission gebildet wird und daß also die italienischen Vorschläge auch in dieser Frage durchgedrungen sind.

Den Abstimmungstag hat der Saarausschuß noch nicht festgesetzt bzw. noch keine entsprechenden Vorschläge für den Volksbundsrat entworfen.

Juristausschuß noch nicht gebildet.

Der Zusammensetzung des vom Volksbundsrat ernannten Saarausschusses, der ursprünglich zum 15. März vorgesehen war, scheint sich erneut dadurch zu verzögern, daß der Juristausschuß, den der Saarausschuß mit der Beratung gewisser juristischer, mit der Saarabstimmung zusammenhängender Fragen beauftragt hat, bisher noch nicht ernannt werden konnte.

Die saardeutsche Volksgemeinschaft

Nachdem um den 1. Oktober vergangenen Jahres herum sämtliche bürgerlichen Parteien ihre Selbstauflösung und ihre Eingliederung in die Deutsche Front beschlossen hatten und nur die NSDAP. des Saargebiets als Parteiorganisation bestehen blieb, ist nunmehr auch letztere als selbständiges Parteigebilde zurückgetreten, um den Volksgemeinschaftsgedanken aller Saardeutschen praktisch wirksam werden zu lassen. Um diesen Schritt zu erleichtern, hatte bereits am 10. Februar d. J. der Stellvertreter des Führers eine Verfügung erlassen, wonach die Mitgliedschaft zur NSDAP. des Saargebiets keine Anwartschaft auf die spätere Übernahme in die Reichspartei darstellt.

Mit dem 1. März d. J. ist die Deutsche Front als einzige deutsche Organisationsform des Saargebiets hervorgetreten. Alles, was sich zum deutschen Gedanken, zum deutschen Vaterland, zur deutschen Volksgemeinschaft bekennt, ist in der Deutschen Front zusammengeschlossen, frei von jeder parteipolitischen oder anderen Bindung. Zum Führer der Deutschen Front ist der Saarpfälzer Pirro in Homburg ernannt worden. Er hat angesichts dieser für das Saargebiet historischen Entscheidung folgenden Aufruf an die Bevölkerung des Saargebiets gerichtet:

„Deutsche Männer und Frauen!

Mit dem heutigen Tag geht der Wunsch in Erfüllung, dessen Verwirklichung wir Saarländer ausnahmslos ersehnten. Es ist Schluß mit allem Parteidader. Wir haben die große Pflicht und Ehre, der Welt zu sagen, was in der Stunde des Gebotes es heißt: Deutscher zu sein.

Am heutigen Tage schließen wir das herrlichste Bruderbündnis. Der Katholik geht in die katholische Kirche, der Protestant in die seine — aber beide sprechen das gleiche Gebet: Unser Deutschland.

Der Arbeiter, der Bauer, der Unternehmer, der Beamte, jeder tut an seiner Stelle seine Pflicht, alle aber tragen sie das Gemeinsame in ihrem Herzen: Unser Deutschland.

Der Sozialdemokrat, der Kommunist, der Zentrumsmann, der Nationalsozialist, der christliche Gewerkschaftler, der freie Gewerkschaftler, jeder mag politisch anders gedacht haben, nun aber treffen sie sich alle bei dem einen Gedanken: Unser Deutschland.

Von diesem geschichtlichen Augenblick an sind wir die eingeschworene Genossenschaft, in der einer für den andern einsteht und keiner gegen den andern aussieht.

Mit diesem Wollen gehen wir an die Arbeit!

Der Sieg wird unser sein!

Es lebe die Deutsche Front!

Saarbrücken, den 1. März 1934.

Der Landesleiter der Deutschen Front:
Pirro.“

Der Führer begrüßt die Zusammenfassung aller Saardeutschen.

Zu dieser Entwicklung der politischen Verhältnisse an der Saar erläßt der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, folgende Verlautbarung:

„Im Auftrage des Führers gebe ich bekannt, daß der Führer die nun vollzogene Zusammenfassung aller Deutschen des Saargebiets zu einer einzigen Volksgemeinschaft, die von allem Parteilichen losgelöst ist, auf das wärmste begrüßt. Gleichzeitig weise ich auf meine letzte Bekanntmachung hin, nach welcher die Mitgliedschaft bei der NSDAP. des Saargebiets keinen Anspruch auf die spätere Mitgliedschaft bei der NSDAP. des Reiches bedeutet; vielmehr erkläre ich, daß die Voraussetzungen für eine spätere Mitgliedschaft bei der NSDAP. einzig und allein sich aus der Erfüllung sämtlicher Anforderungen des Leiters der Deutschen Front, Pirro, ergeben.

München, den 2. März 1934.

gez. Rudolf Heß.“

Der bisherige Bundesführer der NSDAP., Spaniol, wurde zum Führer der Deutschen Front im Reich bestellt, die alle abstimmungsberechtigten Saardeutschen außerhalb des Saargebiets umfassen soll.

Ein Aufruf des Staatsrats Spaniol

Staatsrat Spaniol hat folgenden Aufruf erlassen:

„Deutsche Volksgenossen an der Saar!
Parteigenossen!

Mit dem 1. März 1934 sind wir an der Saar in eine bedeutende geschichtliche Stunde eingetreten. An diesem Tage hat das Saarvolk durch seine führenden Männer vor der ganzen Welt die deutsche Eidgenossenschaft gebildet. Nicht zuletzt ist dies das Verdienst der Treuen Adolf Hitlers, die unverdrossen gegen ungeheure Widerstände die Idee der Volksgemeinschaft in die Herzen des Saarvolks hineingetragen haben. Die Selbstlosigkeit ihres Kampfes hat ihre Krönung an diesem Tage darin gefunden, daß alle Volksgenossen an der Saar ohne Unterschied der Konfession, Partei und des Standes den Männern heute zur Schicksalsgemeinschaft die Hand reichen, deren Fahnen mit Blutopfern geweiht sind. Mit gewohnter selbstloser Hingabe stehen diese alten Kämpfer freudigen Herzens in der Eidgenossenschaft.

Als Landesleiter der NSDAP. des Saargebiets gebe ich bekannt:

Im Zuge der getroffenen Vereinbarung, die zur umfassenden Volksgemeinschaft aller an der Saar geführt hat, erkläre ich:

1. Die Mitgliedschaft zur NSDAP. Saargebiet ruht vom heutigen Tage an mit allen an diese gebundenen geldlichen und sonstigen Verpflichtungen.

2. Der gesamte Parteapparat der NSDAP. (Amtswalter und Mitarbeiter) geht mit dem heutigen Tage nach

den Richtlinien der Deutschen Front in deren Besitz über, desgleichen werden die gesamten Räumlichkeiten sowie deren Einrichtung dieser bis zum Abstimmungstage überlassen.

Hiermit lege ich die Führung der NSDAP., einem höheren Ruf folgend, nieder. Unser einziges Ziel ist: Unser Deutschland! Heil dem Führer!

gez. Staatsrat Spaniol, Führer der Deutschen Front im Reich.“

„Semigranten“

Unter dieser Überschrift veröffentlichten wir in unserer letzten Ausgabe eine Mitteilung über das unverantwortliche Treiben jener Elemente, die vom Saargebiet aus gegen Deutschland hezen und die unglaublichesten Greuelmärchen im Ausland verbreiten. Anschließend wurde ein Auszug aus den Mitgliederlisten der sogenannten Saarländischen Friedensgesellschaft und der Liga für Menschenrechte wiedergegeben. Unter den darin aufgeführten Namen befinden sich auch einige von Bürgern, die ihrer ganzen Vergangenheit nach nicht jenen Elementen zuzuzählen sind, die in der vorausgegangenen Notiz gekennzeichnet worden waren. In Zuschriften einiger dieser genannten wird uns erklärt, daß sie weder Mitglied der Saarländischen Friedensgesellschaft noch der Liga für Menschenrechte seien oder gewesen seien. Diese Erklärung wird uns u. a. gegeben von Dr. Fromm-Luisenthal, Apotheker Birnbaum-Bischmisheim, Herrn Heinrich Simon-Sulzbach und Dr. Teiber. Für diese Herren setzen sich u. a. ein Herr Pfarrer Kühnen-Neudorf, Pfarrer Reichard-Saarbrücken 3. In diesen Zuschriften heißt es u. a.: Herr Dr. Fromm ist weder Separatist noch Saarbündler noch Mitglied der Saarländischen Friedensgesellschaft und Liga für Menschenrechte. Er ist als Kriegsfreiwilliger verwundet und mit dem EK ausgezeichnet. Ein Bruder von ihm liegt in Frankreichs Erde. Er ist ein guter Kamerad, stets hilfsbereit und ein gerader Charakter, dem bis jetzt nichts Ehrenrühriges nachgesagt werden kann. Er ist Deutscher, deutsch aus ehrlicher Seele, begeisterter Soldat, Feldwebel.“ Ähnliches trifft für Herrn Apotheker Birnbaum in Bischmisheim zu. Dieser ist sogar Mitglied der St. D. A. des D. L. Bei der Nennung des Namens des Herrn Heinrich Simon war der Wohnort (Saarbrücken) weggelassen worden, so daß Herr Heinrich Simon in Sulzbach Wert darauf legt, festzustellen, daß er mit der gekennzeichneten Gesellschaft nichts zu tun hat. Wir haben erst vor wenigen Wochen seines 80. Geburtstages gedacht. Er ist bekanntlich Mitglied der Handelskammer und Ehrenvorsitzender des Schutzvereins für Handel

und Gewerbe. Er kommt selbstverständlich für diese „Ehrenliste“ der Friedensgesellschaft usw. nicht in Betracht.

Wir bedauern in jeder Hinsicht, daß bei der Aufzählung der Namen verschiedene Persönlichkeiten mitgenannt worden sind, deren ganze Vergangenheit keinen Anlaß bietet, sie in die Reihe derer um Braun, Walz und Genossen einzugliedern. Wir hoffen, daß es gelingen wird, festzustellen, von welcher Seite die fragliche Meldung ausgegangen ist. Wir stehen nicht an zu erklären, daß wir durch verschiedene Umstände uns zu der Veröffentlichung veranlaßt gelehnt haben, da es auch uns notwendig erschien, einmal den Personenkreis zu lüften, der diese Zerstörungsarbeit gegen Deutschland und Vaterland betreibt.

Die Aufstellung der Liste geht offenbar von den eigentlichen Dunkelmännern selbst aus, die unter mißbräuchlicher Verwendung der Namen angesehener Bürger Verwirrung anzurichten versuchen und die damit ihre eigenen Schandtaten zu verwischen trachten. Wir haben einen ähnlichen Fall vor etwa sechs Jahren erlebt, als man einen Auszug aus der Mitgliederliste des Saarbundes veröffentlichte. Auch da stellte sich die mißbräuchliche Verwendung von Namen in dieser Liste heraus. In unserem Falle scheint man die gleichen Methoden mit ähnlichem Erfolg angewandt zu haben. Offenbar stehen die Personen, die tatsächlich nichts mit diesen deutschfeindlichen Organisationen zu tun haben, ohne ihr Wissen und Zutun in den Mitgliederlisten der sog. Friedensgesellschaft bzw. der Menschenrechtsliga. Man will damit anscheinend absichtlich diese Personen kompromittieren, weil sie sich nicht haben bereitfinden lassen, für die vaterlandsfeindlichen Bestrebungen derer um Braun u. Gen. einzufangen.

Jedenfalls liegt uns daran, den Tatbestand festzustellen. Wir bitten die zu Unrecht verdächtigten Herren in aller Offenlichkeit um Entschuldigung, wenn sie in dieser Liste der Landesverräter genannt worden sind. Wir geben ausdrücklich zu, daß wir getäuscht worden sind.

Wenn wir diese Tatsache hier feststellen, so nehmen wir selbstverständlich kein Wort von dem zurück, was wir bisher gegen Max Braun, Walz und das sonstige Separatisten-geindel zum Ausdruck gebracht haben. Wer heute noch Mitglied der Saarländischen Friedensgesellschaft oder der Liga für Menschenrechte oder anderer von Max Braun oder ähnlich gekauften Elementen gegründeten Organisationen ist, wer sich an der Heze und der Verleumdung Deutschlands und der im deutschen Freiheitskampf tätigen Personen beteiligt, auf die trifft all das zu, was mit der Bezeichnung Semigranten gefügt werden sollte. Die Kampfesweise dieser Elemente ist so niederrächtig, daß die fälschliche Verdächtigung ehrenwerter Personen durchaus in der Linie ihrer bezahlten Propagandaarbeit liegt.

Eine französische Stimme über den Landesverräter Max Braun

Der Sozialisteführer und Landesverräter an der Saar Max Braun erhielt in den letzten Tagen von der in Mez erscheinenden „Lothringer Volkszeitung“ und der „Forbacher Bürger-Zeitung“ eine Abfuhr, wie sie unter den gegebenen Verhältnissen schärfer kaum gedacht werden kann. Die Ursache hierfür geht aus dem, was die „Forbacher Bürger-Zeitung“ schreibt, hervor. Es heißt dort:

„In Saarbrücken lebt als eine der größten Hoffnungen der Saar-Propaganda und unserer Linkskreise, die eifrig in dieser Saarpropaganda machen, der Sozialist Braun, der Chefredakteur der sozialistischen „Volksstimme“. Dieser Tage brachte er in seinem Blatte ein Bild von der Beerdigung des französischen Reservelieutnants Roubaudi, der bei den Pariser Demonstrationen am 6. Februar erschossen wurde. Diese Beerdigung, an der sich vor allem die patriotischen Verbände beteiligten, beeindruckt Max Braun zuvor mit dem Titel: „Göbbels-Propaganda“. Alles, was diesen Sozen nicht in den Kram paßt, wird als Nazi-Propaganda denunziert. Wir wissen ja in Forbach auch darüber Bescheid. Dann heißt es in dem erklärenden Text:

„Der Trauerzug am Arc de Triomphe, unter dem sich das Grabmal des Unbekannten Soldaten befindet. Auffallend ist unter den das Spalier bildenden Personen die

große Zahl derer, die dem Toten durch faschistischen Gruß die Ehre erweisen. Goebbels Agenten haben ihre Kreaturen schon gut eingerichtet.

Unter Beteiligung einer außerordentlich großen Menschenmenge fand in Paris die Beisetzung des Leutnants der Reserve Roubaudi statt, der während der Unruhen an der Spitze einer Frontkämpfer-Lausbuben-Demonstration erschossen wurde.“

„Es ist eine bodenlose Frechheit, wenn dieser deutsche Sozialistenchef die Tausende von Frontkämpfern, die sich an dieser Demonstration beteiligten und teilweise dabei ihr Blut für ein besseres Frankreich gaben, unsere Frontkämpfer als „Lausbuben“ tituliert. Und es ist das derselbe Braun, der bei unseren Linksbloktreinen als die größte Hoffnung und der liebe Parteifreund gilt. Soviel wir wissen, nimmt dieser saubere Herr öfters in Forbach Wohnung. Es wäre Sache aller wirklich nationalen Verbände, diesen Wohnsitz aufzufinden zu machen und dann in einer geschlossenen Demonstration ihm derart beizubringen, daß unsere französischen Frontkämpfer keine Lautbuben sind, daß ihm Hören und Sehen vergeht. In Paris hatte bei den Demonstrationen ein Garde mobile die Fahnenstange der Croix de feu entzweitgeschlagen; die Menge zog ihn vom Pferde und verdrosch

ihm solange den H..., bis er auf den Knien für diese freche Beschimpfung unserer Frontkämpfer feierlich um Verzeihung bat. Den Mann muß man sich für immer merken, damit ihm klar gemacht wird, daß die Franzosen in puncto nationalem Empfinden keine Mentalität haben."

Das klingt anders als das, was man von Braun vor etwa einem Monat in Paris und Genf sagte und schrieb. Damals wurde er dort von einflussreichen Politikern empfangen, während Vertreter der Deutschen Front aus dem Saargebiet in Genf antichambrieren mußten, um überhaupt jemanden zu finden, der bereit war, anzuhören, was sie zu sagen hatten. Und das, obwohl hinter Braun nur ein kleines Häuslein Marxisten und Separatisten steht, während

die Vertreter der Deutschen Front die Auffassung fast der ganzen Saarbevölkerung darzulegen hatten. Die französische Presse stellte die Bevorzugung Brauns mit sichtlicher Befriedigung fest, und das „Petit Journal“, das ein Gespräch mit Braun wiedergab, verstieg sich sogar zu der Behauptung, daß Braun finde in den Kreisen des Völkerbundes natürlich das größte Wohlwollen. Allerdings hat dieses Wohlwollen nicht ausgereicht für die Erfüllung der Wünsche Brauns nach einer Hinausschiebung der Abstimmung. Wir sind gewiß, daß recht bald der Tag kommen wird, wo dieser Verräter auch von Frankreich die ihm gebührende „Belohnung“ erhalten wird; denn gerade hier liebt man den Verrat, aber man haßt den Verräter.

Saar und Reich stehen zusammen

„Jeder deutsche Volksgenosse muß den Saarkampf innerlich erleben!“

Zu einer außerordentlichen Tagung traten am 17. Februar die Führer des Bundes der Saarvereine in Koblenz zusammen. Es galt, einmal die Vorarbeiten zu bestimmen für die nächste auf den 26. August festgesetzte Jahrestagung des Bundes der Saar-Vereine, die die letzte vor der Saarabstimmung sein wird. Ferner waren die Grundsätze aufzustellen, nach welchen die gemeinsame Arbeit der Saarvereinsorganisation zur Durchführung des Abstimmungskampfes durchgeführt werden muß. Denn nur wenn hinter einem klaren Willen und einem klaren Ziel die geschulte vorwärtsstreibende Kraft aller Mitbeteiligten steht, wenn sich alle über Wesen, Sinn und Art des Saarkampfes einig sind, kann dieses Werk der deutschen Saarbefreiung zum guten Ende geführt werden. Das Ziel steht für alle innerhalb und außerhalb der Saarvereinsarbeit Tätigen fest: nämlich die Rückkehr des deutschen Saargebiets. Welche Aufgaben an den einzelnen herantreten, auf welchen Platz er gestellt werden muß, das hängt ganz davon ab, wie sich in den nächsten Wochen und Monaten die saarpolitische Lage gestaltet. Nur in einem Punkt müssen wir uns alle klar sein, daß das ganze deutsche Volk an diesem Saarfriedenskampf beteiligt werden muß. Es mag sich selber jeder einzelne deshalb darüber klar werden, welchen Teil der Aufrüttelungsarbeit er zu übernehmen gedenkt, und in welcher Weise er seiner Verpflichtung gegenüber Volk und Vaterland gerecht zu werden vermag.

Die Führertagung leitete der stellvertretende Führer des Bundes der Saarvereine, Mittelschulrektor A. Dibusmann-Wuppertal-Elberfeld. Im kommenden Jahre erwachsen uns, so führte er in seiner Begrüßungsansprache u. a. aus, besondere Aufgaben. Seit der Tagung vom Niederwald hat der Bund der Saarvereine einen glänzenden Aufschwung auch innerhalb der einzelnen Ortsgruppen genommen. Diese Tatsache beweist, daß der Saargedanke innerhalb Deutschlands marschiert, daß wir jetzt unter einem energischen Führer geschlossen vorwärtsstreiten und alles daran setzen, daß im Jahre 1935 auch nicht ein Quadratmeter deutschen Bodens an der Saar verloren geht. Mit einem Gruß an die Heimat leitete er in die Verhandlung ein.

Zunächst gab Verwaltungsdirektor Theodor Vogel-Berlin einen Überblick über die Geschichte der Saarvereine. Ihre Gründung fand ihren Anstoß durch das Belanntenwerden der französischen Annexionsabsichten während der Versailler Verhandlungen. Im Saargebiet wie im Reich fanden sich tatbereite Männer und Frauen, um diesen Absichten entgegenzuwirken. An der Saar war es der unvergessliche Theodor Meyer, im Reich Landgerichtsrat Dr. Karl Röchling, dem es mit Unterstützung einer Reihe Großindustrieller gelang, eine Organisation, den Saargebietsschutz, ins Leben zu rufen. Durch Protestversammlungen, Aufklärungsschriften und Filme wurde die Gegenaktion eingeleitet. Mit dem Inkrafttreten des Versailler Diktats mußte der Saargebietsschutz verschwinden. An seine Stelle trat, auf völlig privater Grundlage errichtet, die Geschäftsstelle Saarverein, deren Leiter, Th. Vogel, sofort die Organisation des Bundes der Saarvereine gründete. Es sollte kein landsmannschaftlicher Verband sein, da man sich von der ersten Stunde an der schweren und ernsten Aufgaben bewußt war, die für unsere treudeutsche Saarbevölkerung erfüllt werden mußten. Der Saarvereinsorganisation sollten nicht nur Saarländer angehören, sondern sie sollte allen Deutschen offen stehen, die es als ihre Ehrenpflicht betrachteten, an der Deutscherhal-

tung des Saargebiets mitzuwirken. Aus den Ortsgruppen entstanden Landesverbände, und schließlich kam es zu der umfassenden Organisation des Bundes der Saarvereine, die alljährlich auf der Jahrestagung Rechenschaft ablegten über die geleistete Arbeit und sich Anregung für ihr künftiges Wirken holten. Für diese Saarvereinsorganisation war es nicht immer leicht, freie Bewegungsmöglichkeit vorzufinden. Denn die Tatsache, daß die Saarvereine ihre nationale, ihre vaterländische Arbeit betonten, war während des verflossenen Jahrzehnts den meisten amtlichen Stellen und der größten Zahl der deutschen Zeitungen unbequem. Erst mit der Machtgreifung der Nationalsozialistischen Partei trat auch hier ein Umschwung ein. Wenn der Saarfriedenskampf die Presseunterstützung von Anfang an so gehabt hätte wie im vorigen Jahr, dann wären auch wir schneller emporgelommen. Es ist leider eine Tatsache, daß die Kundgebung am Niederwald die erste war, wo die deutsche Reichsregierung zum erstenmal vertreten war. Darüber sind wir uns immer klar gewesen, daß der Endkampf noch lange nicht zu Ende ist. Wir dürfen nur nicht irgendwie die Augen geschlossen halten. In der Gewißheit und der festen Überzeugung aber, daß der Kampf, der sich jetzt dem Ende nährt, für uns und für die Saarbevölkerung nur ein siegreicher sein wird, rief er dem Führer des Bundes der Saarvereine, Staatsrat Simon, und den Ortsgruppen den alten Seemannsruf zu: „Mit Volldampf voraus!“

Hierauf behandelte der Führer des Bundes der Saarvereine, Gauleiter Staatsrat Gustav Simon, Welen und Auswirkung der Saarfrage. Er stellte darin zunächst fest, daß die Niederwald-Kundgebung eine weit nachhaltigere Wirkung gehabt hat, als vorausgesehen werden konnte. Bis dahin stand die Saarfrage durchaus nicht im Vordergrund. Im Saargebiet selber hat gerade die Niederwald-Kundgebung eine geradezu ungeheure Wirkung erzielt. Bis dahin haben weite Kreise des Saarlandes unserem Dritten Reich, der gegenwärtigen Regierung, ja sogar dem Führer, skeptisch gegenübergestanden. Dadurch aber, daß Zehntausende zum ersten Male den Führer, von Angesicht zu Angesicht sahen, es persönlich erlebten, dadurch, daß sie sahen, wie begeistert das ganze Deutschland hinter der gegenwärtigen Regierung steht, dadurch sind diese Zehntausende überzeugt ins Saargebiet zurückgekehrt und wurden dort zu Predigern für das neue Deutschland. Es hat diese Kundgebung dazu beigetragen, daß die „Deutsche Front“ viel leichter zustande kam, als sie ohne diese Kundgebung vielleicht zustande gekommen wäre.

Seit der Niederwald-Kundgebung, wo der Führer die Saarfrage zu einer Frage ersten Ranges erhoben hat, seit dieser Zeit hat diese Frage alle deutschen Gemüter wie auf einen Schlag erfaßt. Wir haben durch diese Kundgebung den Zweck erreicht, den wir wollten. Reich und Saar, diese beiden Begriffe als Wechselbegriff, als gegenseitige Verpflichtung und Treuebegriff, sind seit diesem Tage der Kundgebung eingehämmert worden in die Herzen von Millionen von Deutschen, und niemals hat das deutsche Volk einer Grenzlandfrage ein so großes Interesse entgegengebracht, wie jetzt der Saarfrage.

Staatsrat Simon behandelte dann organisatorische Fragen. An der Spitze unserer Arbeit steht die Aufgabe, die Saarländer der Treue des Reiches zu versichern. Saar und Reich, diese beiden Wörter müssen zu einem unteilbaren Begriff werden. Jeder Volksgenosse muß den Saarkampf innerlich miterleben. Wenn es dort Terror hagelt, dann fühlen wir uns terrorisiert im Reich. Alles, was das Saarvolk erleidet, erleiden wir, weil wir ein Körper, ein Blut, ein Volk, ein unteilbares Ganzes, das nicht getrennt und nicht zerrissen werden kann, sind. Tragen Sie diesen Gedanken in immer neuen Formen in das deutsche Volk, damit im nächsten Jahr die ganze Welt weiß und es jeder Deutsche weiß: Saar und Reich stehen zusammen, und niemals wird die Saar verloren gehen, so lange das Reich hinter der Saar steht.

Nach einer eingehenden Aussprache nahm der inzwischen erschienene Bevollmächtigte der Reichsregierung für das Saargebiet, Vizekanzler von Papen, das Wort, um zunächst die Grüße des Kanzlers und Führers zu überbringen, der mit allen Fasern seines Herzens den Kampf der Saar zur Heimat verfolgt und unterstützt. Er und die Reichsregierung, so erklärte der Vizekanzler, anerkennen mit besonderer Dankbarkeit die Arbeit, die in den letzten 15 Jahren seitens der Saarvereine geleistet wurde, unter Verhältnissen, die wahrlich manchmal unendlich schwierig waren. Wir wissen das ganz besonders zu schätzen. Wir sind glücklich, daß nun an die Spitze dieser Bewegung eine so energische, elastische und zielbewußte Persönlichkeit wie der Staatsrat, Gauleiter Gustav Simon, getreten ist, der selbst ein Saarländer, ja in seinem Erleben am besten die Notwendigkeiten des Tages erkennt. Ich habe dem, was er ausgeführt hat über die Erfüllung der Aufgaben, nur wenig hinzuzufügen. Es ist nicht meine Aufgabe, etwa einen neuen großen Apparat schaffen zu wollen, sondern darüber zu wachen, daß alle Kräfte der Nation, die geistigen und die wirtschaftlichen, konzentriert auf das eine Ziel gerichtet werden: Rückkehr der Saar zum Reich!

Über die Abstimmung an der Saar brauchen wir uns keine Sorge zu machen.

Im übrigen freue ich mich, Ihnen den Entschluß des Führers und der Reichsregierung mitteilen zu können, daß in dem Mittelpunkt unseres Kampfes für die deutsche Saar wieder die große Kundgebung stehen wird, die Ende August stattfindet. Sie beginnt am Vormittag mit der Eröffnung der großen Saarausstellung in Köln in einem großen internationalen Rahmen und endet v. m. nach einer Rheinfahrt mit allen Gästen auf dem Ehrenbreitstein in einer großen Saarkundgebung. Ich bin heute nachmittag oben gewesen, und ich bin geradezu begeistert davon. Ich habe nirgendwo einen schöneren Platz gefunden, als den Ehrenbreitstein, der an Rhein und Mosel so sinnvoll die Verbundenheit der Saar mit dem Reich wiedergibt. Ich glaube, daß diese Kundgebung ein herrlicher, wundervoller Mittelpunkt unserer ganzen Tätigkeit sein wird. Ich bitte Sie, auch weiterhin so zu arbeiten wie bisher.

Die 14. Saar-Bundestagung am 26. August auf dem Ehrenbreitstein

In einer zweiten internen Besprechung machte Gaupropagandaleiter Michaels nähere Angaben über die Vorbereitungen zu der am 26. August in Ehrenbreitstein stattfindenden gewaltigen Saarkundgebung. Man hat sich das Ziel gesetzt, insgesamt rund 300 000 Teilnehmer aus Reich und Saargebiet zu dieser Kundgebung heranzuziehen.

Die 14. Bundestagung beginnt am 25. August, und zwar nachmittags mit einer Arbeitstagung. Am Abend findet dann ein Saar-Heimatabend statt. Am 26. August werden dann morgens sportliche Veranstaltungen durchgeführt werden, in Verbindung mit einer Turner-Staffel und einer Saartreuefahrt aller deutschen Kraftfahrer. Diese beiden Sonderaktionen werden uns besonders aus dem Reichsgebiet viele Teilnehmer heranbringen, und es wird dadurch die Möglichkeit gegeben, daß diese Kundgebung nicht nur in Koblenz sich auswirkt, wo der Führer sprechen wird — die Zusage ist bereits erfolgt — sondern im gesamten Reichsgebiet wird durch die Ankunft der Kraftfahrer und durch den Anlauf der Sportler an die Riesenkundgebung in Koblenz erinnert. Zum Transport der Teilnehmer ist zu sagen, daß die Reichseisenbahnverwaltung für jeden Teilnehmer hin und zurück bereits 75 Prozent Fahrtnachlass eingeräumt hat. Um die Höchstziffer von 300 000—350 000 Besuchern zu erreichen, werden zwei Feierwochen eingerichtet werden, eine vor und eine nach der Kundgebung. Am frühen Morgen vor der Kundgebung kommt die zweite Kolonne an, und die erste Kolonne fährt mit den Jüngsten der zweiten Kolonne ab. Sie muß auch schon deshalb eingeleitet werden, damit die Unterbringung und Verpflegung einwandfrei durchgeführt werden kann, und dazu gehört, daß die Teilnehmer in zwei Gruppen geteilt werden. Es geht darum, die Besucherzahl für die Kundgebung so gewaltig zu steigern, daß sie die eindrucksvollste des Jahres wird. Den Abschluß der Kundgebung wird ein großes Feuerwerk am Abend bilden.

In einer Schlussansprache führte Gauleiter Staatsrat Simon u. a. aus, es sei unsere Aufgabe, zu beweisen, daß wir tatsächlich ein Volk geworden sind. Volk sein heißt für uns ein gemeinsames Erleben haben. Es darf nichts vor sich gehen, was nicht jeder einzelne Volksgenosse innerlich mitfühlt und miterlebt. Und so haben wir auch die Aufgabe, dafür einzutreten, daß das ganze deutsche Volk den Willen des Führers in der Saarfrage erkennt und alles miterlebt, was der Führer erlebt. Wir haben den Führer damals bei seiner Rede auf dem Niederwalddenkmal gehört, wir haben es gemerkt, wie es 80 000 Saarteilnehmer innerlich ergriffen hat.

Der Führer ist ergriffen von der Saarfrage. Er wird sich in den kommenden Monaten mit seiner Frage stärker beschäftigen, als mit der Rückgliederung des Saarlandes zum deutschen Heimatland.

Das ganze deutsche Volk muß dasselbe tun, muß in den kommen-

den Monaten immer wieder an die Saarfrage denken, muß immer wieder darauf hingeleitet werden. Es ist für uns alle ein schönes Bewußtsein, zu sagen: Was ich tue, tue ich für mein Volk, für meine deutschen Brüder und Schwestern! Dieses Bewußtsein muß uns stählen, mit grenzenloser Hingabe unserer Sache zu dienen, damit wir nach diesen Monaten sagen können: Auch wir Saarländer im Reich haben unsere Pflicht getan, damit das, was deutsch war, wieder zurückkehrt zum deutschen Vaterland!

Die Führertagung fand ihren Abschluß mit einer gewaltigen Saar-Kundgebung in der Koblenzer Stadthalle.

Nach einem vom Musikzug der SA-Standarte 28 gespielten Fanfarenmarsch marschierten unter den Klängen des Fridericus-Marsches die Fahnenabordnungen der verschiedensten Wehr- und politischen Organisationen in den Saal. Der Führer des Bundes der Saarvereine, Staatsrat Simon, sprach herzliche Begrüßungsworte, in welchen er u. a. ausführte: Wir können es dem deutschen Volke nicht stark genug einhämtern in die Herzen und Hirne, daß ein Grenzvolk bei aller Treue niemals auf sich allein gestellt bleiben darf. Wir haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß das ganze deutsche Volk zu der Erkenntnis kommt, daß unsere 800 000 Brüder im Saargebiet der Rückendeckung bedürfen durch 65 Millionen im Reich. Es kann eine Front nicht kämpfen, wenn sie nicht weiß, daß eine Heimat treu hinter ihr steht, und es kann auch die Saarfront nicht mit Erfolg kämpfen, wenn sie nicht das Bewußtsein hat, daß hinter ihr sich eine treue deutsche Heimat befindet. Unsere Treue gegenüber dem Saargebiet muß ihren Ausdruck finden in dem Mitsühlen und dem Mitverstehen für alles, was sich im Saargebiet abspielt. Das Saargebiet ist heute ein Land der Opfer, wo jeder einzelne tausendsächsisches Leid zu tragen hat. Wir müssen das Leid des Saarvolkes als unser eigenes Leid empfinden lernen. Wir müssen die Opfer, die man im Saargebiet bringen muß, als unsere eigenen Opfer begreifen und müssen den Willen haben, dafür einzutreten, daß im Saargebiet kein einziges Opfer umsonst gebracht worden ist. Niemand darf im Saargebiet eine Knebelung erfahren, ohne das Bewußtsein zu haben, daß auch wir Deutsche im Reich uns dann genebelt fühlen.

Das wechselweise Programm brachte u. a. mehrere Sprechchöre des Saarländischen Jungvolkes. Es waren Bekenntnisse der saardeutschen Jugend zu Deutschland, Heimat, Vaterland und deutscher Volksgemeinschaft, die an die Herzen und an die Seelen packten. Und als der Schwur

„Deutschland, nur Deutschland
Gehörten wir an.
Wir waren es Tag und Jahr
Wir schwören es:
Deutsch ist die Saar!“

wie ein heiliges Walten in dem Riesenraum hing und jeder einzelne von dem vaterländischen Ernst der Stunde erfüllt war, da lag in dem stürmischen begeisterten Beifall nicht nur herzlicher Dank, sondern auch die bestimmte Gewissheit: diese Jungs läßt sich das Deutschtum nicht rauben.

Und diese Gewissheit schwang noch in der Ansprache mit, die Vizekanzler v. Papen an die Versammelten richtete. Er sagte u. a.:

Die Frage, die im Zentralpunkt deutschen Denkens steht, ist die Frage der Wiedererrichtung der deutschen Freiheit, und in dieser Frage spielt die Hauptrolle für uns

die Frage der Wiedergewinnung der Saar.

Sie mögen daraus, daß ich heute der internen Beratung der gesamten Vertreter der Saarvereine bewohnen konnte, entnehmen, ein wie großes und umfassendes Interesse die Reichsregierung gerade der ungeheuer wichtigen Kleinarbeit entgegenbringt. Wir sind der Ansicht, daß die Saarfrage keineswegs eine Frage etwa wirtschaftlichen Charakters ist; im Gegenteil, wir glauben, daß die Saarfrage einzig eine Frage des deutschen Volksstums ist. Gewiß, in anderen Ländern, wo man sich von liberalistischen Methoden noch nicht hat freimachen können, in denen die Fragen materieller Art die ausschlaggebende Rolle spielen, da stellt man die wirtschaftlichen Fragen an die Spitze. Bei uns aber, da gibt es, nachdem Gott sei Dank diese Auffassung überwunden ist, nur eine Auffassung über das Problem der Saar. Das ist die Frage nach der Beantwortung des Volksstums. In der Abstimmung, dessen sind wir sicher, wird die Saar der Welt beweisen, daß die Stimme des Blutes alles übertönt.

Die Saarfrage ist eine europäische Frage, ja, eine Weltfrage, weil sie grundsätzlich und endgültig an dieser Wende der Zeiten das deutsch-französische Verhältnis bereinigen wird.

Deutschland und die Welt leiden seit Beendigung des Krieges unter der absoluten Unsicherheit des deutsch-französischen Verhältnisses. An der Schwelle eines neuen Zeitalters, das wir Deutsche eingeleitet haben, scheint es mir unsere historische Aufgabe zu sein, die Aufgabe, die der Führer uns gestellt hat, die europäische Geschichte, d. h. die Sicherung der abendländischen Kultur, auf eine neue, auf eine bessere Grundlage zu stellen als bisher.

Deshalb kommt für uns keine andere Lösung in Frage, als eine hundertprozentige Rückgliederung zum Deutschen Reich. Indem wir so vor der Geschichte eine endgültige Klärung in dieser Frage schaffen, entsprechen wir damit gleichzeitig dem Bedürfnis Frankreichs nach Sicherheit, von dem es dauernd und wiederholt spricht. Aus dem europäischen Charakter dieses Problems erwartet Deutschland eine entscheidende und eine vollkommen hundertprozentige Lösung der Saarfrage.

Das Saargebiet wird seine Pflicht tun. Deswegen sind wir heute abend auch nicht hier, um etwa die Saarländer an ihre Pflichten zu erinnern. Wir wollen davon sprechen, was unsere Pflichten

sind. Vielleicht darf ich mit den meinen anfangen: Meine Aufgabe ist, kurz und klar, die Aufgabe, die der Führer mir gestellt hat, und die ist folgende: Alle Kräfte der Nation, die geistigen und die wirtschaftlichen, konzentrisch auf dieses eine Ziel der Rückgliederung des Saargebietes einzurichten. Meines Amtes ist, auszugleichen, zusammenzuführen, zu ordnen und lediglich alle Kräfte auf das eine, große Ziel anzusehen. Und deshalb begrüße ich mit besonderer Dankbarkeit die Arbeit der Saarvereine, die seit fünfzehn Jahren sich mit der größten Selbstlosigkeit, unter großen Opfern, in den Dienst dieser Sache gestellt haben.

Wir wissen, daß in den Zeiten, wo Regierung und Nation sich mit anderen Problemen beschäftigen, es ungleich schwerer war, diesem hohen Ziele nachzugehen. Und wir danken deshalb ganz besonders unseren Freunden aus den Saarvereinen, daß sie fünfzehn Jahre hindurch in dieser selbstlosen Opferfreudigkeit diesem Ziele gedient haben (Bravo!).

Die Saarvereine stehen heute unter einer energischen und zielbewußten Führung, unter der Führung eines Mannes, der selbst das saarländische Blut in seinen Adern hat. Die Saarvereine werden fortfahren in dieser Arbeit, weil sie damit zugleich dem europäischen Aufbau dienen, weil sie damit zugleich dem Verständnis dienen, was die Welt für diese entscheidende Frage haben muß.

Meine Aufgabe ist weiter, neben den geistigen auch die wirtschaftlichen Kräfte der Nation auf dieses Ziel zu konzentrieren, d. h. diese deutsche Westmark geistig und wirtschaftlich in Zukunft zu einer unzertrennlichen Bastion mit dem Hinterland und dem großen deutschen Vaterlande zusammenzuschließen.

Wenn ich vorhin ausführte, daß für uns die Saarfrage nicht eine wirtschaftliche, sondern eine rein völkische Frage ist, so ist es selbstverständlich unsere Pflicht, dem Saargebiet zu sagen und es mit der Tat zu beweisen, daß wir alles tun und alles vorbereiten, um seine Rückkehr zur Heimat, zu einem großen, ganz großen Erfolge zu machen.

Die Vorarbeiten für dieses Rückgliederungsprogramm sind seit langem im Gange. Es muß die Möglichkeit geschaffen werden, die Saar Kohle an den Rhein und an die Seehäfen zu bringen, wie etwa die Ruhrkohle. Wir glauben, daß wir im Sinne dieser umfassenden Vorbereitungen nicht nur die Bergarbeiterschaft der Saar, soweit sie noch in Lohn und Brot steht, in ihrer Arbeit erhalten können, sondern auch die übrigen, die jenseits der Grenze arbeiten, oder arbeitslos sind. Ein großes Arbeitsbeschaffungsprogramm nicht nur innerhalb des Saar-

gebietes, sondern auch für die anschließenden Grenzteile ist in Vorbereitung.

So glauben wir, daß wir jeden arbeitslosen Saarländer vom Tage der Rückgliederung ab wieder in Arbeit bringen können. Damit geht Hand in Hand der Ausbau der Landwirtschaft, die vom Tage der Rückgliederung an das deutsche Saargebiet mit ihren Erzeugnissen wird versorgen können. Mit einem Wort:

Die Reichsregierung bereitet sich darauf vor, die gesamte Produktion des Saargebietes in ihrem eignen Raum unterbringen zu können.

Aber ich wiederhole, wenn ich dieses feststelle, die Hoffnung, die der Kanzler und auch ich schon wiederholt ausgesprochen haben, daß es dennoch möglich und wünschenswert ist, eine Einigung über die wirtschaftliche Rückgliederung auch mit unserem Nachbarlande herbeizuführen, weil wir glauben, daß das Saargebiet eine natürliche Brücke zwischen Frankreich und Deutschland ist, daß sich dann nach den wirtschaftlichen auch die politischen Verhältnisse bessern werden.

Endlich und letztlich lassen Sie mich an die Pflicht erinnern, die uns allen obliegt. Das Mutterland kann unendlich viel für das Saargebiet tun; nicht nur, indem es das Saargebiet selbst zum Kampfe um das Deutschtum ermunkert. Diese Pflichten kennt das Saargebiet ganz von selbst. Aber wir können, und wir müssen den Kampf um die Freiheit und Rückkehr zum Vaterlande durch eine beispielhafte Disziplin bei uns selbst unterstützen, eine Disziplin gegen den Führer und sein ganzes Werk. Es gibt und darf keine Möglichkeit geben in dem Augenblick, wo wir in einem Kampf um die Anerkennung und Wiedergeburt unseres deutschen Volkstums stehen, uns mit anderen Dingen zu befassen, die die weltanschauliche Einigkeit des deutschen Volkes in Frage stellen könnten. In einem solchen Augenblick gibt es nichts als die stärkste, eisernste Disziplin. Wenn wir vom Saargebiet die Einheit deutschen Denkens fordern, wenn wir gewiß sind, daß das Saargebiet am Tage der Abstimmung in Einigkeit seine Stimme in die Waagschale werfen wird, dann ist es unsere Pflicht, in dieser Einigkeit dem Saargebiet ein Vorbild zu sein.

Und ich meine, wir könnten nichts Besseres tun, als auf die zwei Männer zu blicken, die an der Spitze des Deutschen Reiches stehen, auf Hindenburg, ihn, der gekämpft und geblutet hat für die deutsche Einheit und den Zusammenschluß des Bismarckschen Reiches, ihn, der auch heute seine alten, greisen Hände segnend über die nationale Regierung hält, und an ihn, den Führer, der uns das Erlebnis dieses Jahres schenkt, wieder ein Volk und eine Nation geworden zu sein. Wir wollen uns den Arbeiter von der Saar zum Vorbild nehmen, den Bergmann, den Bauer, die seit 15 Jahren durch Not und Elend gehen und für ihr Deutschtum kämpfen. Wenn wir so weiter arbeiten, dann bin ich sicher, daß die Saarbevölkerung es uns eines Tages danken wird. Dann werden wir dieses kostliche deutsche Heimatland wieder vereint sehen, umarmt sehen von diesem Deutschland, das wir alle mit so tiefer Seele lieben.

Der begeisterten Zustimmung zu den Ausführungen des Herrn Vizekanzlers v. Papen folgte als eindrucksvoller Abschluß dieser erhebenden Kundgebung und damit der Koblenzer Führertagung das gemeinsam gesungene Saarlied.

Deutsche Jugend kämpft für die Saar

Ein machtvolleres und erhebendes Bekenntnis zu den Brüdern an der Saar legte am 15. Februar die deutsche Jugend — Studentenschaft der Friedrich-Wilhelms-Universität, der Berliner Hitlerjugend, des BdM und Formationen des Arbeitsdienstes — im Berliner Sportpalast ab. Zehntausende füllten den Raum. Die Fahnen des Reiches flatterten von den Rängen. Kopf an Kopf gedrängt harzte die Menge. Selbst die Seitengänge waren überfüllt. Allein diese gewaltige Zahl der Menschen gibt Kunde von der Unbrust und dem Temperament, mit dem die Reichshauptstadt geistig für die deutschen Brüder an der Saar kämpft. Und daß es die Jugend war, die hier zum Ausdruck brachte, daß sie ihre deutschen Brüder an der Saar den Machtgelüsten des französischen Imperialismus nicht auszuliefern gesinnt ist, daß diese Jugend mit glühender Begeisterung die Rede Peter Kiefer's aufnahm, das allein erfüllt mit Vertrauen. Große Transparente schmücken die Front der Ränge: „Hart der Kampf, um so größer der Sieg!“ „Deutsch die Saar — immerdar!“ Dieser nationale Rhythmus klingt aus den Schritten der aufmarschierenden Hitler-Jugend, der Fahnenabteilungen. Der Saarbevollmächtigte des Reiches, Vize-

Kanzler v. Papen, war erschienen. Hinter ihm nahm eine Abordnung von Saar-Bergleuten mit der umflogten Fahne der Saargrube „König“ Aufstellung. Drei Kapellen der SA, der HJ und des Arbeitsdienstes spielten bekannte Militär- und Kampfmärsche.

Nach kurzer Begrüßung des Herrn Vizekanzlers, der Ehrengäste und vor allem der Gäste aus dem Saargebiet, gab der Leiter der Veranstaltung, der Führer der Berliner Studentenschaft, Freudenberg, dem Führer der „Deutschen Gewerkschaftsfront Saar“, Peter Kiefer, Saarbrücken, das Wort.

Eine Zeit wie die, in der wir leben, so führte der Redner aus, macht hellhörig für das Wort Heimat. Dort, wo die Gefahr am größten sei, erwache um so stärker der Opfergeist; im Saargebiet, wo auf vorgeschobenem Posten der Kampf um urdeutsches Recht geführt wird, wächst ein hartes Geschlecht heran, das Rasse und Nation höher stellt als zeitweilige wirtschaftliche Vorteile. Angehörige des deutschen Volkes, die auf einem bedrohten und umkämpften Grenzgebiet wohnen, erleben und erleiden das Schicksal ihrer Nation im besonderen Maße. Das bedrohte, gemeinsame nationale Gut schweift zusammen. Seit Jahren fristen manche dieser aufrechten Menschen mit ihren Familien ein bitterarmes Leben, weil sie ja sonstwo infolge der Wirtschaftslage meist keine Arbeit finden konnten und darum auf die geringe Erwerbs-

losen- oder Armenunterstützung angewiesen sind. Im Jahre 1926 waren in der ganzen Saarwirtschaft 183 500 Arbeiter (ohne Beamte und Angestellte) beschäftigt. Inzwischen ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter sehr stark zurückgegangen. In der ganzen Saarwirtschaft waren Ende 1933 nur mehr 119 446 Arbeiter in Beschäftigung. Im Januar 1933 war diese Zahl sogar auf 115 431 zurückgegangen. Die Arbeitslosenzahl ist entsprechend in die Höhe geschnellt. Sie betrug Ende 1933 40 515 im Saargebiet selbst. Die Behauptungen, daß das Saargebiet im Ozean der Weltwirtschaftskrise eine Insel der Seligen geblieben wäre, sind also unwahr. Ein volles Vierteljahr mußte 1932 jeder saarländische Arbeiter ausseken, 1933 war es nicht besser. Ein Abbau von 450 Millionen Franken an Löhnen ist 1932 zu verzeichnen gewesen. Typisch für den Saarländer ist seine Sehnsucht und Heimatverbundenheit. „Ich habe 75 000 Arbeiter zu vertreten, die nichts anderes kennen als die Heimkehr ins Reich. 99,2 Prozent aller Saarbergleute sind im Saargebiet selbst oder im angrenzenden Deutschland geboren. Sie sind alle abstimmungsberechtigt. Sie kennen nur eine einzige Sprache: ihre deutsche Muttersprache. Aehnlich liegen die Verhältnisse bei der übrigen Industriearbeiterschaft. Die 150 000 Saar-Franzosen, deren Befreiung „vom deutschen Joch“ man durch den Versailler Vertrag herbeiführen wollte, haben immer nur in der Phantasie der Pariser Staatsmänner existiert. Das Saargebiet als urdeutscher Landesteil gehört, seit es deutsche Geschichte gibt, zum deutschen Vaterland. Nur durch die Heimkehr dieses Landes ins Reich kann man dem Frieden in Europa dienen.“

Die ausländische Presse muß das endlich begreifen, damit sie versteht, warum der deutsche Arbeiter, die deutsche Jugend so leidenschaftlich darum kämpfen, daß die Saar deutsch bleibt.

Der Redner erhob sodann feierlichst Protest dagegen, daß die Regierungskommission mehr auf die Stimme von Emigranten und Nichtabstimmungsberechtigten als auf die der Einheimischen hört. Nur der Saarländer selbst ist berechtigt, zu bestimmen, wohin das Saargebiet zu kommen hat. Der Saarländer haft den Franzosen nicht, aber er fühlt, daß Saarländer und Franzosen nicht Hausgenossen, sondern nur Nachbarn sein können. Die Heimat- und Erdgebundenheit der Saarländer muß durch großzügige Siedlung erhalten bleiben, ein Grenzgebiet mit erdgebundenen Menschen ist der beste nationale Grenzwall.

Mit dem von der ganzen Versammlung bei erhobener Schwurhand gesprochenem Rütlischwur: „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr!“ schloß der Saararbeiterführer seine begeistert aufgenommene Rede.

Ein Sprechchor trug hierauf ein Bekenntnis zur deutschen Saar vor, und spontan sangen die Tausende das Saarlied.

Dr. Heinrich Schneider, der Leiter der Saarabteilung in der obersten Leitung der PSD der NSDAP, betonte, daß es eine „Saar-Frage“ nur für die gebe, denen der Begriff einer deutschen Schicksalsgemeinschaft fremd sei. Weder der internationale Völkerbund, noch der neu geschaffene losspielige Beamtenapparat, weder fremde Parlamente, noch französische Propaganda und willkürliche Geseze hätten es fertiggebracht, den deutschen Arbeiter französisch zu machen. Die kommende Saarabstimmung sei eine Schicksalsfrage des ganzen deutschen Volkes. Die Lüge von den 150 000 Saarfrazonen habe an der Wiege des Saarlandes gestanden. Das Ziel Frankreichs sei die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes an der Saar. Nach einem Rückblick auf die Vergangenheit des Saarlandes, die ein schlagender Beweis für das Deutschtum und seiner Bewohner ist, protestierte der Redner gegen die Propaganda deutschfremder Elemente im Saarland. Der Führer Adolf Hitler habe mit vollem Recht erklärt, daß es zwischen Deutschland und Frankreich keine Streitigkeiten gebe, als die Saarfrage. Schon zweimal in der Geschichte sei das Saargebiet vorübergehend von den Franzosen besetzt worden, aber immer wieder ist es zurück zum Reich gelommen. Das Saarvolk werde dafür sorgen, daß es auch diesmal wieder zum Vaterland zurückkehrt.

Dann ergriff der Saarbeauftragte der Reichsregierung,

Vizekanzler von Papen,

unter brausendem Jubel das Wort. Er überbrachte zunächst herzliche Grüße vom Führer Adolf Hitler, der mit seinem Herzen und seinen Gedanken an der Kundgebung teilnahm. Dann fuhr er u. a. fort: Wir sind heute abend Zeugen einer machtvollen Kundgebung, einer Kundgebung, die einen Gedanken behandelt, der im Mittelpunkt alles deutschen Denkens steht, im Mittelpunkt unseres nationalen Kampfes um die Wiedergeburt, um die Einigkeit, die Ehre und Würde einer großen und souveränen Nation.

Für die anderen Nationen der Welt, insbesondere für die nichteuropäischen Völker, wird es einigermaßen schwer sein, zu begreifen, daß 18 Jahre nach Beendigung des Krieges ein großes Volk gezwungen ist, durch eine öffentliche Abstimmung für einen Teil seiner Bürger feststellen zu lassen, zu welchem Vaterland es sich eigentlich bekennt. Es sind das

die letzten Judungen des imperialistischen Geistes, der die Friedensverträge von 1919 schuf, dieses Geistes, der ganze Länder aufsteilte, verschacherte, der über ein Volkstum hinwegging mit einer Handbewegung, der aber an der Saar ein Volk 15 Jahre lang von einer landfremden Regierung verwaltete ließ, ohne Rücksicht auf seine eigenen Interessen, nur weil er ein paar Kohlen aus diesem Lande herausholen wollte. Dieses ganze Problem wirft ein so verabscheuungswürdiges Licht auf den Geist dieses Friedensdiktates, daß sich jedes weitere Wort darüber erübrigt.

Aber deshalb gerade ist diese Frage nicht nur eine deutsch-französische Frage, die Frage eines Grenzstreites etwa zwischen diesen beiden Ländern, nein, diese Frage ist vielmehr eine eminent europäische,

eine Weltfrage.

Wenn wir hier für die Zugehörigkeit Deutschlands und deutscher Menschen zu ihrem Vaterland kämpfen, dann kämpfen wir zugleich gegen diesen Geist der imperialistischen Politik, die Europa seit 15 Jahren verpestet hat. Wir kämpfen gegen den Geist imperialistischer Verträge und Diplomaten, die Völker und Volksteile verschachern und das Selbstbestimmungsrecht der Völker wie einen Fezzen Papier behandelt haben. Wir kämpfen gegen diesen Geist, und deswegen ist es eine europäische Frage, die Adolf Hitler aufgeworfen hat, weil wir diesen Geist für immer aus den Kabinetten der europäischen Politik verbannen wollen. (Lebhafte Beifall.)

Als vor 15 Jahren der blutige Bürgerkrieg durch die Straßen der deutschen Städte tobte, da hat die Welt sich wenig Kopfszerbrechen darüber gemacht, da hat sie geglaubt, es sei die Rache der Überlegenen an denen, denen sie die Schuld an dem Kriege zuschob. Aber wenn heute 15 Jahre später dieser gleiche Bürgerkrieg in zwei großen europäischen Hauptstädten tobt, wenn man mit Maschinengewehren und Kanonen gegen Barricaden und Arbeiterviertel feuert, dann glaube ich, ist es etwas anderes, was nicht in Ordnung ist. Und mir scheint, man sollte über dieser imperialistischen Politik der Friedensdiktate nicht vergessen, daß die eine Frage, die den Frieden der Welt ausmacht, die einzige die soziale Frage ist. (Beifall.) Der Friede kann auf dieser Welt nur aufrechterhalten werden, wenn es auch den anderen Völkern gelingt, ihre soziale Spannung zu beseitigen und den Kampf zu führen, den wir dank der Führung unseres Kanzlers, des Führers, nunmehr hinter uns haben. Wir sehen dieser Entwicklung mit den eisernen Nerven einer geistig nunmehr erneuerten, in sich geschlossenen und geeinten Nation zu.

Aber wir haben auch die Pflicht, darauf hinzuweisen, daß endlich die Welt bereit wird von den vernichtenden Folgen dieser Verträge, an denen sie täglich und ständig leidet, und an denen sie aus den Fugen zu brechen droht. (Beifall.)

Kein Verzicht auf die Saarabstimmung

Was die Saarfrage anbetrifft, so kann ich nur das eine feststellen: Die deutsche Reichsregierung hat niemals selbst verzichtet oder etwa Frankreich zu einem Verzicht auf die Abstimmung bringen wollen, die das gute verbriezte Recht der Saarbevölkerung ist.

Im Gegenteil, die deutsche Reichsregierung ist der Ansicht, daß wir allen Anlaß haben, der Welt zu beweisen, daß in dieser deutschen Grenzmark des Westens das Deutschtum zu Hause ist. (Beifall.) Und gerade deshalb werden wir auf eine solche Abstimmung niemals verzichten und verzichten können.

Was wir dagegen wünschten, sei ausschließlich, uns mit Frankreich vor der Abstimmung zu einigen, damit diese Abstimmung nicht zu einem neuen Kampf zwischen den beiden großen Nationen führt, die gerade jetzt eine erneute Anstrengung zur endgültigen Herbeiführung des Friedens machen. Der Kanzler hat das mit einer unmöglichverständlichen Deutlichkeit und Klarheit in seiner großen Rede vor dem Deutschen Reichstag am 30. Januar dargelegt.

Was uns anlangt, so werden wir alle unsere Kräfte auf den Sieg des deutschen Gedankens konzentrieren. Unsere

Brüder an der Saar wissen, daß es heute für sie keine Parteifrage, keine Frage früherer Angehörigkeit zu irgendeiner politischen Gruppe oder Partei gibt, sondern daß alle nur dem einen großen Ziel zu dienen haben. Sie haben das heute aus beredtem Munde gehört, und niemand hätte besser und aus vollerem Herzen zu uns sprechen können als der Führer dieser 75 000 Bergleute an der Saar, unser Parteigenosse Kiefer. (Beifall.) Wenn Sie ihm in diesem Augenblick danken, dann danken Sie damit zugleich der gesamten Saarbevölkerung, die nunmehr seit 15 Jahren in einem wirklich schweren Kampfe um die Behauptung ihres Deutschtums steht. (Beifall.) Sie haben es gehört, und sie wissen es, daß alles, was an der Saar noch deutsch denkt und fühlt, in diesen Zeiten und in diesen Tagen mit Deutschland sein wird, und daß es keine Frage gibt über diese Abstimmung, die im nächsten Jahre schon stattfinden wird.

Aber etwas anderes ist die Frage,

was wir dazu tun können.

Und da lassen Sie mich an diesem Abend hier vor der deutschen Jugend das eine sagen: Wir können sehr viel dazu tun.

Die großen Entscheidungen der Nation fallen den Völkern nicht in den Schoß, die großen Entscheidungen werden nur errungen durch eine eiserne geistige Geschlossenheit der gesamten Nation. (Beifall.) Deshalb gilt es in diesen Tagen mehr denn je gerade für die deutsche Jugend, zusammenzustehen in eiserner Disziplin und Selbstüberwindung, in Entzagung und Pflichttreue hinter dem Führer. Die Einheit der Nation verkörpert sich am besten und am schönsten in den kommenden Geschlechtern, die die Zukunft auf ihren Schultern tragen. Wenn der Führer die deutsche Jugend hinter sich hat, und ich weiß, er hat sie hinter sich, dann wird er die deutsche Nation über alle Tiefen und Täler, über alle Bedrängnisse hinweg zur Einheit, Ehre und zu neuer Freiheit führen. (Lebhafte, stürmische, langanhaltender Beifall.) Vizekanzler von Papen gedachte sodann der deutschen Brüder und Schwestern an der Saar.

Seine Rede wurde mit einem begeisterten Sieg-Heil aufgenommen, an das sich das Deutschland- und Horst-Wessel-Lied anschlossen.

Das Saarlouiser Obergericht bestätigt den Schulterror der französischen Grubenverwaltung

„Die Flugblätter sind nur gegen die französischen Schulen und gegen diejenigen, die diese zu propagandistischen Zwecken missbrauchen, gerichtet.“

Aus der Urteilsbegründung im Röchling-Prozeß vor dem Obersten Gericht.

In zweitägiger Verhandlung hat sich das Saarlouiser Obergericht mit der bekannten Flugblattaffäre beschäftigt, wegen der auf Veranlassung der Saarregierung bzw. der französischen Grubenverwaltung die Saargerichte gegen Kommerzienrat Dr. Hermann Röchling, Verlagsdirektor Hall und die drei Mitbeteiligten Mercher, Hillmann und Dibo zu verhandeln hatten. In erster Instanz vor dem Saarbrücker Landgericht war Freispruch für alle Beschuldigten erfolgt. Das Saarlouiser Obergericht brauchte zwei Verhandlungstage und vierzehn Tage Zeit zur Urteilstündung. Es kam zu einer Verurteilung der Beschuldigten in einem Punkt, nämlich wegen Beleidigung des Klägers Dorschel, der sich durch den Ausdruck „Gesinnungslump“ getroffen fühlte.

Am ersten Verhandlungstag bekam zunächst Kommerzienrat Dr. Röchling das Wort, der sich eingehend zu dem Anlagentpunkt und damit über die französische Schulpropaganda äußerte. Er wies dabei darauf hin, daß er in Versailles als wirtschaftlicher Sachverständiger für die Angelegenheiten des Saargebiets tätig gewesen ist. Er habe an der Abänderung des ursprünglichen Vertragsentwurfs mitgearbeitet, der u. a. im § 36 des Saarstatuts bei einer Wiedervereinigung des Saargebiets mit dem Reich den Rückkauf der Saargruben in Gold vorsah, der aber jetzt in diesem Falle die Aufnahme einer ersten Hypothek auf den Grubenbesitz zuläßt. Er ist auch der Verfasser des größten Teils der Bemerkungen der deutschen Delegation zu den Friedensbedingungen über das Saargebiet. Er hat darin die Frage der Schulen in einem besonderen Absatz behandelt und mit den scharfen und präzisen Vorwürfen, die den alliierten und assoziierten Mächten darin gemacht wurden, den Erfolg gehabt, daß dem Saargebiet gewichtige Versprechungen für die Zukunft gemacht worden sind.

So wurde uns erklärt, daß „sie die größte Sorgfalt darauf verwendet hätten, den Bewohnern des Saargebietes selbst jeden materiellen und moralischen Schaden zu ersparen. Ihre Interessen seien in jeder Hinsicht sorgfältig beachtet worden und ihre Rechtslage werde verbessert werden“. Es wurde ausdrücklich betont, daß die Einwohner ihre örtlichen Vertretungen, ihre religiösen Freiheiten, ihre Schulen und den Gebrauch ihrer Sprache behielten.

Es wurde also ausdrücklich betont, daß die Einwohner ohne irgendwelche Einschränkung ihre Schulen behielten. Das war die Antwort auf unseren Satz in der Bemerkung vom 29. Mai 1919: „Der Gebrauch der deutschen Sprache, die Schule, das religiöse Leben werden unter Kontrolle gestellt; der französischen Staat ist die Einrichtung von Volks- und technischen Schulen mit französischer Unterrichtssprache durch Lehrer seiner eigenen Wahl gestattet.“ Die Antwort heißt doch, wenn man sie aus dem Diplomatischen überträgt, daß den deutschen Einwohnern ihre deutsche Schule garantiert ist.

Man hat vorher am 29. Mai 1919 immer von einer gemischten Bevölkerung des Saargebietes gesprochen. Das kam von der Behauptung des Herrn Clemenceau her, daß im Saargebiet 150 000 Franzosen wohnten. Es ist logisch, daß, wenn dies wahr gewesen wäre, es berechtigt gewesen wäre, daß für diese französischen Bewohner des Saargebietes französische Schulen eingeführt werden sollten. Aber nachdem diese Behauptung zu Unrecht erfolgt war, konnten die französischen Schulen nur für die Kinder französischer Eltern in Frage kommen. Auch hinsichtlich der Verwaltung der Regierungskommissionen wurden uns auf unsere scharfen Vorwürfe beruhigende Versicherungen gegeben, indem uns erklärt wurde, daß diese Kommission nicht der französischen Regierung, sondern dem Völkerbund verantwortlich sei, was genügend Bürgschaften gegen jeden Missbrauch der anvertrauten Macht biete;

Im Herbst 1920 hat das Saargebiet zum erstenmal den Weg nach Genf beschritten, um zu versuchen, das Recht, das wir bei der Regierungskommission nicht erreichen konnten, beim Völkerbundsrat zu erreichen. Schon in der dritten Denkschrift vom 6. April 1922 ist Klage geführt über die Förderung des französischen Sprachunterrichts in den Volksschulen und über die Begünstigung rein französischer Schulen. In dieser Denkschrift heißt es u. a.:

„Der deutsche Charakter unserer Volksschulen muß unter allen Umständen rein erhalten werden. So schreibt es der Versailler Vertrag im § 28 des Saarstatuts vor. Die Verordnung der Regierungskommission vom 10. Juli 1920 gestattet es deutschen Kindern, in den rein französischen Schulen ihrer Schulpflicht zu genügen. Diese Bestimmung widerspricht dem Friedensvertrag und muß daher aufgehoben werden. Die französischen Schulen, die die französische Grubenverwaltung gemäß § 14 des Saarstatuts errichten darf, sind nur für die hier weilenden französischen Kinder bestimmt. Derartige Schulen werden aber auch gegen den Willen der Bevölkerung an Orten eröffnet, an denen diese Voraussetzungen nicht zutreffen.“

In dieser Eingabe ist alles Wesentliche über unsere Beschwerden hinsichtlich der französischen Schulen angeführt.

Auch in der Denkschrift über die französische Politik im Saargebiet aus dem Sommer 1922 steht: „Man versucht mit allen Mitteln, die deutschen Kinder in die französischen Volksschulen hinzuzuziehen, in denen eine rein französische Propaganda getrieben wird. Jedes Mittel ist dazu recht. Die Beamten und Arbeiter der Gruben werden bedrückt, wenn sie ihre Kinder nicht in die französischen Volksschulen schicken.“ Auch die Denkschrift vom 2. Juli 1923 über den Geist des Saarstatuts und die Praxis der Regierungskommission sagt unter Punkt 5: „Die Erhaltung unserer deutschen Schulen ist gewährleistet (§ 28 des Saarstatuts) Eine Veranlassung, diese französischen Schulen den einheimischen Kindern zu öffnen, besteht nicht. Sie ist auch nicht vereinbar mit der in § 28 des Saarstatuts gewährleisteten Erhaltung der deutschen Schulen. Die Regierungskommission jedoch fördert in Richtung dieser Grundlagen des Saarstatuts mit allen Mitteln die Ausbreitung der französischen Schulen. Sie gestattet allen deutschen Kindern, dort ihrer gesetzlichen Schulpflicht zu genügen. Sie sieht wohlgesällig zu, wie die französische Grubenverwaltung durch Ausnutzung der wirtschaftlichen Abhängigkeit

ihrer Arbeiter und Angestellten deren Kinder zum Besuch der französischen Schulen anhält. Französische Militärgendarme haben sogar den Besuch deutscher Arbeiterkinder aus französischen Schulen kontrolliert.“

Auch in der Denkschrift vom 24. November 1923 über die ausschlaggebende französische Machtstellung in der Regierungskommission des Saargebietes heißt es: „Die Regierungskommission sucht Frankreich auch kulturell zu begünstigen, wo sie nur kann. Sie duldet, daß die saarländischen Kinder (§ 28 des Saarstatuts) unter Anwendung wirtschaftlichen Drucks in die französische Schule gezwungen werden. Ein Lockmittel der französischen Schulen ist die kostenlose Gestellung aller Lehr- und Lernmittel. Den Gemeinden aber wird von der Regierungskommission verboten, ihren Schülern die gleichen Vergünstigungen zuteil werden zu lassen. Sie duldet die Errichtung französischer Schulen an vielen Orten, für die die Voraussetzungen des Vertrages von Versailles nicht gegeben sind.“ Auch in einem offenen Brief an den französischen Ministerpräsidenten Herriot vom 2. Dezember 1924 haben wir eingehend unseren Standpunkt hinsichtlich der französischen Schulen ausgesprochen. Bemerkenswert ist folgender Passus: „Der Erfolg dieser Schulpolitik entspricht nicht den aufgewandten Mitteln. . . Wenn man glaubt, in den französischen Schulen deutsche Kinder für die französische Kultur zu gewinnen, so irrt man sich. . . Man sucht die deutschen Kinder der deutschen Kultur, ihren Eltern, ihren Volksgenossen und damit der deutschen Volksgemeinschaft zu entfremden. Jeder aufrechte Mann hält daher seine Kinder den französischen Schulen fern. Wer trotzdem mit wirtschaftlichen Zwangsmitteln gezwungen wird, seine Kinder in die französischen Schulen zu schicken, ist dafür gewiß nicht dankbar.“

Auf unsere Veranlassung hat die deutsche Regierung eine Beschwerdeschrift über die französischen Schulen dem Völkerbundsrat eingereicht, die im Dezember 1924 bei der Ratstagung in Rom verhandelt wurde. Hier hatten wir den Erfolg, daß der Völkerbundsrat auf Antrag seines Berichterstatters, des Italieners Salandra, auf die Beunruhigung der Bevölkerung hinsichtlich der französischen Schulen hinwies und mit den Worten schloß: „Personlich verlasse ich mich auf die Einsicht der Regierungskommission und habe das volle Vertrauen, daß sie Mittel und Wege finden wird, um die Beunruhigung, die diese Angelegenheit in gewissen Kreisen der Saarbevölkerung hervorgerufen zu haben scheint, zu zerstreuen.“ Vorher betonte der Berichterstatter gegenüber den Einwendungen, die Herr Präsident Rault gemacht hatte, daß es sich hier nicht nur um eine rechtliche, sondern auch um eine politische und moralische Frage handle. Als Folge dieser Stellungnahme des Rates erließ die Regierungskommission unterm 23. Februar 1925 eine Erklärung, wonach es jedem Angestellten der französischen Gruben nach den bestehenden Gesetzen freigestellt sei, sein Kind in die öffentliche deutsche Volksschule oder in die Domanialschule zu schicken und daß ihm aus diesem freien Entschluß kein Schaden von irgend jemand zugefügt werden würde. Die Regierungskommission wolle diese Freiheit schützen und werde jedem, auf den ein unzulässiger Zwang wegen der Wahl der Schule für seine Kinder ausgeübt werde, Schutz gewähren.

Wir hofften, daß durch diese Erklärung der Regierungskommission nunmehr die Bedrückung der Bergleute wegen des Besuches der französischen Schulen aufhören werde. Leider war dies nicht der Fall. Die Klagen verstummt nicht, die Regierungskommission hatte trotz offenbar vielfach vorhandenem guten Willen nur in sehr wenigen Fällen Erfolg. Als dann der neue Generaldirektor der Saargruben seinen Einzug hielt, habe ich mich bemüht, ein persönlich freundliches Verhältnis zu ihm herzustellen in der Hoffnung, daß es auf diesem Wege gelingen möchte, auch die Frage des Besuches deutscher Kinder in französischen Schulen zu bereinigen. Es kam zu einer Befreiung mit Herrn Generaldirektor Guillaume aus anderen Gründen, bei der ich versuchte, die Frage des Besuches der Grubenschulen anzuschneiden mit dem bekannten Erfolge. Ich habe aber auch auf dem Wege über Herrn Minister Wezensky versucht zum Ziele zu kommen, jedenfalls mit dem Erfolge, daß unterm 19. Juli 1931 der Herr Generaldirektor Guillaume eine Erklärung an die Belegschaft der Saargruben erließ, die damit schließt, daß jedem der Grubenverwaltung angehörigen Angestellten oder Arbeiter es nach den bestehenden Gesetzen freigestellt sei, seine Kinder in die öffentliche deutsche Volksschule oder in die Domanialschule zu schicken und daß ihm aus diesem freien Entschluß kein Schaden von irgend jemand zugefügt werden darf. Auch damit hofften wir, nunmehr zu einem Erfolge gekommen zu sein. Leider auch hier wieder umsonst.

Zu der gleichen Zeit, zu der Herr Generaldirektor Guillaume diese Erklärung erließ und kurz darauf wurde ein ganze Anzahl von Leuten bedrängt, ihre Kinder in die französische Schule zu schicken. Was blieb bei dieser Sachlage zu tun übrig? Wir hatten alle Mittel des Rechtswegs erschöpft. In vielen Verhandlungen mit den Mitgliedern des Völkerbundsrates, in einer ganzen Anzahl von Beschwerdeschriften hatten wir schließlich erreicht, daß die Regierungskommission erklärt hatte, es dürfe kein Druck ausgeübt werden. Der

Generaldirektor selber hatte durch eine Verfügung der Belegschaft diese Erklärung aus dem Jahre 1923 öffentlich wiederholt und sie zu der seinen gemacht. Und trotzdem änderte sich nichts Wesentliches. So war die Lage an Ostern vergangenen Jahres. Wir haben uns dann entschlossen, ein Flugblatt herauszugeben, daß sich an die deutschen Eltern der Kinder gewandt hat, die für den Besuch der französischen Schulen in Frage kämen. Es war dies noch das einzige Mittel, was uns nach dem allseitigen Versagen aller übrigen Wege offen blieb.

Es war selbstverständlich, daß, wenn man durch ein derartiges Flugblatt Eindruck auf die Bevölkerung machen wollte, es in solchen Formen abgefaßt werden mußte, daß es für jedermann, vor allen Dingen für die einfachen Leute eindrucksvoll und verständlich war.

Wir mußten uns also unmittelbar an das Gewissen der Eltern richten. So ist dieses Flugblatt in der Form verfaßt worden, wie es heute der Anklage zugrunde liegt.

Wenn mir aus der Formulierung dieses Flugblattes der Vorwurf gemacht wird, ich hätte die Bevölkerung aufreizen wollen, so ist dieser Vorwurf mehr als ungerecht. Wer um sein Recht kämpft, und hier den Weg beschreitet, der ihm normalerweise durch den Versailler Vertrag gewiesen ist, hat nur die eine Chance, daß er sich selber nicht von dem Wege des Rechtes entfernt, denn tut er das, so verbaut er sich ohne weiteres den Weg des Rechts. Seit meinem Aufenthalt in Versailles, in der genauen Kenntnis des Vertrages und seiner Möglichkeiten für die Saarbevölkerung, habe ich nie einen Zweifel darüber gehabt, daß es für uns im Saargebiet nur einen Weg geben konnte, und zwar den Weg des uns verbliebenen zwar sehr schmalen und eingeengten Weg des Rechtes. Es war daher auch vollkommen abwegig, wenn die Regierungskommission in ihrer Denkschrift an den Völkerbundsrat vom Dezember vergangenen Jahres glaubte, andeuten zu sollen, daß Herr Levacher und ich von angeblichen Gesetzesverleumdungen der nationalsozialistischen Partei unterrichtet gewesen seien. Ob Sie mich verurteilen oder freisprechen, ist für mich gar nicht so wichtig. Aber wichtig ist für mich, daß der Grundgedanke unseres ganzen Kampfes in den letzten 12½ Jahren und meines Kampfes, den ich im Mai 1919 in Versailles um die Deutscherhaltung meiner Heimat begonnen und ununterbrochen fortgeführt habe, hier klar hervortritt. Es ist der Kampf um unser Recht mit legalen Mitteln, die uns durch den Versailler Vertrag geblieben sind. Im Rundfunk habe ich gesagt: 14½ Jahre haben wir in musterhafter Legalität um unser Volkstum gekämpft und das werden wir nicht durch Torheiten im letzten Augenblick zunichten machen.“

Der Vorsitzende bemerkte, die Erklärungen Dr. Röhlings seien sehr interessant gewesen. Er gibt bei Betrachtung der Ausdrucksweise in dem Flugblatt selbst zu, daß man diese Ausdrucksweise verstehen könne, denn wenn man zum Volk spreche, könne man nicht mit juristischen „Phrasen“ kommen.

Aus der Beweisaufnahme.

ist hervorzuheben, daß der Zeuge Dorschmidt, der sich durch das Flugblatt beleidigt fühlt, die Behauptung nicht aufrecht zu erhalten vermag, die Flugblätter seien wahllos in jedes Haus getragen worden. Auf Vorhalt des Vorsitzenden, in seinen Aussagen vorsichtig zu sein, vermag er nur noch anzugeben, daß er sich durch den Ausdruck „Gesinnungslump“ beleidigt gefühlt habe, was mit dazu beigetragen habe, daß er sich später naturalisierten ließ. Er muß aber zugeben, daß er das Flugblatt schon am 10. April gelesen, aber erst im Oktober den Antrag auf französische Staatsangehörigkeit gestellt habe. Auch der Zeuge Kohler hat sich durch die Bezeichnung „Gesinnungslump“ beleidigt gefühlt, „da er ja auch Saarländer sei“. Er war schon damals Franzose. Auf diesen Vorhalt erklärte er, er fühle sich auch beleidigt durch die Worte des Flugblatts „französische Gewaltpolitiker, Eroberungslust, Spitzel und gewissenlose Agitatoren“.

Es folgten dann eine Reihe von Zeugen, die unter Darlegung der Verhältnisse den Nachweis erbrachten, daß tatsächlich ein unzulässiger Druck auf die Saarbergleute ausgeübt wurde, um ihre Kinder in die französische Schule zu schicken.

Diese Aussagen versuchte der Divisionär Schöller - Kohlwald zu entkräften, indem er andere Entlassungsgründe angab. Er leugnete, je einen Druck auf Untergebene ausgeübt zu haben, obwohl ihm vom Zeugen Blatter aus Wiebelskirchen entgegengehalten wurde, daß Schöller ihm erklärt habe, bei einem Abbau wäre er (Blatter) der erste, der entlassen werden könnte. Auch der Zeuge Wegener erklärte unter Eid, daß er entlassen worden sei, weil er seine Kinder nicht in die französische Schule schickte. Schöller sei es gewesen, der ihm dringend angeraten habe, seine Kinder in die französische Schule zu schicken. Wegener verweigerte das und wurde tatsächlich neun Monate später entlassen. Der Zeuge Weiland-Schaaffhausen erklärte u. a., daß frankophil eingestellte Leute nicht entlassen wurden, dagegen

Schwerriegsbeschädigte. Das Ehepaar Stiewitz erklärte ebenfalls, daß der Ehemann entlassen wurde, weil er sich weigerte, zwei Kinder weiterhin in der französischen Schule zu belassen. Der Grubenhüter Denig habe ihm ausdrücklich erklärt: „Hätten Sie Ihre Kinder in der französischen Schule gelassen, dann hätten Sie noch Brot.“ Dem Zeugen Bergmann Georg Weiß-Elversberg hat der Schuldirektor Morice erklärt: „Ich kann Ihnen nur helfen, wenn Sie Ihre Kinder in die französische Schule schicken.“ Weiß unterschrieb die Anmeldung zur Domanialschule und erhielt daraufhin auch eine bessere und billigere Grubenwohnung. Als er später das Kind wieder aus der Schule abmeldete, erhielt er drei Monate später die Kündigung wegen „Arbeitsmangel“.

Zu einem erregten Austritt kam es bei der Vernehmung des Domanialschuldirektors Leon Morice, der von dem Zeugen Mosbach als der „politische Chef der Inspektion“ bezeichnet wurde, der vielen Arbeit geben und vielen Brot nehmen könnte. Morice bestreitet zwar im Falle Weiß, sich für eine Grubenwohnung verwandt zu haben, muß aber zugeben, daß er das Wohnungsgesuch Weiß' selbst aufgesetzt und geschrieben hat. Morice wollte sich nicht erinnern, daß er Frau Stiewitz in ihrer Wohnung aufgesucht hat. Später gab er die Möglichkeit zu „im Vorbeigehen mal hereinsehen“ zu haben. Er gibt schließlich auch zu, daß er das Alter über die Krankheit des Kindes zu Gesicht bekommen habe. Er gibt ferner zu, daß Listen über die Bergarbeiter geführt werden, die die französische und über die, die die deutsche Volkschule besuchen. Diese Listen wurden zum dienstlichen Gebrauch geführt und von Zeit zu Zeit an seine übergeordnete Dienstbehörde weitergeleitet. Er mußte auf eindringliches Vorhalten der Verteidigung auch eingestehen, daß er öfters mit dem Ingenieur Principale und Ingenieur Divisionair über den Domanialschulbesuch spreche und ihnen dabei auch gesprächsweise mitteile, wer seine Kinder aus der Domanialschule herausgenommen habe. Der Zeuge Schmidt wiederholt seine Aussage in erster Instanz, daß er von dem Grubenwächter Johann Philippi aufgefordert worden sei, seine Kinder in die französische Schule zu schicken. Da er sich weigerte, wurde er später entlassen. Philippi bestreitet das, erklärt aber, daß er „die Domanialschule gerne habe und sie auch immer verteidigte.“ Er gibt schließlich zu, daß er mit Schmidt empfehlend über die Domanialschule gesprochen habe.

Aus der Vernehmung des Schuldirektors Köhler ergibt sich, daß dieser Unterstützungsgesuche für Arbeiter versagt und weitergegeben hat, was Oberregierungsrat Dr. Merziger zu der Frage veranlaßte, ob das zu den Aufgaben eines Schuldirektors gehöre. Aus dieser Tatsache werde die von deutscher Seite aufgestellte Behauptung bestätigt, daß Fäden zwischen der Schulverwaltung und den Gruben gesponnen würden. Köhler ist übrigens seit 1932 naturalisierter Franzose.

Der Büroinspizitor Wilhelm Linn aus Neunkirchen behauptete zum Fall Blatter, daß er mit diesem nie ein Gespräch über die Schule geführt habe, während Blatter behauptet, Linn habe ihm gegenüber die französische Schule befürwortet und gesagt, zwei Tage später lämen französische Lehrer in seine Wohnung. Bald danach sei er von Linn aus Büro gerufen worden. Linn muß zugeben, daß Feststellungen darüber getroffen wurden, welche Leute Kinder im schulpflichtigen Alter haben. Entsprechende Anweisungen habe er von seinem Vorgesetzten Schöller erhalten. Der Zeuge Jennewein sagte u. a., daß bei Linn fast täglich französische Lehrer und der Schuldirektor im Büro gewesen seien, ferner Bergleute von dem Elternrat der französischen Schule. Als Linn das zugibt mit der Bemerkung jedoch, daß das nicht in der Schulfrage geschehen sei, erklärte Obergerichtsrat Merziger mit scharfer Stimme: „Der Verdacht, daß Sie jetzt einen Meineid geleistet haben, ist außerordentlich stark.“ Auch Senatspräsident Ader erklärt zu Linn: „Nehmen Sie sich in acht, sie stehen unter Eid.“ Der Zeuge Blatter sagte weiter aus, daß Linn eine Beschwerde über Bergleute aufgesetzt habe, die an eine Direktion oder an die Regierungskommission gerichtet wurde. Linn bestritt auch das, obwohl der Zeuge Blatter sich von dem Original dieser handschriftlichen Beschwerde Linn's eine Abschrift gemacht hat, was der Zeuge Jennewein bestätigte. Durch den Rechtsanwalt Dr. Ney wird festgestellt, daß Linn 1922 in Bochum wegen schwerer fortgesetzter Urkundenfälschung in Verbindung mit fortgesetztem Betrug zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Rechtsanwalt Levy, der Rechtsbeistand der Ankläger und Bergwerksdirektion, erklärte im Zusammenhang mit einem Schreiben der französischen Bergwerksdirektion vom 2. Februar 1934, die Bergwerksdirektion habe zugegeben, daß „einzelne übereifrige Beamte einmal über das Ziel hinausgeschossen hätten“. Sie habe ferner 29 oder 39 Fälle, die ihr durch die Gewerkschaften bekannt geworden seien, zum Gegenstand einer Enquête gemacht und das Ergebnis der Untersuchung der Regierungskommission und der Gewerkschaft mitgeteilt. Aus dem Schreiben geht weiter hervor, daß die Bergwerksdirektion den Versuch gemacht hat, die Beweisaufnahme zu beenden, wogegen die Verteidigung der Angeklagten Verwahrung einlegt, ferner dagegen, daß eine Privatperson, wie es die Bergwerksdirektion in diesem Falle sei, sich in den Prozeß einmische. Die weitere Beweisaufnahme stellt eine ununterbrochene Kette von Beweisen dafür dar, daß von den Werbern

der französischen Schule, die meistens Angestellte bzw. Steiger der Grubenverwaltung sind, versucht worden ist, Bergleute zu veranlassen, ihre Kinder in die französische Schule zu schicken. Wo das abgelehnt wurde, ist regelmäßig die Entlassung der Betroffenen, mindestens aber Verlegung auf ungünstigere Arbeitsstätten mit entsprechender Kürzung des Gehinges erfolgt.

Nach dreitägiger Verhandlung nahm schließlich der Vertreter der Anklage das Wort zu einem eingehenden Plädoyer. Er erachtete sämtliche Angeklagten, in erster Linie Dr. Röhling, für schuldig und beantragte Ablehnung des Urteils der ersten Instanz und Verurteilung sämtlicher Angeklagten.

Das Urteil

lautete, nachdem sich das Gericht zur Urteilsverkündung und -begründung zwölf Tage Zeit gelassen hatte, gegen Kommerzienrat Dr. Röhling wegen einer durch Verbreitung von Flugblättern begangenen Beleidigung dem Bergmann Dorfseid gegenüber auf 800 Franken Geldstrafe, gegen Verlagsdirektor Hall wegen Beihilfe auf 300 Franken, gegen die anderen drei Angeklagten ebenfalls wegen Beihilfe auf je 50 Franken Geldstrafe. Im übrigen erfolgte Freisprechung.

In der Urteilsbegründung wird u. a. ausgeführt:

Die Flugblätter seien nur gegen die französischen Schulen und gegen diejenigen, die diese zu propagandistischen Zwecken missbrauchten, gerichtet. Es lämen daher bei den angewandten Ausdrücken, wie Gesinnungslumpen, Gewaltpolitiker, Agitatoren usw. nicht Teile der Bevölkerung, sondern nur Einzelpersonen in Frage. Die Flugblätter richteten sich nur gegen solche deutsche Eltern, die unter Druck ihre Kinder in die französischen Schulen schickten. Aus diesem Grunde könne eine Aufreizung von Teilen der Bevölkerung gegeneinander nicht als erwiesen angesehen werden. Auch könnte nicht nachgewiesen werden, daß Röhling sich einer Aufreizung bewußt gewesen sei. Noch weniger sei der Nachweis erbracht, daß ein Erfolg der angeblichen Aufreizung eingetreten sei. Aus diesen Gründen läme ein Verstoß gegen die Verordnung der Regierungskommission vom 28. 6. 1923 nicht in Frage. Das selbe gelte auch von den übrigen Angeklagten.

Zur zweiten Verteilung der Flugblätter im September 1933 führt die Begründung aus, daß die Angeklagten wegen mangelnder Beweise freigesprochen werden müßten.

Zum dritten Punkt der Anklage, Beleidigung der beiden Nebenkläger Kohler und Dorfseid im Flugblatt, wird im Gegenatz zur Vorinstanz festgestellt, daß die Klage rechtzeitig gestellt worden sei. Die Voraussetzung, daß durch diese Ausdrücke gewisse Personen genau gekennzeichnet worden seien, sei durch den Tatbestand nicht als erfüllt angesehen. Es könnten nur diejenigen Personen mit diesen Ausdrücken gemeint sein, die die französischen Schulen zu propagandistischen Zwecken missbrauchten. Auf die beiden Nebenkläger könnte von den angeführten beleidigenden Ausdrücken nur das Wort Gesinnungslump irgendwie als zutreffend erklärt werden. Da sich aber das Flugblatt nach seiner Überzeugung nur an deutsche Eltern richte, könne der Nebenkläger Kohler nicht von diesem betroffen werden, da er bereits zu diesem Zeitpunkt naturalisierter Franzose war. Dorfseid dagegen, der noch Deutscher war, und der sein Kind in die französische Schule schickte, obwohl er nicht unter Druck stand, habe sich durch den Vorwurf der Gesinnungslumperei betroffen fühlen müssen. Aus diesem Grunde müsse in diesem Falle Verurteilung erfolgen. Als Täter läme nur Röhling in Frage, während die übrigen Angeklagten nur Gehilfen seien. Bei der Festsetzung der Strafe sei zu berücksichtigen, daß die Tat aus patriotischen, also moralisch achtbaren Beweggründen erfolgt sei.

Der wirklich Verurteilte: der französische Saargrubenfishus.

Es muß also festgestellt werden, daß die französische Bergwerksverwaltung ihr erhofftes Ziel, sich durch diesen Prozeß von dem Vorwurf eines unberechtigten Drucks auf ihr Personal in der Frage der Domanialschulen zu befreien, nicht erreicht hat.

Die Verurteilung in dem einen Falle stellt eine Konzeßion des Gerichts an die Saarregierung und die französische Bergwerksdirektion dar, deren Prestige durch diesen Prozeß stark in Mitleidenschaft gezogen worden ist. In Wirklichkeit hat das Oberste Gericht des Saargebiets die Entscheidung der Vorinstanz in allen Punkten bestätigt. Und diese Vorinstanz hatte festgestellt, daß in zahlreichen Fällen ein Druck auf deutsche Grubenangestellte und andere Personen ausgeübt worden ist, ihre Kinder in die französische Schule zu schicken oder sie darin zu belassen. Es hatte ferner festgestellt, daß Kinder, die die französische Schule besuchten, dem deutschen Wesen entfremdet würden“.

Damit ist ein Kapitel saardeutscher Freiheitskämpfe gerichtsnotorisch festgestellt worden, das in stärkster Weise die Mitteln kennzeichnet, mit welchen Frankreich den Saarkampf seit nunmehr fünfzehn Jahren führt. Diese Gerichtsverhandlung und ihre Begleiterscheinungen decken ferner die Methoden auf, die von französischer Seite und der vom Völkerbund eingesetzten Verwaltungskommission angewendet werden, um die im kommenden Jahre

säßige Saarabstimmung im französischen Sinne zu beeinflussen. Das Gericht hat nicht gewagt, die in dem beanstandeten Flugblatt festgestellten Tatsachen irgendwie in Zweifel zu ziehen. Es hat im Gegenteil durch die Formulierung der Urteilsbegründung diese Tatsachen als gegeben angenommen.

Das Flugblatt richtete sich, wie erwähnt, gegen einen bestimmten Personentreis, und nur diejenigen konnten sich durch die Ausführungen darin getroffen fühlen, auf die die Kennzeichnung der Handlungsweise einzelner zutraf. Herr Dorschel fühlte sich beleidigt und wurde gewissermaßen nur dadurch „rehabilitiert“, daß er zu seiner bisherigen Gesinnungslumperei eine weitere hinzufügte, nämlich seine Flucht in die französische Naturalisation. Hat somit dieses Gerichtsverfahren gegen Röhling und Genossen auf der einen Seite die französische Grubenverwaltung und die Saarregierung moralisch unter Anklage gestellt, so brachte es auf der anderen auch eine moralische Verurteilung

jener Gesinnungslumpen, die aus materiellen Interessen oder aus Charakterlosigkeit dem Saarfreiheitskampf und dem Deutschstaatsskampf in den Rücken gefallen sind. Zu diesen Gesinnungslumpen gehören auch jene Elemente, die sich an der Saar vor oder nach dem 30. Januar 1933 als „Emigranten“ niedergelassen haben, und die nun nichts Besseres zu tun wissen, als gegen ihr bisheriges Vaterland zu hegen oder es zu verleumden. Denn daß diese Kreise den Weg in das Vaterland zurückfinden können, ist ihrer ganzen Einstellung und ihrer Vergangenheit nach unmöglich. Vielleicht werden sie aber aus dem Urteil gegen Röhling und Genossen die eine Erkenntnis gewinnen, daß Gesinnungslumperei auch dann Gesinnungslumperei bleibt, wenn man bemüht ist, sich den Einlaß in ein neues „Vaterland“ durch Verleumdung des alten zu erschließen. Schon Napoleon liebte den Verrat, aber hakte den Verräter . . .

Kleine politische Umschau

Neue Steuererhöhung im Saargebiet

Die Regierungskommission hat dem Saarländischen Landesrat eine neue Vorlage zugehen lassen, die eine Erhöhung der staatlichen Grund- und Gebäudesteuer um 50 v. H. bringen soll. Man erwartet dadurch eine Mehreinnahme von 3 Millionen Franken. Dieser Betrag soll dem Hilfsfonds zugeführt werden, aus dem man leistungsschwache Gemeinden unterstützt. Die Regierungskommission begründet diese Maßnahme damit, daß diesen Gemeinden unbedingt eine wirksame Hilfe zuteil werden müsse, damit deren Steuern nicht in ungebührlicher Weise hinaufgesetzt zu werden brauchten. Es wird niemand bestreiten, daß es im Saargebiet eine ganze Reihe von Gemeinden gibt, die ohne ihr Verschulden auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse in die größten Schwierigkeiten geraten sind. Hilfe tut in diesen Fällen zweifellos dringend not. Allerdings steht die Saarbevölkerung auf dem Standpunkt, daß der jetzt vorgeschlagene Weg der Steuererhöhung nicht der richtige ist. Man ist vielmehr der Ansicht, daß der Regierungskommission noch genügend andere Mittel zur Verfügung stehen, um diesen Gemeinden zu helfen, ohne daß die Steuerschraube noch weiter angehoben werden braucht. Man denkt dabei an die Kündigung der Guthaben, die bei französischen Banken angelegt sind. Auch durch eine zeitgemäße Kürzung der für die ausländischen Beamten zurückgelegten Abfindungssummen könnten ganz erhebliche Beträge eingespart werden. Auch sonst weist der saarländische Haushalt noch zahlreiche Posten aus, die im Interesse der Gemeinden gestrichen werden könnten, ohne daß dadurch die Allgemeinheit Schaden leiden würde. Man wird es immerhin bezweifeln müssen, daß die Regierungskommission für derartige Erwägungen Verständnis aufbringen wird.

Kleine Tages-Chronik

* Ottweiler. Große Ottweiler landwirtschaftliche Ausstellung (Gola.) Wie in früheren Jahren, so findet auch in der Zeit vom 4. bis 11. März d. J. in Ottweiler eine große landwirtschaftliche Ausstellung statt, welche sich zu der landwirtschaftlichen Frühjahrsausstellung des Saargebietes herausgebildet hat. Die Anmeldungen zu der Ausstellung waren wiederum so zahlreich, daß wegen Platzmangel nicht alle berücksichtigt werden konnten. Es werden u. a. gezeigt landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Saatgut, Düngemittel, Ergebnisse des Versuchsrings, Molkereien, Musterstellungen, Silos, Siedlungswesen, Handweben und Handwebereien, Bienenzucht, Obstbau, Sägmotorenbereitung. Zahlreiche größere Verbände haben aus Anlaß der Ausstellungswoche beschlossen, Tagungen in Ottweiler abzuhalten.

* Neue Wohlfahrts-Briefmarken im Saargebiet. Anfang März werden im Saargebiet zugunsten der saarländischen Volkshilfe seitens der Oberpostdirektion neue Wohlfahrtsbriefmarken herausgegeben. Die wie die gewöhnlichen Freimarken in Lichtdruck angefertigten Wertzeichen gelangen in folgenden Werten zum Verkauf: 40 + 15 Centimen, 60 + 20 Centimen, 1 Franken + 50 Centimen, 1,50 Franken + 75 Centimen, 2 + 1 Franken, 3 + 2 und 5 + 5 Franken. Da die erwähnten Zuschlüsse vollständig der saarländischen notleidenden Bevölkerung zustehen, muß der Erwerb solcher Wohlfahrts-Briefmarken empfohlen werden. Bestellungen auf solche Wertzeichen können in deutscher Reichsmark auf das Postscheckkonto der Oberpostkasse des Saargebietes beim Postscheckamt Köln, Konto Nr. 1034, im Umrechnungsverhältnis 6 Franken gleich 1 Reichsmark, eingezahlt werden. Die hinzukommenden Kosten für die Zustellung betragen für Briefe bis zu 20 Gramm 2,10 Franken, bis 100 Gramm 2,50 Franken und bis 250 Gramm 3 Franken. Da die Auflagehöhen der einzelnen Wertstufen ziemlich gering sind, ist mit einem schnellen Absatz dieser Postwertzeichen zu rechnen.

P. P. L.

Personennachrichten

* Die goldene Hochzeitsfeier konnten am 1. März begehen Herr Markscheider a. D. Adolf Köz und Frau Kamie geborene John, da die Ehe am 29. Februar in dem Schaltjahr 1884 in Illingen geschlossen worden ist. Die Jubilare sind beide geborene Saarländer und mit unserer Saarheimat auß engste verwachsen. Herr Markscheider Adolf Köz ist nach 45jähriger bergmännischer Markscheidertätigkeit, mit einer kurzen Unterbrechung von 1883/84 auf Zeche Wilhelmine Viktoria bei Heselkirchen, im Jahre 1924 in den Ruhestand getreten. Er war in der ersten Zeit seiner Markscheidertätigkeit auf Grube Dudweiler angestellt, um dann als ältester Markscheider des Saargebietes auf Grube Camphausen und Brefeld versetzt zu werden. An dem Ausbau der Grubenabteilungen Camphausen und Brefeld hat er regen und erfolgreichen Anteil genommen. In den bergmännischen Kreisen, besonders in dem Kreise seiner Kollegen, genoss er als ausgezeichneter, tüchtiger Markscheider ganz besonderes Ansehen und hatte den besten Ruf. Seine Markscheiderarbeiten stellen seinen Fähigkeiten und seinen reichen Kenntnissen und Erfahrungen heute noch das beste Zeugnis aus. Nach seiner Versetzung in den Ruhestand verzog er mit seiner Tochter nach Elberfeld, um sich hier in seinen alten Tagen eine neue Heimat zu gründen. Herr Markscheider a. D. Adolf Köz ist 76 Jahre alt, leider tränkt er seit einigen Tagen, wohingegen seine 71jährige Gattin noch außerordentlich rüstig ist und sich auch im Haushalt ihres Schwiegersohnes, des Augenarztes Dr. med. Verneaud, und ihrer Tochter, der Kinderärztin Dr. med. Adda Verneaud, überaus erfolgreich tätig. Der Weltkrieg hat auch von dem Jubelpaar ein sehr schweres Opfer gefordert, indem der jüngste Sohn als Student und Kriegsfreiwilliger bei Wilmanns Helden Tod gestorben ist. Der älteste Sohn ist als Professor und Mathematiker am Ludwig-Gymnasium in Saarbrücken tätig. Die goldene Hochzeitsfeier fand im Hause des Herrn Dr. Verneaud in Elberfeld statt, an der der einzige Überlebende der Familie John, Herr Bürgermeister a. D. Wilhelm John, früher Biesdorf, teilgenommen hat, der auch die grüne und die silberne Hochzeitsfeier mitgehen konnte. Wir schließen uns den dem Paare zuteilgewordenen besten Glück- und Segenswünschen von ganzem Herzen an, zumal der Verfasser dieses Artikels sich aus frühesten Jugendzeit zu den besten und aufrichtigsten Freunden des Herrn Adolf Köz und der ihm immer sehr nahegestandenen Familie der Jubilarin, der Familie John, zählen darf. Wir bringen deshalb auch an dieser Stelle außer unserem telegraphisch entbotenen Glückwunsche dem Jubelpaare in der Hoffnung, daß ihm noch ein schöner langer Lebensabend beschieden sein möge, ein herzliches saarbergmännisches Glückauf dar.

Th. V.

Die Toten + der Heimat

* Oberbürgermeister a. D. Dr. Neff †. Auf seinem Ruhesitz in Bayern verstarb am 18. Februar der letzte Bürgermeister des selbständigen St. Johann, Dr. Paul Neff, an den Folgen einer Lungentzündung. Vor Jahrestrift waren ihm zu seinem 80. Geburtstage auch aus Saarbrücken herzliche Glückwünsche übermittelt worden. Nun blieb es ihm leider versagt, im Herbst dieses Jahres noch das 25jährige Jubiläum der unter seiner tatkräftigen Mitwirkung zustande gekommenen vereinigten Großstadt Saarbrücken mitzufeiern. Am 14. März 1888 wurde Dr. Neff von Glauchau (Sachsen) kommend, als Bürgermeister der Stadt St. Johann eingeführt. Nach Ablauf seiner Wahlzeit wurde Dr. Neff am 14. Juli 1899 als Bürgermeister von St. Johann mit 16 von 19 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Als nach der Jahrhundertwende in St. Johann wie auch in Alt-Saarbrücken die Frage der Stadtvereinigung stark erörtert wurde, kam es im Jahre 1906 zu einem scharfen Kampf zwischen Dr. Neff und einem Teil der Stadtverordneten, insbesondere mit den Herren Dr. Muth und Klein. Damals ging es um die Frage, ob sich nur

die Städte St. Johann und Saarbrücken zusammen schließen, oder ob auch Malstatt-Burbach in die Städtevereinigung einbezogen werden soll. Einige Stadtverordnete sprachen sich insbesondere aus finanziellen Gründen gegen die Vereinigung des Stadtteils Malstatt-Burbach mit Saarbrücken aus. Da letztere selbständige Verhandlungen mit Bürgermeister Feldmann von Alt-Saarbrücken über die Städtevereinigung mit Ausschluss von Malstatt-Burbach aufgenommen hatten, verwahrte sich Dr. Neff auf das entschiedenste gegen diese Art der Verhandlungsführung, zumal er selbst ein Gegner der Tendenz dieser Verhandlungen gewesen sei. Infolge dieses Zwistes mit einem Teil seiner Stadtverordneten stellte Dr. Neff im November 1906 sein Amt zur Verfügung. Erst durch Vermittlung und persönliches Eingreifen des damaligen Oberpräsidenten von Schorlemer konnte eine Einigung erzielt werden. Bürgermeister Dr. Neff amtierte noch weitere sechs Jahre und schuf dann die Grundlage für die Städtevereinigung. Seine Bemühungen waren schließlich von Erfolg gekrönt. Am 1. April 1909 kam die Städtevereinigung St. Johann-Saarbrücken-Malstatt-Burbach zustande. Da man sich jedoch nicht auf einen im Amt befindlichen Bürgermeister der beiden Städte St. Johann und Saarbrücken einigen konnte, schied Dr. Neff am 31. März 1909 aus seinem Amt, wobei ihm der Titel eines Oberbürgermeisters in an betracht seiner Verdienste verliehen wurde. Unter Dr. Neffs Verwaltungsleitung nahm die Stadt St. Johann einen bedeutenden wirtschaftlichen Aufschwung und verdoppelte ihre Einwohnerzahl. Die bauliche Entwicklung hielt damit gleichen Schritt. Dr. Neffs Initiative verdankt die Stadt u. a. auch die Gründung einer Handwerker-Kreditbank, der Vorläuferin der Städt. Sparkasse und den imposanten gotischen Rathausbau. Dr. Neffs Name wird mit der Geschichte von Groß-Saarbrücken auf immer ehrenvoll verbunden sein.

* Konzervator Oberregierungsrat Klein-Saarbrücken †. Mitten aus rührigster Forscherarbeit, die vor allem der Auffindung, Erhaltung und wissenschaftlichen Inventarisierung und Auswertung der Bodenaltertümer und geschichtlichen Denkmäler der Saarheimat gewidmet war, wurde am Sonntag, 4. Februar, Konzervator Oberregierungsrat Karl Klein am Vorabend seines 61. Geburtstages aus diesem Leben abberufen. Mit ihm verliert das Saargebiet den besten und gründlichsten Kenner seiner Vor- und Frühgeschichte. Als Konzervator der geschichtlichen Denkmäler und Bodenfunde hat er große Verdienste an dem Aufbau des Altertumsmuseums. Mit den Ergebnissen der unter seiner Leitung planmäßig veranstalteten Ausgrabungen und Gelegenheitsfunde ist sein Werk für immer mit der Geschichte der Saarheimat verbunden.

* Saarbrücken: Eisenbahnschlosser Karl Koehl, 43 Jahre; Frau Katharina Neufang geb. Klein, 34 Jahre; Frau Wwe. Adam Adolf Leiß geb. Maria Kerner, 82 Jahre; Frau Maria Philippine Simon geb. Kühn, 47 Jahre; Frau Maria Baldau geb. Detampel, 52 Jahre; Friedrich Anlauf, 98 Jahre; Robert Weller, 37 Jahre; Karl Stroh, 62 Jahre; Frau Amalie Braun geb. Leidinger, 55 Jahre; Hausmeister Wilhelm Ruf; Johann Mildau, 70 Jahre; Bertha Kiekel; Frau Kath. Laufer geb. Kohl, 47 Jahre; Frau Sophie Brodhoß, 68 Jahre; Frau Stefan Friedrichs geb. Angelika Diedenhofen, 42 Jahre; Oberregierungsrat Karl Klein; pens. Hüttenlokomotivführer Ludwig Mäd, 53 Jahre; Wilhelm Mang, 39 Jahre; Adolf Voos, 41 Jahre; Friseurmeister August Köhler, 63 Jahre; Eisenbahnobersekretär i. R. Josef Hector, 52 Jahre; Eisenbahnobersekretär i. R. Martin Schwarz; Matthias Geiler, 67 Jahre; Jakob Schons, 80 Jahre. — St. Arnual: Frau Helene Schulz geb. Müller, 27 Jahre. — Brebach: Frau Wwe. Joseph Müller geb. Kath. Krämer; Metzgermeister und Gastwirt Friedrich Gettmann, 76 Jahre. — Fehingen: Altsitzer Wilhelm Kuntel, 70 Jahre; Frau Maria Kaut geb. Bartolme, 23 Jahre. — Bischheim: Dr. Hermann Schulz, 75 Jahre. — Güdingen: Pens. Hüttenbeamter Marcel Saam, 43 Jahre. — Büdingen: Bauunternehmer Johann Laufer, 57 Jahre. — Bliesransbach: Nill. Scheerer, 76 Jahre. — Fürstenhausen: Peter Dillshneider, 72 Jahre. — Geislautern: Lehrer Josef Stürmer, 34 Jahre; Frau Wwe. Michel Stutz geb. Johanna Sonnhalter, 73 Jahre. — Clarenthal: Reichsbahn-Obersekretär i. R. Josef Stiebel, 58 Jahre. — Wehrden: Frau Katharina Berg geb. Zerden, 74 Jahre. — Böllingen: Johann Donie, 55 Jahre; Frau Hilde Steffen geb. Hübschen, 26 Jahre; Eisenbahnobersekretär i. R. Johann Barten, 71 Jahre; Franz Steiness, 36 Jahre; Else Kühn, 33 Jahre; Pens. Ludwig Maillet, 67 Jahre; Fritz Winkelmann, 73 Jahre; Frau Katharina Neumaier geb. Groß, 49 Jahre; Frau Wwe. Johann Schaal geb. Maria Kunz; Frau Michel Hoff geb. Therese König, 52 Jahre. — Dudweiler: Frau Jakob Krämer geb. Sophie Brunnen, 43 Jahre; Frau Jakob Biringer geb. Lina Schneider, 45 Jahre; Frau Wwe. Phil. Krämer geb. Karoline Wolf, 70 Jahre; Frau Amalie Willi geb. Omlor, 28 Jahre; Frau Jakob Koster geb. Else Schmidt, 21 Jahre; Frau Julianne Kasper geb. Reinhard, 67 Jahre. — Sulzbach: Wilhelm Quirin, 22 Jahre; Frau Dorothea Junker geb. Blatter. — Friedrichsthal: Franz Georg,

58 Jahre; Friseurmeister Ludwig Wilm, 58 Jahre; Frau Wwe. Joh. Ganz geb. Katharina Klein, 78 Jahre; Wilhelm Hartung, 58 Jahre. — Hüttingweiler: Frau Irmine Link geb. Dörrenbächer. — Merchweiler: Oberlandjäger Jakob Weißgerber, 35 Jahre. — Landsweiler: Frau Sophie Henkel geb. Guillaume, 61 Jahre. — Landsweiler: Frau Maria Biehl geb. Reinshagen, 69 Jahre; Frau Anna Cornelius geb. Woll, 49 Jahre. — Neunkirchen: Johann Philipp Licht, 80 Jahre; Jakob Müller, 61 Jahre; Kaufmann Robert Huppert, 53 Jahre; Matthias Kühn, 80 Jahre; pens. Grubenschmid Johann Meyer, 70 Jahre; Frau Fritz Lorenz, Erna, geb. Klein, 27 Jahre; Heinrich Jacob, 66 Jahre. — Wiebelskirchen: Eisenbahnobersekretär i. R. Jakob Zimmer, 58 Jahre. — Ottweiler: pens. Bergmann und Landwirt Jakob Schorr, 67 Jahre; pens. Bergmann Heinrich Lutz, 69 Jahre; Frau Karoline Schlotter geb. Sticher, 64 Jahre. — St. Wendel: Fuhrunternehmer Josef Alsfasser, 54 Jahre; Frau Henriette Neusser geb. Reuther, 65 Jahre; Bäderlehrling Herm. Höning, 16 Jahre; Helene Weißgerber, 76 Jahre; Frau Magdalena Beyard geb. Ost, 76 Jahre. — Illingen: Bädermeister und Wirt Peter Leinenbach, 53 Jahre. — Bous: Hüttenbeamter i. R. Friedr. Wilhelm Allerdissen, 68 Jahre; Michael Rözer, 72 Jahre. — Dillingen: Oberzugführer i. R. Karl Biegel, 72 Jahre; Obergärtner Paul Fehlner, 64 Jahre; Frau Peter Martin geb. Maria Pint, 55 Jahre. — Bachten: Lehrerin Susanna Wallerius, 45 Jahre; Frau Wwe. Hauptlehrer Franz Weis geb. Kath. Schmitt, 84 Jahre. — Ensborn: Frau Nil. Müller, Anna, geb. Leonhard, 70 Jahre. — Bedingen: Frau Maria Dienhart geb. Dörpinghaus, 35 Jahre. — Nahweiler: Elektrikerlehrling Philipp Desgranges, 19 Jahre. — Dießlen: Hüttenangestellter Josef Kammer, 24 Jahre. — Beaumarais: Maria Seilner, 47 Jahre. — Saarlouis: Frau Joh. Jak. Servet, Elisabeth, geb. Beding, 69 Jahre; Frau Albert Brunner geb. Martha Seeger, 24 Jahre; Math. Hopfstdter, 55 Jahre. — Wallerfangen: Kassendirektor i. R. Georg Engel, 66 Jahre; Frau Katharina Zöller geb. Blank, 52 Jahre. — Fraulautern: Gasinspektor Albert Weninger, 75 Jahre; Johann Müller. — Büdingen: Frau Wwe. Peter Klein geb. Anna Haubert, 85 Jahre; Frau Jakob Heisel geb. Anna Meier, 75 Jahre. — Besseringen: Pensionär Matthias Ripplinger, 71 Jahre; Frau Pet. Schreiner, Anna, geb. Jenner, 62 Jahre. — Merzig: Metzgermeister Matthias Steiness, 70 Jahre; Metzgermeister Michel Schuhmacher, 73 Jahre; Krankenpfleger Ernst Bahl, 56 Jahre; Frau Alois Hein, Angela, geb. Heidecker, 37 Jahre. — Erbach: Frau Margaretha Kammer, geb. Simon, 63 Jahre. — St. Ingbert: Hüttenmeister Jakob Köhler, 46 Jahre; Frau Wwe. Maria Schmelzer geb. Berrang, 67 Jahre; Schriftsezer Friedrich Emrich, 50 Jahre; Schlosser Friedrich Hertel, 22 Jahre; Schlosserlehrling Heinrich Schwarz, 16 Jahre. — Homburg (Saar): Frau Wwe. Johann Klein geb. Johanna Ketter, 71 Jahre; Elisabeth Mauer, 27 Jahre; Zugführer a. D. Adam Schreiner, 79 Jahre; Frau Mathilde Hirsch I. geb. Heilbronner, 78 Jahre. — Nieder-Würzbach: Kaufmann Johann Rischmann, 35 Jahre. — Mittelbergbach: pens. Bergmann Nikolaus Burkhardt, 64 Jahre; Frau Elisabeth Spies geb. Thomas, 79 Jahre. — Bliestweiler: Kaufmann Jakob Groh, 71 Jahre. — Oberbergbach: Gustav Omlor, 59 Jahre. — Wellingen: Maria Streit, 86 Jahre. — Bruchhof: Frau Berta Weiß geb. Simon, 37 Jahre. — Halberg-Brebach: Frau Alice Deibert geb. Ziecksmann, 49 Jahre. — Seelbach: Landwirt Ludwig Hittinger, 53 Jahre. — Hierscheid-Lochmühle: Frau Elisabeth Schmitt geb. Hahn, 67 Jahre. — Hostenbach: Frau Maria Schneider geb. Kalb, 26 Jahre. — Neuweiler: Frau Katharina Mohr geb. Frank, 54 Jahre. — Harlingen: Nik. Weiten-Kerwer, 84 Jahre. — Nalbach: Johann Sommer, 79 Jahre. — Göttelborn: Pastor Nikolaus Müller. — Buchenbach: Peter Glaub, 55 Jahre. — Düppenweiler: Matth. Bach-Beder, 76 Jahre. — Wemmetsweiler: Gastwirt Johann Werke, 77 Jahre.

Vom Bunde der Saarvereine

* Im Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, Gruppe Fridericus, in Berlin hielt am 20. Februar der Stahlhelm-Kamerad Verwaltungsdirektor Th. Vogel, Leiter der Geschäftsstelle "Saar-Verein", einen Vortrag über das Thema "Der Stahlhelm im deutschen Saarfreiheitskampf". Da das ganze deutsche Volk aufgerufen wird zur Anteilnahme und Mitarbeit zum Beweise wirklicher deutscher Schicksalsgemeinschaft, um so den Abstimmungstag für das Saargebiet 1935 zu einem gemeinsamen Bekenntnis der großen deutschen Volkgemeinschaft werden zu lassen, so er gebe, so führte Redner aus, dieser Aufruf auch an jeden Stahlhelmer, der dabei Mitarbeiter und Kämpfer sein müsse, zumal vorbildliche Beispiele vorlägen, daß es auch die Stahlhelmer seien, die der Saarfrage immer besonderes

Regelmäßige Zusammenkünfte der Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine

(Aufbewahren und bei sich tragen!)

Ortsgruppe Berlin. Jeden ersten Donnerstag im Monat im Restaurant „Zum Franziskaner“ im Stadtbahnbogen Friedrichstraße (Altdeutscher Saal), abends 8½ Uhr.

Ortsgruppe Bochum. Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 5 Uhr im Vereinslokal, Gasthaus Ohligschläger, Bochum, Hattinger Straße 103.

Ortsgruppe Bottrop. Jeden zweiten Sonntag im Monat Versammlung im Vereinslokal Mainz (Storp), nachmittags 5 Uhr.

Ortsgruppe Buer-Erle. Jeden dritten Sonntag im Monat im Restaurant „Kaiserhof“ Buer-Erle, Bismarckstraße 178, nachm. 5 Uhr. Anschriften sind zu richten an den Vereinsführer Heinrich Sulzbacher, Buer-Erle, Heistraße 29.

Ortsgruppe Castrop-Rauxel Süd. Jeden 2. Sonntag im Monat bei Werner Altheide, Holzstr. 55.

Ortsgruppe Datteln. Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 4 Uhr im Lokal Börner (Gasthaus zur Post).

Ortsgruppe Duisburg. Jeden zweiten Sonntag im Monat in der Bürgergesellschaft „Union“, Duisburg, Josephsplatz 3, abends 8 Uhr.

Ortsgruppe Dinslaken. Jeden dritten Sonntag im Monat, abends 8 Uhr, abwechselnd im NSBO-Heim (Zum Fürsten Bismarck) und beim Landsmann Rau.

Ortsgruppe Dortmund. Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 5 Uhr bei Berghoff, Körnerplatz.

Ortsgruppe Erfurt. Jeden zweiten Dienstag im Monat 20.15 Uhr im Hotel „Fürst Bismarck“, Erfurt, Reglerring Nr. 6.

Ortsgruppe Gelsenkirchen. Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 5 Uhr, im Bahnhof-Hotel Gelsenkirchen, gegenüber dem Hauptbahnhof.

Ortsgruppe Hagen. Jeden zweiten Donnerstag im Monat im Vereinslokal „Deutscher Krug“, Körnerstraße.

Ortsgruppe Halle. Jeden zweiten Donnerstag im Monat, 20 Uhr 30 Min., im „Coburger Hofbräu“, Kaulenberg.

Ortsgruppe Hamburg. Jeden dritten Dienstag im Monat, abends 8 Uhr, im Rheinischen Hof, Hamburg, Holzdamm 51.

Ortsgruppe Hannover. Jeden zweiten Mittwoch im Monat, 20½ Uhr, im Restaurant Ferd. Steg, Haltenhoffstraße 22.

Ortsgruppe Herne. Jeden Donnerstag, 8 Uhr, Ritter-Schenke, E. Biermann, Bahnhofstraße 126.

Ortsgruppe Heilbronn. Jeden zweiten Samstag im Monat im „Fürstenberger Hof“ in der Deutschhofstraße bei Herrn Stirn.

Ortsgruppe Hervest-Dorsten. Jeden zweiten Sonntag im Monat, 15 Uhr, Westfalenhalle.

Ortsgruppe Homberg. Jeden ersten Sonntag im Monat im Vereinslokal Restauration „Zur Post“, Inh. Heinrich Friedrichs, Mörserstraße, Hochheide, um 16 Uhr.

Ortsgruppe Köln. Jeden ersten Mittwoch im Monat, Rudolfsaal, Inh. Heinrich Feith, Hahnstr. 36.

Ortsgruppe Lübeck. Jeden dritten Montag in jedem Monat, 8 Uhr abends, im Kulmbacher Bierhaus, Fleischhauerstraße 16.

Ortsgruppe Mörs-Meerbeck. Jeden vierten Sonntag im Monat, nachm. 4 Uhr, im Lokal von Hendriks (früher Hüskens), Meerbeck, Bismarckstraße.

Ortsgruppe Münster i. W. Jeden zweiten Samstag im Monat von abends 20½ Uhr an im Mathäserbräu, Münster, Roggenmarkt 16–17.

Ortsgruppe Neuß. Jeden zweiten Donnerstag im Monat im Zunfthause Neuß.

Ortsgruppe Nürnberg. Jeden zweiten Mittwoch im Monat Nürnberg-A., „Coburger Hof“, Hallplatz 7, abends 8 Uhr.

Ortsgruppe Oberhausen. Jeden vierten Sonntag im Monat in der Gastronomie „Im Krug“, Eduard Tenge, Oberhausen, Markt 5.

Ortsgruppe Osnabrück. Jeden ersten Mittwoch im Monat im Hotel Bayerischer Hof (Stadtschänke), Adolf-Hitler-Platz, 8½ Uhr abends.

Ortsgruppe Rheinhausen. Jeden letzten Sonntag im Monat abends 8 Uhr im Vereinslokal Portmann, Deichstraße 109.

Ortsgruppe Sobernheim (Nahe). Monatsversammlung jeden ersten Samstag im Monat im Hotel Caesar (Schuler) Untere Adolf-Hitler-Str., 3.30 Uhr abends.

Ortsgruppe Stettin. Jeden zweiten Mittwoch des Monats im Restaurant „Zum Landsecht“, Birkenallee, Grabower Straße.

Ortsgruppe Stuttgart. Jeden ersten Montag im Monat im Restaurant Schwalb, Stuttgart, Charlottenplatz 3.

Ortsgruppe Wanne-Eickel. Jeden zweiten Sonntag im Monat im Gasthause Anton Altmeier, Wanne-Eickel, Hindenburgstraße 20.

Ortsgruppe Wattenscheid. Jeden ersten Sonntag im Monat im Lokal Josef Meyer (Zentralhof), Oststraße 19, nachmittags 5 Uhr. Anschriften sind zu richten an den Schriftführer Peter Sticher, Wattenscheid, Oststraße 23.

Ortsgruppe Wiesbaden. Jeden zweiten Donnerstag im Monat, 8 Uhr abends, im Restaurant „Lese-Verein“, Luisenstraße. Ferner Stammtisch: Altdeutsche Weinstube, Luisenstraße. Hotel Union, Neugasse.

Ortsgruppe Wuppertal. Jeden zweiten Mittwoch im Monat im Vereinshaus Elberfeld, Kasinostraße 1.

Weitere Ergänzungen werden erbeten!

Interesse entgegengebracht hätten. Er erinnerte an die große spontane Kundgebung der Saarbevölkerung im Jahre 1920 anlässlich der Anwesenheit der sogenannten Grenzregulierungskommission unter Führung des Herrn Oberst von Xylander, München (siehe „Saar-Freund“ Nr. 3 „Eine Erinnerung an erhebende Februarstage 1920“), ferner erinnerte er an das große Interesse, welches der frühere Chef der Heeresleitung, Herr Generaloberst a. D. Heine für alle Saarfragen gezeigt habe, indem er für Aufklärung über das Saarproblem durch Vorträge in Offizier- und Mannschaftskreisen gesorgt und Reichsmusikkapellen beim Besuch Saardutscher im Reiche zur Verfügung stellte. Weiter erinnerte er daran, daß als Vertreter der Reichsregierung nach der Explosionskatastrophe in Neunkirchen vor einem Jahr zwei Stahlhelmkameraden, Bizekanzler von Papen und Bundesführer und Reichsminister Franz Seldte, sofort an die Unglücksstätte geeilt seien. Er betonte, daß es mit ganz besonderer Genugtuung empfunden worden sei, daß gerade Herr Bizekanzler von Papen zum Bevollmächtigten der Reichsregierung für das Saargebiet ernannt worden sei, da ihm als Landsmann durch seine engen Familienbeziehungen zum Saargebiet in allen Kreisen das größte Interesse entgegengebracht wird. Er habe Stahlhelme im Herzen und verstehe mit klarem Blick und verantwortungsbewußter Entscheidungsfreudigkeit zuzupacken dort, wo taktische Überlegung und strategisches Handeln erforderlich seien. Sowohl der Bund der Saarvereine als auch die Saargebietebevölkerung selbst gedachten mit Stolz und Dankbarkeit dieser kameradschaftlichen Stahlhelms-Mitarbeit. Die Frage, worin

die Mitarbeit im deutschen Saarfreiheitskampf bestehet, beantwortete der Redner dahin, daß, wie jeder Deutsche, vor allem der Stahlhelmer über den ferndeutschen Charakter des Saargebiets und die vorbildliche Treue seiner Bevölkerung im weitgehendsten Maße aufgeklärt sein müsse. Jeder Stahlhelmer müsse sich immer wieder fragen, was für diese treudeutschen Brüder an der Saar getan werden könne. Verständnis tue not. Das Saargebiet dürfe nie und nimmer vergessen werden. In diesem Sinne ging dann der Vortragende auf sein Thema näher ein, um dann auf die geographische Lage, die Geschichte, die wirtschaftliche Bedeutung, den ferndeutschen Charakter von Land und Leuten an der Saar und die durch das Versailler Schanddiktat der treudeutschen Saarbevölkerung auferlegten schweren Bedingungen näher einzugehen. Der Vortrag fand allgemein Beifall und hat jedenfalls in weitestgehendem Maße auch in den Kreisen der Stahlhelmer zur Aufklärung über die Saarfrage beigetragen.

* Neue Ortsgruppen sind gegründet in: Konz-Karthaus, Führer: Hans Sperrber, Lehrer, Konz-Karthaus, Schillerstr. 12; Hirschberg (Riesengebirge), Führer: Lehrer Kurt Laslowski, Hirschberg, Wilhelmstr. 67; Görlich, Führer: Rector Alfred Hartmann, Görlich, Melanchthonstr. 30.

* Die Ortsgruppe Berlin hielt am 1. Februar in der üblichen Weise ihre Monatsversammlung ab. Nach Bekanntgabe des letzten Rundschreibens des Führers des Bundes der Saarvereine, Herrn Staatsrat Simon, und nach Worten beherzigenswerter Mahnung, daß gerade jetzt im Endkampf es als eine Ehrenpflicht eines jeden einzelnen Mitgliedes anzusehen ist, tatkräftig sich für die Aufklärungsarbeit usw. zur Verfügung

stellen, ergriff der Ehrenvorsitzende, Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin, das Wort, um zur Unterstützung dieser Bitte einen kurzen Bericht zu erstatten über die Gründung und die bisherige Tätigkeit der Ortsgruppe Berlin des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle "Saar-Verein". Im Laufe des Abends berichtete dann in sehr interessanter Weise der Neffe des Herrn Vogel, Tankred Ziegler aus Detroit in Nordamerika, woselbst er eine außerordentlich tätige Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine als Führer des Stahlhelms von Nordamerika ins Leben gerufen hatte, über seine mehr als 10 jährigen Erfahrungen in Nordamerika. Er schilderte besonders, wie die gutgesinnten Deutschen sich drüben zusammengeschlossen hätten, indem er nicht verschwieg, daß ihnen durch üble deutsche Elemente diese Heimatarbeit oft sehr erschwert worden wäre. Er ging dann im allgemeinen auf die politischen Verhältnisse der Deutschen in Amerika näher ein und erwähnte, daß man der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland stets die größten Sympathien entgegengebracht habe. Mit Rücksicht auf die bestehende Gesetzgebung habe man diese Bestrebungen dadurch unterstützt, daß man den Bund der Freunde des neuen Reiches ins Leben gerufen habe, der in weiten Kreisen die größte Unterstützung gefunden habe. Auch seine übrigen Ausführungen nahmen die Zuhörer mit ganz besonderem Interesse entgegen. Der Leiter der Ortsgruppenversammlung, Herr Ingenieur Winkelstötter, dankte ihm im Namen der Anwesenden dafür recht herzlich. Im Laufe des Abends wurden noch sonstige wichtige Anlässe erledigt.

* Unser Landsmann Fritz Kaspar aus Neunkirchen veranstaltet am 20. März d. J. im Bechstein-Saal, Berlin, Linienstraße 42, ein Violinkonzert unter Mitwirkung des Berliner Pianisten Rauchfisen. Den Mitgliedern der Berliner Ortsgruppe ist Kaspar wohlbekannt. An dem Konzertabend der Ortsgruppe im Januar hat Kaspar durch sein meisterhaftes Spiel die Zuhörer entzückt. Unserem Landsmann, der Werke von Händel, Bach, Reger u. a., darunter moderner Komponisten zum Vortrag bringen wird, wünschen wir einen vollen Erfolg, und unsere Landsleute bitten wir, den Künstler durch zahlreichen Besuch dieses Konzerts zu unterstützen. Karten sind zu haben bei Bote & Böck, Berlin W 8, Leipziger Straße, bei Wertheim und an der Abendkasse.

* Einen Saarabend in Forst (Niederlausitz) veranstaltete der VDA am 22. Februar. In der Begrüßungsansprache gab VDA-Gaubezirksführer Pollack seiner großen Freude Ausdruck über den zahlreichen Besuch und dankte für das Erscheinen des Oberbürgermeisters und Kreisleiters Heinrich sowie des Verwaltungsdirektors Vogel-Berlin und des Stadtrates Fritz Schulz, der stets ein warmes Herz für die VDA-Arbeit in den hiesigen Schulen gezeigt habe. Oberbürgermeister Heinrich betonte, daß es wohl eins der traurigsten Kapitel in der deutschen Geschichte wäre, erkennen zu müssen, daß das deutsche Volk immer erst dann zur Besinnung käme, wenn es sich der Tragweite seiner Verluste durch eigene Fehler bewußt würde. Das deutsche Volk vermag nicht aus seiner Geschichte zu lernen. Die Zeit von 1918 mit der von 1806 und 1807 vergleichend, führte er weiter aus, daß uns die Vorsehung einen Mann gegeben hätte, der mit einer Geschicklichkeit sondergleichen dem Volke auf friedlichem Wege das zurückgeben wolle, was es verloren habe. Man müsse hierbei einen unbeugsamen Willen besitzen und mit heiklem Herzen dabei sein. Es folgten ein von Fräulein Thiele wirkungsvoll vorgetragenes Gedicht, anschließend Vollstänze, ausgeführt von Mädels der Luisenschule und Mädels der Volksschule 3 unter Leitung von Arno Kahra. Mädels der Mittel- und Volksschule I sangen drei mit großem Beifall aufgenommene Lieder. Nach der anschließenden Pause folgte dann der Vortrag des Verwaltungsdirektors Vogel-Berlin, der die Lüge von dem angeblich französischen Saargebiet brandmarkte und die seelischen und materiellen Leiden der deutschen Volksgenossen an der Saar während der letzten 14 Jahre schilderte. Die folgenden Bilder, ausgesucht und vorbereitet in mühevoller und zeitraubender Arbeit, zeigten die landschaftlichen Schönheiten und die großen wirtschaftlichen Schätze dieses deutschen Grenzlandes. Dem Vortragenden wurde reicher Beifall zuteil. Rektor Pollack sprach mahnende Worte für die kommende Zeit der großen Entscheidung im Saargebiet, und die Versammlung sprach mit erhobener Hand den Spruch:

„Hört und sprecht:
Recht bleibt Recht!
Wahr bleibt wahr:
Deutsch die Saar!“

* Die Ortsgruppe Bonn des Bundes der Saarvereine veranstaltete in der Beethoven-Halle eine große Saarkundgebung, in deren Mittelpunkt die Rede des Bundesführers Gauleiters G. Simon stand. Er wies darauf hin, daß die deutsche Nation sich vor einigen Monaten in einem gewaltigen Vertrag mit Frieden bekannt habe, das zwei Verpflichtungen in sich schließt: Die Verpflichtung, von der Welt nichts zu fordern, was gegen die Ehre und den Bestand anderer Völker gerichtet sein könnte und ferner nichts zu dulden, was gegen die Ehre und den Bestand

des eigenen Volkes gerichtet sein könnte. Es verträgt sich nicht mit der Ehre eines Volkes, wenn Teile von ihm gezwungen werden, außerhalb der Staatsgrenze zu leben. Deshalb fordern wir, daß durch die Rückkehr des Saarlandes zum Reich der Friede zwischen Deutschland und Frankreich eine sichere und dauernde Grundlage erhält. Er ging dann auf die Gründe ein, die zu den Versailler Saarabmachungen führten und stellte fest, daß ein Volksteil, der tausend Jahre deutsch war, es auch in Zukunft sein muß. Im Saargebiet werde jetzt mit der Lüge gearbeitet, doch, wenn der Saarländer sich für Deutschland entscheide, erneut Arbeitslosigkeit und damit Mangel an Absatz eintreten würde. Die deutsche Regierung habe aber bereits Pläne ausgearbeitet, die den wirtschaftlichen Anschluß des Saargebiets an Deutschland erleichtere. Adolf Hitler, der in einem Jahre zwei Millionen in Arbeit und Brot gebracht hat, wird auch dafür sorgen, daß 46 000 Bergarbeiter des Saarlandes und die Tausende anderer Arbeiter ihre Arbeitsplätze nicht zu verlassen brauchen. Im Gegenteil, diese 20 000 Arbeitslosen des Saargebiets würden durch seine Aktivität Arbeit und Brot finden. Das deutsche Volk könne der Abstimmung an der Saar unbesorgt entgegensehen; denn die Stimmung des Saarvolkes sei ganz einwandfrei. Diese Saartreue zum Reich werde von uns erwidert durch die Reichstreue zur Saar. Für uns sei der Kampf um die Saar nicht ein Kampf um 800 000 Menschen, sondern ein Kampf von 65 Millionen.

* Die Ortsgruppe Koblenz hatte gelegentlich der Führertagung des Bundes der Saar-Vereine einen landsmannschaftlichen Kameradschaftsabend veranstaltet. Im Laufe des Abends teilte Ortsgruppenführer Kellner die Ernennung des Verwaltungsdirektors Th. Vogel-Berlin zum Ehrenmitglied der Ortsgruppe mit.

* Ortsgruppe Halle a. S. Am 31. Januar sprach Herr Blumentein vor der NSDAP, Ortsgruppe Kaiserplatz, im „Neumarktschützenhaus“. Am 1. Februar hielt Herr Eisenbeis vor der Beamtenschaft der Ober-Postdirektion Halle den Vortrag über „Unser Saarland“, wobei Herr Ostermann wieder den Saarfilm vorführte. Herr Bergerat Abels sprach am 2. Februar in Bergwitz vor der Belegschaft der „Bergwitzer Braunkohlenwerke“ über „Unser Saarland“ unter Vorführung des Filmbandes. Am 3. Februar sprach Herr Eisenbeis über „Unser Saarland“ vor dem „Deutschen Werkmeisterverband“ im „Nikolaus“. Am selben Tage hielt Herr Blumentein seinen Saar-Vortrag vor der NSDAP. Ortsgruppe Trotha im „Reichsadler“. Vor der Gemeinde Seeben bei Halle sprach am 6. Februar Herr Eisenbeis über „Unser Saarland“ mit Vorführung der schönen Saarbilder. Am 7. Februar hielt Herr Blumentein den Saar-Vortrag vor dem Krieger-Verein „Germania“ im Central-Hotel. Vor etwa 1000 Personen im „Reichstrebund“ sprach Herr Eisenbeis am 8. Februar im Stadtschützenhaus. Am 10. Februar frühmorgens trafen hier 10 Saarbrücker Turnerschwimmer (6 Damen, 4 Herren) ein, um am berühmten Jahresschwimmen teilzunehmen. Der Empfang am Bahnhof war überaus herzlich, zumal die weite Reise erst in leichter Stunde ermöglicht werden konnte. Einen erhebenden Verlauf nahm am 11. Februar abends die Siegerehrung im Stadtschützenhaus. Beim Einzug der Saarländer in den Festsaal wurden sie durch die alte Salzwicker-Bruderschaft der Halloren feierlich mit deren historischen Fahnen begrüßt und geehrt. Am 12. Februar sprachen Herr Eisenbeis mit Herrn Ostermann vor dem „Pionier-Verein“ im Bierhaus Engelhardt, während am selben Tage Herr Blumentein vor der Hitler-Jugend, Gefolgschaft 2, im Bierhaus Klaus seinen Vortrag hielt. Am 14. Februar führte Herr Eisenbeis und Herr Ostermann vor dem „Bund deutscher Osten“ im Hofsäger in Wort und Bild „Unser Saarland“ vor. Herr Bergerat Abels sprach am 15. Februar in „Bad Wittkond“ vor zwei Stahlhelm-Gruppen über „Unser Saarland“. Vor dem Verein ehemal. 12. Husaren hielt Herr Blumentein am 17. Februar den Saar-Vortrag. Am 19. Februar sprach er in der Zellen-Versammlung der Ortsgruppe Glaucha im Bäderinnungshaus. Herr Studienrat Dr. Kopelke hat im Februar mit der großen Aufgabe — in allen hiesigen Schulen über unsere Saarheimat zu sprechen — begonnen und wirkungsvolle Vorträge in der „Alten Volksschule“, der Hermannschule, der Freimeldeschule und der Wittelkindschule gehalten. Außerdem sprach Herr Dr. Kopelke im „Luisenbad“ vor einer großen Mitgliedschaft und aus allen Kreisen dazu geladenen Gästen. In Wimelburg bei Eisenberg hielt Herr Dr. Kopelke einen Saar-Vortrag mit anschließender Vorführung des Filmbandes „Unser Saarland“.

* Die Ortsgruppe Hamburg sendet uns den Brief eines alten Schleswig-Holsteiners, den wir unseren Lesern nicht vorhalten möchten, da er ein schönes vaterländisches Bekenntnis enthält, das der Offenheit mitgeteilt werden muß. Es ist wirklich rührend, daß ein Schleswig-Holsteiner im Alter von 76 Jahren sich so für die Saar begeistern kann, wie dies in dem Briefe geschieht, in welchem es u. a. heißt: „... zu Versammlungen kann ich nicht kommen, da ich ein Fußleiden habe, man kann ja im Hause die Bestrebungen unterstützen. Ich bin schon 76 Jahre alt, seit 1925 pensioniert und als geborener Schleswig-Holsteiner (16. 5. 1858 in Krempe) schon lange Jahre Mitglied des Schleswig-Holsteiner Vereins. Ich zahle meinen Beitrag Ende Februar, so-

halb meine Pension eintrifft. Die Saar muß uns bleiben! Noch mehr von unserem lieben Deutschland uns rauben lassen — nein! Niemals! Das ganze Deutschland soll es sein!! Ein solcher Eifer, wie ihn dieser alte Schleswig-Holsteiner beweist, dürfte wohl für manchen Saarländer beschämend sein, der sich in Hamburg noch aufhält und auch in jetziger Zeit noch nicht den Weg durch Beitreitserklärung zu unserer Ortsgruppe gefunden hat.

* Die Ortsgruppe Kirn a. d. Nahe hielt am 19. Januar im Sälichen der „Krone“ die Mitgliederversammlung ab und hatte zu derselben auch weitere Persönlichkeiten zum Zwecke der Werbung für den Saargedanten eingeladen. — Der Ortsgruppenleiter, Herr E. Erdmenger, hieß die Anwesenden willkommen. Dann bot Frau Minna Schneider aus Hochstetten den selbstversafchten Vorspruch „Werberuf unserer Saarbrüder“ und hierauf nahm Herr Gewerbeoberlehrer Adalbert Münz das Wort zu einem tiefgründigen, von eifrigem Studium zeugenden Vortrage über die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen unter besonderer Beleuchtung der jahrhundertelangen Annexionsgelüste unserer westlichen Nachbarn.

* Die Ortsgruppe Wanne-Eickel hielt am 10. Februar eine Saarfundgebung ab, zu der 60 Landsleute aus Saarbrücken nach hier gekommen waren. Herr Bürgermeister Bennerbruch, Althof, hielt eine kurze Ansprache, Herr Bankdirektor Kühn aus Saarbrücken dankte für den herzlichen Empfang. Am Nachmittag fand auf dem Eickelplatz ein Fußballtreffen zwischen Saar 05 Saarbrücken und dem Fußballverein T.-B. Eickel statt.

* Die Ortsgruppe Amt-Waldalgesheim hielt am Sonntag, den 4. Februar für die Stützpunkte: Rummelsheim, Dörheim, Genheim, Weiler, Münster-Sarmshem und Waldalgesheim ihre erste Monatsversammlung im Vereinslokal Bremmer ab. Nachdem der Führer der Ortsgruppe Pol.-Ass. i. R. L. Jung die Erschienenen begrüßt hatte, sprach der Kreisleiter Lohr aus Kreuznach einige beherzende Worte über die aktuellen Saarfragen und nahm anschließend von den Mitgliedern den Saartreuschwur entgegen. Es wurde beschlossen, Herrn Rittergutsbesitzer Alfred v. Boch (Schloß Fremmersdorf, Saar) zum Ehrenmitglied zu ernennen. Herr v. Boch, welcher der Onkel unseres Bizekanzlers v. Papen ist, war längere Jahre Mitglied der Regierungskommission des Saargebietes. Er hat die Ehrenmitgliedschaft mit herzlichem Dank angenommen und wird unsere Sache auf das beste unterstützen. Zur Aufnahme von circa 20 erholungsbedürftiger Saarkinder haben sich mehrere Mitglieder bereit erklärt.

* Die Ortsgruppe Waldalgesheim veranstaltete am 25. Februar eine würdige Feier des Saartülpunktes Rummelsheim. Nach der Gefallenen-Ehrung marschierten die vaterländischen Verbände geschlossen zum Vereinslokal. Hier hielt Herr Gemeindevorsteher Breckheimer eine Ansprache an die Erschienenen. Ortsgruppenführer Jung, Amt Waldalgesheim, sprach über das Thema „Die deutsche Saar“. Unter Leitung des Stützpunktleiters Herrn Lehrer Anschütt trugen die Kinder der oberen Schulklasse aus Rummelsheim sinnige Gedichte, Sprechchöre und Lieder über das deutsche Saarland in sehr guter Bezeichnung vor, die allgemeinen Beifall fanden. Zum Schluss sprach Herr Lehrer Anschütt noch einige werbende Worte, die zum Eintritt in den Bund der Saarvereine aufforderten. Es konnten wieder mehrere Mitglieder aufgenommen werden, so daß die Zahl der Mitglieder über 120 beträgt. Die Gesamtzahl der Mitglieder des Bundes der Saarvereine (Ortsgruppe Amt Waldalgesheim) ist auf über 500 gestiegen.

* Die Ortsgruppe Gerolstein hielt am 4. 2. im Hotel Kaiser ihre erste Monatsversammlung ab. Der Führer der Ortsgruppe, Landsmann Langner, hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über die geschichtliche Entwicklung des Saargebietes und gab nochmals bekannt, wer abstimmberechtigt ist. Hierauf trug ein Hitlerjunge das Gedicht „Deutsch die Saar“, welches mit großem Beifall aufgenommen wurde, vor. Am 12. Mai wird ein „Deutscher Abend“ veranstaltet.

* Die Ortsgruppe Saar- und Pfälzverein Erfurt hielt am 10. Februar 1934 im Vereinslokal „Fürst Bismarck“ zu Erfurt ihre Jahreshauptversammlung ab. Der Führer der Ortsgruppe konnte bei der Ansprache, in der er die Bedeutung des Tages wurdigte, wieder mehrere neue Mitglieder begrüßen. Jahres- und Kassenbericht wurden einstimmig genehmigt und dem Vorstande Entlastung erteilt. Der von neuem gewählte Führer, Dr. Stegner, bestätigte die bisherigen Vorstandsmitglieder in ihren Amtern. Alsdann wurden der Bericht des Bundesführers sowie dessen Rundschreiben IV, beide vom 10. v. M., bekanntgegeben.

* Die Ortsgruppe Herne gab in ihrer Monatsversammlung zunächst einen ausführlichen Bericht über die im Januar stattgefundenen Saarfundgebungen, die danach in der Öffentlichkeit einen guten Anklang gefunden und das Interesse für das Saargebiet, seine wirtschaftliche und politische Bedeutung für das Mutterland gewaltig gesteigert hat. Auch die künftigen Aufgaben des Vereins um die Zurückgewinnung des Saargebietes für Deutschland müssen unermüdlich im Sinne der völkischen Be-

Wie komme ich nach Saarbrücken?

Einreise, Meldevorschriften.

Für die Einreise in das Saargebiet bedarf es keiner besonderen Einreiseerlaubnis. Die Einreisenden müssen jedoch im Besitz eines Reisepasses sein. Der Aufenthalt bis zu drei Tagen ist ohne besondere Genehmigung gestattet. Für einen längeren Aufenthalt in Saarbrücken ist die Aufenthalts-erlaubnis bei der Direktion des Innern (Verkehrsabteilung, Paßbüro) der Regierungskommission des Saargebietes, Hindenburgstraße 15, nachzusuchen. In anderen Orten des Saargebietes kann der zuständige Bürgermeister den Aufenthalt bis zu 14 Tagen gestatten, darüber hinaus ist auch da der Aufenthalt von der Genehmigung der vorerwähnten Dienststelle der Regierungskommission abhängig. Die Aufenthalts-erlaubnis wird in der Regel nur für 3 Monate erteilt und muß nach Ablauf dieser Frist erneut beantragt werden. Zum Zwecke der Arbeitsaufnahme im Saargebiet wird die Aufenthalts-erlaubnis nur in Ausnahmefällen nach Lage des saarländischen Arbeitsmarktes erteilt.

Für solche Personen, die als Mitglieder eines Vereins oder einer sonstigen Personenmehrheit in dieser Eigenschaft, sei es einzeln oder geschlossen, sich in das Saargebiet begeben, um dort an einer öffentlichen Veranstaltung teilzunehmen, ist eine Genehmigung zur Einreise in das Saargebiet erforderlich.

Nimmt der Reisende in Saarbrücken in einem Hotel Wohnung, so erledigt das Hotelpersonal die polizeiliche Anmeldung. Im anderen Falle hat die Anmeldung mittels der in den Papiergeschäften erhältlichen Anmeldeformulare bei dem zuständigen Polizeirevier zu erfolgen.

wegung fortgeführt werden. Die Worte des Bundesführers: „Der Einsatz für das Saardeutschland ist für uns eine Frage der Ehre, und wo es sich um unsere Ehre handelt, sind wir Deutsche unnachgiebig!“ wurden allgemein dick unterstrichen. Allen Mitarbeitern an dem guten Gelingen der eindrucksvollen Kundgebung wurde besonderer Dank ausgesprochen. Ferner sprach man von den neuesten Ereignissen im Saargebiet, unter besonderer Hervorhebung der Genfer Verhandlungen für die Abstimmung und betonte ganz besonders, daß die geflüchteten Volksverräter von der Saarregierung geschützt und unterstützt würden, um das Ergebnis der Abstimmung zu beeinflussen. Auf die am 24. März 1934 wieder beginnenden und allgemein sehr beliebten Autobus-Gesellschafts-Rundfahrten Ruhr-Saargebiet wurde empfehlend hingewiesen. Nach der Entgegnahme eines Berichtes über die Wanne-Eickeler Saarfundgebung und nach der Bekanntgabe der Einladung zu der bevorstehenden Kundgebung der Ortsgruppe Bochum wurde die sehr anregend verlaufene Versammlung in der sonst üblichen Form mit einem dreifachen „Sieg-Heil“ auf den Botschafter, den Reichspräsidenten und das Saarland geschlossen.

* Die Ortsgruppe Sobernheim hielt kürzlich im Hotel Caesar ihre Monatsversammlung ab. Der Führer der Ortsgruppe eröffnete die Versammlung und sprach über saarländischen Briefwechsel und zu veranstaltende Kundgebungen. Pflicht jedes Volksgenossen ist es, den Kampfwillen der Saarländer zu unterstützen und das Bewußtsein in allen saarländischen Volksschichten unerschütterlich zu festigen: Hinter uns steht, bereit zu jeder Opferstat, ganz Deutschland! Eine Saarlandreise soll möglichst vielen Teilnehmern die geschichtlichen Weihestätten und landschaftlichen Schönheiten zeigen sowie die gewaltigen Industrieanlagen deutschen Arbeitsleibes und Unternehmergeistes. Herr Schug sprach über die Genfer Verhandlungen und gab ein klares Bild der antideutschen Einstellung der Saarkommission, des volksverräterischen Treibens der Autonomisten und der heimtückischen Scheinheiligkeit Frankreichs, das nichts unversucht lassen wird, seine annexionistischen Ziele zu erreichen.

* Die Ortsgruppe Düsseldorf entfaltete in den letzten Monaten eine rege Werbetätigkeit. Seit November v. J. ist die Zahl der Mitglieder von 80 auf über 250 gestiegen! Eine weitere Zunahme ist sicher zu erwarten. In den Mitgliederversammlungen wurden vereinsgeschäftliche Angelegenheiten und wichtige Fragen der Organisation und Propaganda erledigt, und in lehrreichen Vorträgen Aufklärung in der Saarfrage geboten. Der Ortsgruppenführer, Dr. Kill, sprach u. a. über die „Lage im Saargebiet“ und „Die deutsche Saar im Endkampf“, der Schrift-, Presse- und Propagandawart, Lehrer Petri, machte Ausführungen über „Die Volksabstimmung im Saargebiet 1935 und ihre näheren

Bestimmungen", und in der Januar-Versammlung hielt Vereinsmitglied Wispelinghoff einen interessanten Vortrag über "Die geschichtliche Entwicklung des Saartorhölenberghaus". Zur Pflege des Heimatinnens und der Verbundenheit mit unseren Brüdern und Schwestern an der Saar gelangte in der Dezember-Monatsversammlung das Hans-Sachs-Spiel in Rodener Mundart „Der tote Mann“ von Dr. R. L. Fog (Roden/Saar) seitens einiger Mitglieder unserer Ortsgruppe zur Aufführung. Unsere nächste Mitglieder-Versammlung findet am Samstag, dem 3. März, abends 8½ Uhr, im „Rheinhof“, Kasernenstr. 29, statt; sie dient in der Hauptsache den abschließenden Vorbereitungen für unsere bevorstehende große Saarkundgebung im Kaiseraal der Stadt Tonhalle am 17. März 1934, bei der unser Bundesführer, Staatsrat Simon, sprechen wird.

Im Rahmen der Saar-Werbewoche der Frankfurter Universität sprach am 21. Februar Staatsrat und Gauleiter Simon-Koblenz, der Führer des Bundes der Saarvereine. Es war eine Saar-Gedenkstunde in der Universität, an der neben den Dozenten und Studierenden sowie den Abordnungen der SS viele Würdenträger der Stadt als Ehrengäste teilnahmen. Der Führer der Saarstudenten, Conrad, forderte in seinem Eröffnungsspruch zur Bildung einer Schalls- und Willensfront mit den Saar-deutschen auf. Die Saar-Werbewoche müsse äußeres Symbol unserer inneren Verbundenheit sein. Professor Dr. Krid, der Rektor der Universität, bezeichnete diese Stunde als ein Treuegelöbnis engster Verbundenheit, die dadurch ihre besondere Be-

deutung erhalte, daß gerade an der Frankfurter Universität zahlreiche Saardeutsche studiert hätten. Staatsrat Simon, der einst selbst als junger Student an der Frankfurter Universität führend für die nationalsozialistische Bewegung eingetreten ist, bezeichnete die Lösung der Saarfrage als ein Mittel zur außenpolitischen Friedenslösung der Welt. Es sei irrig, die Saarfrage nur im Saargebiet lösen zu wollen. Grenztreu allein genüge nicht. Das Mutterland müsse dahinter stehen. „Die 800.000 Saardeutschen würden uns vielleicht verlorengehen, wenn sie ihren Willen zur Rückkehr zum deutschen Vaterland allz in der Welt und den französischen Annexionisten entgegenstellen mühten. Vor den 65 Millionen Deutschen aber muß Frankreich kapitulieren.“ Simon führte weiter aus, daß die kulturelle Offensive der Franzosen heute schon restlos zusammengebrochen sei. Wir könnten ebenso mutig der Abstimmung entgegensehen, wie Frankreich besorgt sei. Am besten wäre es für die französischen Staatsmänner, auf die Abstimmung überhaupt zu verzichten. Für Deutschland bedeute der Verzicht auf die Abstimmung sogar ein Entgegenkommen Deutschlands, da sie für das ganze deutsche Volk eine Abrechnung sei. Die Saarfrage sei für das ganze deutsche Volk die Ehrenfrage des Jahres 1934. Wer uns in der Saarfrage angreift, greift unsere Ehre an.

Dem lauten Beifall, der Simon dankte, folgte das Schlusswort des Studierenden Conrad und der Gesang des Deutschland- und Horst-Wessel-Liedes.

Was jeder von der Volksabstimmung im Saargebiet schon heute wissen muß

Nach dem Versailler Vertrag soll über das endgültige Schicksal des Saargebiets die Saarbevölkerung selbst durch Volksabstimmung entscheiden.

Die Abstimmung soll Anfang 1935 erfolgen. Der genaue Zeitpunkt steht noch nicht fest. Er wird vermutlich etwa Mitte Januar 1935 liegen.

Abstimmungsberechtigt sind alle Personen beiderlei Geschlechts, die 1. am Abstimmungstage über 20 Jahre alt sind und 2. am Tage der Unterzeichnung des Versailler Vertrages, d. h. am 28. Juni 1919 im Saargebiet gewohnt haben. Es kommt lediglich auf die Erfüllung dieser beiden Bedingungen an, weitere Bedingungen werden nicht gestellt. Es ist also nicht erforderlich, daß man im Saargebiet geboren ist oder am Abstimmungstage dort wohnt; auch auf den Besitz einer bestimmten Staatsangehörigkeit kommt es nicht an und ebensowenig auf den Besitz der sogenannten Eigenschaft als „Saareinwohner“, die mit der Abstimmungsberechtigung nichts zu tun hat. Das im Saargebiet vorhandene amtliche Material wie Melderegister, Stimmlisten, Hausstandslisten usw., das als Grundlage für die Feststellung der Abstimmungsberechtigten dienen kann, ist auf Anordnung des Völkerbundes bereits vor Jahren gesammelt und sichergestellt worden. Jedoch kann jedem, der am 28. Juni 1919 im Saargebiet gewohnt hat und inzwischen von dort verzogen ist, nur empfohlen werden, sich alle Urkunden und sonstigen Beweismittel, mit denen er seine Abstimmungsberechtigung nachweisen kann, sorgfältig aufzuhaben.

Abgestimmt wird über folgende drei Fragen:

1. Beibehaltung der durch den Versailler Vertrag geschaffenen Rechtsordnung,
2. Vereinigung mit Frankreich,
3. Wiedervereinigung mit Deutschland.

Selbstverständlich kommt nur die dritte Frage in Betracht. Die erste Abstimmungsfrage wird von der französischen Propaganda vielfach als Abstimmung für eine „Autonomie“, für ein „selbständiges Saargebiet“ bezeichnet. Dies ist ein Täuschungsmanöver. Nach dem klaren Wortlaut des Vertrags darf lediglich über die Beibehaltung der jetzigen Rechtsordnung abgestimmt werden. Diese Rechtsordnung ist aber das Gegenteil von staatlicher Selbstständigkeit, denn die Saarbevölkerung regiert sich nicht selbst, sondern wird von einer in Ensföhne ihr bestunternannten Kommission regiert, außerdem werden die Kohlegruben von Frankreich betrieben, und zollrechtlich ist das Saargebiet an Frankreich angeschlossen. Will man also das, was der Versailler Vertrag bei der ersten Abstimmungsfrage meint, mit anderen Worten wiedergeben, so darf man nicht „Autonomie“ oder „Selbständigkeit“ sagen, sondern „Beibehaltung der Fremdherrschaft“.

Die Abstimmung erfolgt nach Gemeinden oder Bezirken. Ob die eine oder die andere Möglichkeit gewählt wird, ist noch unbestimmt, ebenso, was unter „Bezirken“ zu verstehen ist.

Die Vorbereitung und die Durchführung der Volksabstimmung liegt nicht in Händen der Regierungskommission, sondern des Völkerbundes. Der Völkerbund, und zwar der Völkerbundsrat, hat auch Bestimmungen über den Zeitpunkt und über die näheren Einzelheiten der Abstimmung zu treffen. Bei all diesen Bestimmungen hat er die allgemeine Richtlinie zu befolgen, daß eine freie, geheime und unbeflukte Stimmabgabe gesichert ist. Die Bestimmungen des Völkerbundes werden natürlich ausreichende Zeit vor der Abstimmung öffentlich bekanntgegeben werden.

Die Entscheidung über die Volksabstimmung trifft ebenfalls der Völkerbund nach Maßgabe des durch die Abstimmung ausgedrückten Willens der Stimmberechtigten. Es ist anzunehmen, daß diese Feststellung des Abstimmungsergebnisses nur ganz kurze Zeit in Anspruch nehmen wird.

Gegründet 1920 von Verwaltungsdirektor Th. Vogel, Berlin.

Erscheint monatlich zweimal: am 1. und 15. mit der viseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder“. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW 11, Stresemannstraße 42. Fernsprech-Anschluß: Amt Bergmann 3243. — Bezugspreis monatlich 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postscheckkonto Berlin NW 7, Nr. 66 530, oder auf Deutsche Bank, Depositenkasse O. Geschäftsstelle Saar-Verein mit dem Vermerk „Saar-Freund“ posselt, Berlin-Lichterfelde. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11, Stresemannstraße 42. — Druck: Deutsche Zentraldruckerei A.-G., Berlin SW 11. — Auflage 3650.

Bilder von der großen Saarkundgebung
in der Stadthalle Koblenz am 18. Februar 1934.



Vorn: Vizekanzler von Papen und Staatsrat Simon



Staatsrat Simon hält die Begrüßungsansprache

Bestimmungen", und in der Januar-Versammlung hielt Vereinsmitglied Wisselinghoff einen interessanten Vortrag über „Die geschichtliche Entwicklung des Saarkohlenbergbaus“. Zur Pflege des Heimatfinnes und der Verbundenheit mit unseren Brüdern und Schwestern an der Saar gelangte in der Dezember-Monatsversammlung das Hans-Sachs-Spiel in Rodener Mundart „Der tote Mann“ von Dr. K. F. Förg (Rodener/Saar) leitens einiger Mitglieder unserer Ortsgruppe zur Aufführung. Unsere nächste Mitglieder-Versammlung findet am Samstag, dem 3. März, abends 8½ Uhr, im „Rheinhof“, Kasernenstr. 29, statt; sie dient in der Hauptsache den abschließenden Vorbereitungen für unsere bevorstehende große Saarkundgebung im Kaiseraal der Stadt Tonhalle am 17. März 1934, bei der unser Bundesführer, Staatsrat Simon, sprechen wird.

Im Rahmen der Saar-Werbewoche der Frankfurter Universität sprach am 21. Februar Staatsrat und Gauleiter Simon-Koblenz, der Führer des Bundes der Saarvereine. Es war eine Saar-Gedenkstunde in der Universität, an der neben den Dozenten und Studierenden sowie den Abordnungen der SS viele Würdenträger der Stadt als Ehrengäste teilnahmen. Der Führer der Saarstudenten, Conrad, forderte in seinem Eröffnungsspruch zur Bildung einer Schicksals- und Willensfront mit den Saardeutschen auf. Die Saar-Werbewoche müsse äukeres Symbol unserer inneren Verbundenheit sein. Professor Dr. Krich, der Rektor der Universität, bezeichnete diese Stunde als ein Treuegelöbnis engster Verbundenheit, die dadurch ihre besondere Be-

deutung erhalten, daß gerade an der Frankfurter Universität zahlreiche Saardeutsche studiert hätten. Staatsrat Simon, der einst selbst als junger Student an der Frankfurter Universität führte für die nationalsozialistische Bewegung eingetreten ist, bezeichnete die Lösung der Saarfrage als ein Mittel zur außenpolitischen Befriedung der Welt. Es sei irrig, die Saarfrage nur im Saargebiet lösen zu wollen. Grenztreu allein genüge nicht. Das Mutterland müsse dahinter stehen. „Die 800 000 Saardeutschen würden uns vielleicht verloren gehen, wenn sie ihren Willen zur Rückkehr zum deutschen Vaterland all-in der Welt und den französischen Annexionisten entgegenstellen müßten. Vor den 65 Millionen Deutschen aber muß Frankreich kapitulieren.“ Simon führte weiter aus, daß die kulturelle Offensive der Franzosen heute schon restlos zusammengebrochen sei. Wir könnten ebenso mutig der Abstimmung entgegensehen, wie Frankreich besorgt sei. Am besten wäre es für die französischen Staatsmänner, auf die Abstimmung überhaupt zu verzichten. Für Deutschland bedeute der Verzicht auf die Abstimmung sogar ein Entgegenkommen Deutschlands, da sie für das ganze deutsche Volk eine Abrechnung sei. Die Saarfrage sei für das ganze deutsche Volk die Ehrenfrage des Jahres 1934. Wer uns in der Saarfrage angreift, greift unsre Ehre an.

Dem lauten Beifall, der Simon dankte, folgte das Schlusswort des Studierenden Conrad und der Gesang des Deutschland- und Horst-Wessel-Liedes.

Was jeder von der Volksabstimmung im Saargebiet schon heute wissen muß

Nach dem Versailler Vertrag soll über das endgültige Schicksal des Saargebiets die Saarbevölkerung selbst durch Volksabstimmung entscheiden.

Die Abstimmung soll Anfang 1935 erfolgen. Der genaue Zeitpunkt steht noch nicht fest. Er wird vermutlich etwa Mitte Januar 1935 liegen.

Abstimmungsberechtigt sind alle Personen beiderlei Geschlechts, die 1. am Abstimmungstage über 20 Jahre alt sind und 2. am Tage der Unterzeichnung des Versailler Vertrages, d. h. am 28. Juni 1919 im Saargebiet gewohnt haben. Es kommt lediglich auf die Erfüllung dieser beiden Bedingungen an, weitere Bedingungen werden nicht gestellt. Es ist also nicht erforderlich, daß man im Saargebiet geboren ist oder am Abstimmungstage dort wohnt; auch auf den Besitz einer bestimmten Staatsangehörigkeit kommt es nicht an und ebensowenig auf den Besitz der sogenannten Eigenschaft als „Saareinwohner“, die mit der Abstimmungsberechtigung nichts zu tun hat. Das im Saargebiet vorhandene amtliche Material wie Meldezettel, Stimmlisten, Hausstandslisten usw., das als Grundlage für die Feststellung der Abstimmungsberechtigten dienen kann, ist auf Anordnung des Völkerbundes bereits vor Jahren gesammelt und sichergestellt worden. Jedoch kann jedem, der am 28. Juni 1919 im Saargebiet gewohnt hat und inzwischen von dort verzogen ist, nur empfohlen werden, sich alle Urkunden und sonstigen Beweismittel, mit denen er seine Abstimmungsberechtigung nachweisen kann, sorgfältig aufzuhaben.

Abgestimmt wird über folgende drei Fragen:

1. Beibehaltung der durch den Versailler Vertrag geschaffenen Rechtsordnung, 2. Vereinigung mit Frankreich, 3. Wiedervereinigung mit Deutschland. Das ist die Reihenfolge der Abstimmungsfragen nach dem Versailler Vertrag.

Selbstverständlich kommt nur die dritte Frage in Betracht. Die erste Abstimmungsfrage wird von der französischen Propaganda vielfach als Abstimmung für eine „Autonomie“, für ein „selbständiges Saargebiet“ bezeichnet. Dies ist ein Täuschungsmanöver. Nach dem klaren Wortlaut des Vertrags darf lediglich über die Beibehaltung der jetzigen Rechtsordnung abgestimmt werden. Diese Rechtsordnung ist aber das Gegenteil von staatlicher Selbständigkeit, denn die Saarbevölkerung regiert sich nicht selbst, sondern wird von einer in Genf ohne ihr Zutun ernannten Kommission regiert, außerdem werden die Kohlegruben von Frankreich betrieben, und zollrechtlich ist das Saargebiet an Frankreich angeschlossen. Will man also das, was der Versailler Vertrag bei der ersten Abstimmungsfrage meint, mit anderen Worten wiedergeben, so darf man nicht „Autonomie“ oder „Selbständigkeit“ sagen, sondern „Beibehaltung der Fremdherrschaft“.

Die Abstimmung erfolgt nach Gemeinden oder Bezirken. Ob die eine oder die andere Möglichkeit gewählt wird, ist noch unbestimmt, ebenso, was unter „Bezirken“ zu verstehen ist.

Die Vorbereitung und die Durchführung der Volksabstimmung liegt nicht in Händen der Regierungskommission, sondern des Völkerbundes. Der Völkerbund, und zwar der Völkerbundsrat, hat auch Bestimmungen über den Zeitpunkt und über die näheren Einzelheiten der Abstimmung zu treffen. Bei all diesen Bestimmungen hat er die allgemeine Richtlinie zu folgen, daß eine freie, geheime und unbeeinflußte Stimmabgabe gesichert ist. Die Bestimmungen des Völkerbundes werden natürlich ausreichende Zeit vor der Abstimmung öffentlich bekanntgegeben werden.

Die Entscheidung über die Volksabstimmung trifft ebenfalls der Völkerbund nach Maßgabe des durch die Abstimmung ausgedrückten Willens der Stimmberechtigten. Es ist anzunehmen, daß diese Feststellung des Abstimmungsergebnisses nur ganz kurze Zeit in Anspruch nehmen wird.

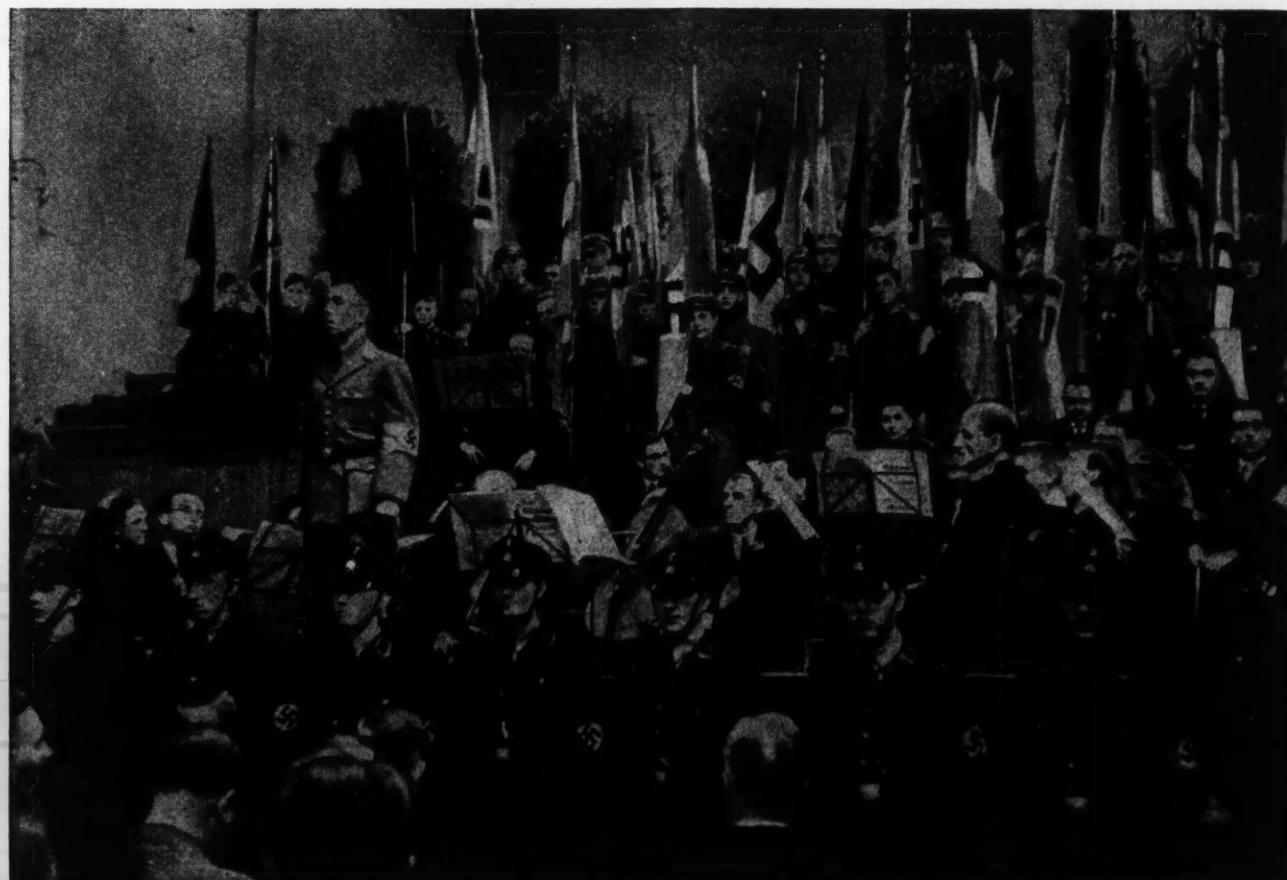
Gegründet 1920 von Verwaltungsdirektor Th. Vogel-Berlin.

Erscheint monatlich zweimal: am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder“. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW 11, Stresemannstraße 42. Fernsprech-Anschluß: Amt Bergmann 3243. — Bezugspreis monatlich 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postscheckkonto Berlin NW 7, Nr. 66 530, oder auf Deutsche Bank, Depositenkasse O, Berlin SW 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbeten. — Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Posselt, Berlin-Lichterfelde. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11, Stresemannstraße 42. — Druck: Deutsche Zentraldruckerei A.-G., Berlin SW 11. — Auflage 3650.

Bilder von der großen Saarkundgebung
in der Stadthalle Koblenz am 18. Februar 1934.



Vorn: Vizekanzler von Papen und Staatsrat Simon



Staatsrat Simon hält die Begrüßungsansprache

Autobus- Gesellschafts-Rundfahrten Ruhr – Saargebiet.

Anmeldungen und Auskünfte:
„Saarverein“ Herne i. Westfalen,
Blücherstraße 58,
„Verkehrsverein“ Herne, am Bahnhof.
Telefon: 52 400.

Erste Allgemeine Sparversicherungs-Bank A.-G. Saarbrücken

Spar-Versicherungen
Spar- und Lebensversicherungen
Lebensversicherungen

**SINN
Saarbrücken schon seit
1878**

Bausparen schafft Arbeit Bausparen schafft Werte



Schon für RM 24.— monatlich können Sie nach Zuteilung Ihres Darlehens im eigenen Hause wohnen.

Wir teilen jetzt wiederum rund 4 500 000 RM Darlehen zu.

Unsere Gesamtdarlehenssumme beträgt somit 22 500 000 RM, womit rund 3000 Eigenheime finanziert wurden.

Fordern Sie umgehend Druckschrift A 23.

Deutsche Bau- und Wirtschaftsgemeinschaft e.G.m.b.H. Köln,
Bausparkasse.

**Insiderieren
Sie im
„Saar-Freund“**

„Deutsch die Saar immerdar.“

Helft die deutsche Saar befreien!

28 ganzseitige
50 halbseitige

Bilder aus dem Saargebiet

150 Seiten stark

RM. 1.—

Bestellungen nur bei der Geschäftsstelle „Saar-Verein“,
Berlin SW 11, Stresemannstraße 42

Jeder muß die Druckschrift lesen!